

Die EU als Rüstungstreiber Aufrüstungsdruck, Kriegskassen und ein Militärisch-Industrieller Komplex für die Weltmacht EUropa

Jürgen Wagner



GUE/NGL

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3	4.4 Weltraumrüstung mittels ziviler Haushaltsposten	28
I. Einleitung	4	4.5 Sicherheits- und Rüstungsforschung	31
2. Imperium Europa: Politische und wirtschaftliche Interessen an der Militarisierung der Europäischen Union	7	4.6 Militarisierung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe	33
2.1 Militärisch unterfütterter Weltmachtanspruch	7	4.7 EAD: Institutionalisierte Militarisierung ziviler Haushalte und Kapazitäten	37
2.2 Wirtschaftliche Expansionsagenda	7	5. Europas Militärisch-Industrieller Komplex	41
2.3 Imperiale Geostrategie	9	5.1 EU-MIK: Politische und industrielle Interessen	41
2.4 Rückkehr der Großmachtkonflikte	11	5.2 Eurochampions: Konzentrationsprozesse in der EU-Rüstungsindustrie	43
2.5 Neoliberalismus, Armut und Krieg	12	5.3 Defence Package: Ein EU-Rüstungsmarkt für den EU-MIK	45
2.6 Lobby für Krieg und Profit	14	5.4 Europäisierung der Rüstungspolitik	47
3. Brüsseler Rüstungsdruck	16	5.5 „Rüstungsexporte sind überlebenswichtig!“	49
3.1 EU-Militarisierung – eine Zwischenbilanz	16	5.6 Europäisierung der Militärpolitik - Die Krise als Chance?	50
3.2 Rüstungsdruck durch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit	18	6. EU-MIK: Risiken und Nebenwirkungen	52
3.3 Eine Agentur für Aufrüstung	20		
3.4 Der Mythos sinkender Rüstungshaushalte	22		
4. Offene und verdeckte Rüstungshaushalte und die Instrumentalisierung ziviler Außenpolitik	26		
4.1 Das GASP-Budget und die Finanzierung „ziviler“ EU-Einsätze	26		
4.2 Athena: Verdeckte Kriegskasse	26		
4.3 Anschubfonds: Nukleus eines EU-Rüstungshaushalts?	27		



Die EU als Rüstungstreiber: Aufrüstungsdruck, Kriegskassen und ein Militärisch-Industrieller Komplex für die Weltmacht Europa

Herausgeber der Broschüre sind Sabine Lösing, MdEP und die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.

Redaktionelle Berarbeitung erfolgte durch:
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.,
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
www.imi-online.de
Online-Ausgabe: März 2012 (Layout Elisa Rodé)



Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
Sabine Lösing
Rue Wiertz ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 7894
Fax: 0032-2-284 9894
Mail: ota.jaksch@europarl.europa.eu
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiterin: Ota Jaksch

Bürgerbüro:
Abgeordnetenbüro Sabine Lösing
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
Tel.: 0551-50766823
Fax: 0551-50766838
Mail: europabuero-loesing@web.de
Mitarbeiter: Dr. Fritz Hellmer

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:
Europabüro Berlin
Sabine Lösing, MdEP
Unter den Linden 50
10178 Berlin
Tel.: 030-227 71405
Fax: 030-227 76819
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiter: Arne Brix

www.sabine-loesing.de

Vorwort

Viele sehen in der Europäischen Union immer noch eine Zivilmacht, die mit Krieg und Rüstung wenig zu tun hat. Eine „Zivilmacht Europa“ würde jedoch keinen riesigen Militärapparat benötigen. Eine Weltmacht Europa, die bereit ist, ihre Interessen notfalls mit Gewalt durchzusetzen, jedoch schon. Und tatsächlich ist es nahezu unmöglich, die Augen vor der seit einigen Jahren stattfindenden Militarisierung der Europäischen Union zu verschließen, sie ist eigentlich unübersehbar. Dennoch wird immer wieder behauptet, die Europäische Union sei eine gute Sache, gerade für diejenigen, die im Militärbereich sparen wollten. Mit wohlfeilen Phrasen wie „Effizienzsteigerung“, „Skaleneffekte“, „Einsparpotenziale“ wird dabei die Realität übertüncht. Während sich die Sozialausgaben fast in jedem EU-Land im freien Fall befinden, bleiben die Rüstungsetats nahezu ungeschoren: Die Mitgliedsstaaten gaben in diesem Bereich im Jahr 2010 nur unwesentlich weniger als in den Vorjahren aus: 288 Mrd. Dollar!

Doch hierbei handelt es sich lediglich um die traurige Spitze des Eisbergs. Selbst gut informierte und kritische Beobachter der EU-Außen- und Sicherheitspolitik dürften durch das in dieser Studie umfassend ausgeleuchtete Ausmaß, mit dem die Europäische Union derzeit zahlreiche Militarisierungsprozesse vorantreibt, erschreckt sein. Die hierfür verantwortliche allgegenwärtige Allianz aus Politik und Industrie, die mir auch im Europäischen Parlament unablässig begegnet, hat sich diesbezüglich leider als überaus effektiv erwiesen. Weit gehend unbemerkt ist es dieser Militärlobby gelungen, einen enormen Rüstungsdruck aufzubauen, immer mehr offizielle, aber vor allem auch inoffizielle Rüstungshaushalte einzurichten und die Herausbildung eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes zu forcieren. Dies alles ist das Ergebnis aus der Kombination zwischen den Weltmachtambitionen der Europäischen Union bzw. ihrer Politiker und den Profitinteressen der Rüstungsindustrie. Sie ist dafür verantwortlich, dass die Europäische Union zu einem regelrechten Rüstungstreiber geworden ist.

Diese Entwicklung wird leider auch und gerade von fast allen meinen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament mit vorangetrieben. Symptomatisch für die Haltung der großen Mehrheit der Abgeordneten ist etwa der „Bericht über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten“, der im November 2011 im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments (AFET), dem auch ich angehöre, vorgelegt wurde. Dort wird gewarnt, dass „Kürzungen der Verteidigungshaushalte zu dem vollständigen Verlust bestimmter militärischer Fähigkeiten in Europa führen könnten.“ Um dies zu verhindern, fordert der Bericht künftig auch Rüstungsforschung aus dem EU-Haushalt finanzieren zu können und die Querfinanzierung von EU-Militäreinsätzen über den so genannten ATHENA-Mechanismus auszubauen. Ferner seien „Fortschritte bei der Konsolidierung der verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis Europas notwendig.“ All das sind Vorschläge, die dem Rüstungssektor mehr Geld zufließen lassen, aber auch die Herausbildung eines Militärisch-Industriellen Komplexes vorantreiben.

Gleichzeitig wird so getan, als sei kein Geld vorhanden, um die Not und Armut unzähliger Menschen innerhalb, aber vor allem auch außerhalb der Europäischen Union zu adressieren. Ein Bruchteil der weltweiten Rüstungsausgaben würde jedoch genügen, um die Millennium-Entwicklungsziele zur Bekämpfung der Armut umsetzen zu können. Doch die große Allianz für Krieg und Profit pöppelt lieber einen gigantischen Militärapparat weiter auf, dessen wesentliche Aufgabe gerade darin besteht, die existierenden Ausbeutungsstrukturen auf der Welt zu erhalten und gewaltsam abzusichern. Dass dies alles derzeit auch noch mit angeblichen Sparzwängen gerechtfertigt wird, die in Wahrheit für den Militärbereich in dieser Form überhaupt nicht existieren, setzt dem allem die Krone auf. Die Alternative dazu liegt auf der Hand: Denn wer wirklich sparen will, rüstet ab!

Sabine Lösing

I. Einleitung

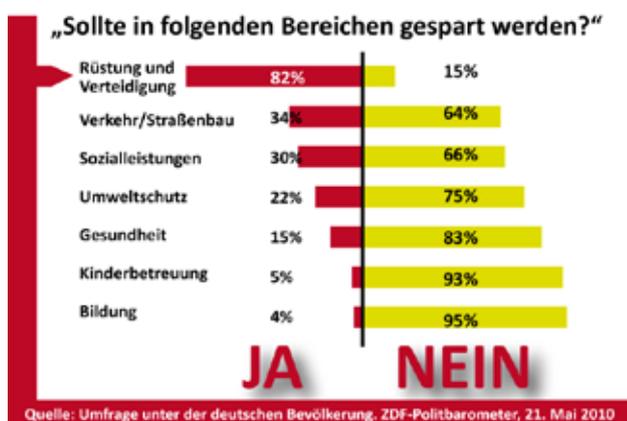
Im Zuge der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, in der sich die EU-Länder derzeit befinden, werden quer über den Kontinent die Haushalte teils radikal zusammengestrichen. Die große Mehrheit der europäischen¹ Bevölkerung spricht sich in diesem Zusammenhang für drastische Kürzungen bei den Rüstungshaushalten aus, anstatt die Sozialausgaben immer weiter zu senken – in Deutschland waren es bei einer Umfrage etwa überwältigende 82 Prozent.² Auch in Frankreich und in anderen europäischen Ländern ist die Stimmung ähnlich³: „Werden die Menschen vor die Wahl gestellt, einen Kompromiss zwischen Leistungen wie Renten, Gesundheitsversorgung und Sozialhilfeausgaben einerseits und Verteidigungsausgaben andererseits zu finden, ist die Antwort eindeutig. In Europa zählen abstrakte Verweise auf die nationale Sicherheit und Verteidigung wenig, wenn fundamentale Fragen der sozialen Existenz auf dem Spiel stehen.“⁴ Dennoch sind die EU-Rüstungsausgaben 2010 gegenüber dem Vorjahr nur minimal gesunken und auch für die kommenden Jahre ist leider mit gleichbleibend hohen Etats zu rechnen (vgl. Kapitel 3.4).

Vor diesem Hintergrund ist es umso empörender, dass Politiker nahezu jedweder Couleur weiterhin erfolgreich den Eindruck erwecken, europaweit befänden sich die Rüstungsausgaben im freien Fall. Symptomatisch für den kreativen Umgang mit der Realität ist etwa eine Entschließung der EU-Parlamentarier, in der es heißt: „Das Europäische Parlament [...] nimmt mit Sorge den zunehmenden Trend der vergangenen Jahre zu Kürzungen in den Verteidigungshaushalten der meisten EU-Mitgliedstaaten infolge der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und die potenziellen negativen Auswirkungen zur Kenntnis, die diese Maßnahmen auf die militärischen Fähigkeiten und damit auf die Fähigkeit der EU haben, ihrer Verantwortung bei Friedenserhaltung, Konfliktvermeidung und Stärkung der internationalen Sicherheit [...] wirksam zu entsprechen.“⁵ Vertreter der Rüstungsindustrie nehmen solche Steilvorlagen natürlich gerne auf und versuchen ihrerseits nach Kräften von sich das Bild einer vor sich

hinarbenden Branche zu erwecken, die händeringend auf umfassende staatliche Unterstützung angewiesen sei. Exemplarisch hierfür ist etwa Domingo Ureña-Raso, Leiter von *Airbus Military* und bis Oktober 2011 Chef des größten europäischen Branchenverbandes, der *AeroSpace and Defence Industries Association of Europe* (ASD): „Sollte sich die Lage in den nächsten Jahren nicht grundlegend verbessern, dann riskiert Europa, Schlüsselkapazitäten im Verteidigungsbereich zu verlieren. Bis Europa aufwacht, wird es zu spät sein. Einmal verloren oder signifikant erodiert, können High-Tech-Kapazitäten nicht so einfach wieder hergestellt werden. Die Zeit zum Handeln ist nun gekommen.“⁶ So wird bewusst und erfolgreich der Eindruck erweckt, die Branche kämpfe um ihr Überleben. Überschriften wie „Rüstungskonzerne wie EADS gehen schweren Zeiten entgegen“ oder „Budgetkürzungen zwingen Rüstungsindustrie zum Sparen“ sind in den Massenmedien an der Tagesordnung.⁷

Bevor allerdings allzu großes Mitleid für die scheinbar notleidende Rüstungsindustrie aufkommen sollte: Diese Cassandra-Rufe haben mit der Realität nichts zu tun. Eine im Mai 2011 veröffentlichte Untersuchung des *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) kam etwa zu dem Ergebnis: „Die europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfirmen haben sich in den letzten Jahren sehr gut gehalten, sowohl was die absoluten Zahlen anbelangt, als auch gegenüber ihresgleichen im kommerziellen Sektor.“⁸ Zwar seien die Gewinne in den 1990er Jahren eingebrochen, in den letzten zehn Jahren sei das Geschäft mit Kriegsgütern jedoch äußerst profitabel gewesen. Die Gewinne der Branche wären von 63 Mrd. Euro im Jahr 2003 um 49 Prozent auf 93 Mrd. Euro 2009 gestiegen. Das Fazit der Studie ist demzufolge eindeutig: „Die europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunternehmen sind auf dem globalen Markt konkurrenzfähig.“⁹ Dieser Trend zu immer größeren Gewinnen setzte sich auch 2010 fort und hält bis heute an. Kurz und schlecht: Der Rüstungsindustrie geht es prächtig.¹⁰ Die ganze Jammerei zielt demzufolge erstinstanzlich nicht darauf ab, eine Branche vor dem Untergang zu retten. Vielmehr geht es darum, die üppigen Profitmargen auf hohem Niveau zu stabilisieren oder im Optimalfall gar auszubauen und die militärische Schlagkraft der Europäischen Union zu vergrößern.

Hierfür hat sich eine mächtige Allianz gebildet, die auf einem **Militarisierungskonsens von Politik und (Rüstungs-)Industrie** basiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges entfielen zahlreiche Beschränkungen, die europäischen machtpolitischen Ambitionen bis dato enge Fesseln angelegt hatten. Fortan stand der Aufstieg der Europäischen Union zu einem Global Player ganz oben auf der politischen Agenda. Hinzu kam der zunehmende Einflussgewinn global operierender europäischer Konzerne, die auf die Erschließung neuer Absatz- und Investitionsmöglichkeiten außerhalb Europas – und letztlich auch auf de-



ren militärische Absicherung - drängen. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Europäische Union mittlerweile eine gezielte Strategie, die auf die militärisch unterfütterte Erweiterung der eigenen Macht- und Einflussphäre abzielt. Auf dieser Basis hat sich innerhalb der Eliten die Überzeugung durchgesetzt, die Militarisierung der Europäischen Union müsse weiter intensiviert werden. Es handelt sich hierbei also um weit mehr als lediglich das Produkt effektiver Einflussnahme rein rüstungsindustrieller Interessen, obwohl von dieser Seite her logischerweise deutlich am meisten Druck ausgeübt wird. Inzwischen wurde eine ambitionierte Militarisierungsagenda ausgearbeitet, für deren Umsetzung sich ein zunehmend dichtmaschiges und einflussreiches Lobbygeflecht stark macht (Kapitel 2).

Diesem Lobbynetzwerk ist es mittlerweile gelungen, aus der Europäischen Union einen regelrechten Rüstungstreiber zu machen und hierdurch die Militarisierung der Europäischen Union massiv voranzutreiben. Hierfür werden die Einzelstaaten von Brüssel unter anderem einem enormen **Aufrüstungsdruck** ausgesetzt. Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon (EUV) werden zahlreiche neue „Aufrüstungsanreize“ gesetzt, sodass nicht damit zu rechnen sein wird, dass die Militärhaushalte der Einzelstaaten in absehbarer Zeit substantiell sinken werden. Ursprüngliche Ankündigungen in den Mitgliedsstaaten drastische Einschnitte vornehmen zu wollen, wurden mittlerweile teils oder vollkommen revidiert. In einigen Staaten wird sogar mehr in den Militärbereich investiert als vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise (Kapitel 3).

Allerdings sind sich Politik und Wirtschaft darüber im Klaren, dass unter den derzeitigen Bedingungen eine deutliche Erhöhung der Rüstungsausgaben wohl am Widerstand der Öffentlichkeit scheitern dürfte.¹¹ Aus diesem Grund werden Versuche intensiviert, Gelder aus Einnahmequellen jenseits der klassischen Verteidigungshaushalte für militärische Belange mobilisieren zu können. Auch hier weiß Brüssel zu helfen, denn augenscheinlich treffen Rüstungsausgaben auf weniger Widerstand in der Bevölkerung, wenn sie im Rahmen der Europäischen Union getätigt werden, wie eine Studie des *Strategic Studies Institute* (SSI) der US-Armee ausführt: „Das EU-Label scheint die Europäer in einer Weise dafür gewinnen zu können, Geld zum Ausbau militärischer Kapazitäten auszugeben, wie es die NATO nicht könnte.“¹² Vor diesem Hintergrund werden derzeit auf EU-Ebene immer mehr **offene und verdeckte Rüstungshaushalte** eingerichtet, die sich zudem auch noch weit gehend der Kontrolle durch die jeweiligen nationalstaatlichen oder durch das Europäische Parlament entziehen. Hinzu kommt eine immer offenere **Zweckentfremdung von Geldern aus zivilen EU-Haushaltstöpfen** – vom Agrarhaushalt über das Forschungsrahmenprogramm bis zur Entwicklungshilfe – für militärrelevante Zwecke. Mit der Einrichtung des Europäischen



Dwight D. Eisenhower: Warner vor dem Militärisch-Industriellen Komplex, Foto: Wikipedia

Auswärtigen Dienstes (EAD) ist die Vermischung ziviler und militärischer Kapazitäten und Gelder mittlerweile institutionalisiert worden und hat einen Grad erreicht, dass von einer zivilen, unabhängigen EU-Außenpolitik inzwischen keine Rede mehr sein kann (Kapitel 4).

Darüber hinaus sind sich Politik und Industrie darin einig, dass die Bündelung (Konsolidierung) des fragmentierten EU-Militärbereiches oberste Priorität hat. Ob gewollt oder ungewollt, letztlich wird dies zwingend zur **Herausbildung eines Europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes** (EU-MIK) führen. Denn die bereits angelaufenen Konzentrationsprozesse sollen über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rüstungsmarktes, die Bündelung von Beschaffungsprojekten sowie die massive Förderung von Rüstungsexporten weiter vorangetrieben werden. Am Ende dieser Entwicklung soll staatlicherseits eine möglichst weit gehende Europäisierung der Militärpolitik stehen, die für die Umsetzung ihrer imperialen Ambitionen von wenigen mächtigen Superkonzernen im Rüstungsbereich, so genannten „Eurochampions“, mit Militärgütern versorgt wird. Die Politik verspricht sich hiervon erhebliche Effizienzsteigerungen und damit einen insgesamt deutlich schlagkräftigeren Militärapparat, während der Industrie an einer Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit – und damit ihrer Profite – gelegen ist. Allerdings stehen die Nationalstaaten im hochsensiblen Militärbereich einem Abtritt von Souveränitätsrechten an die suprastaatliche EU-Ebene extrem skeptisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund sehen Befürworter eines EU-MIK in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise eine Gelegenheit, diese Vorbehalte unter dem Deckmantel angeblicher Sparzwänge auszuhebeln (Kapitel 5).

Tatsächlich wird mit diesem Militärapparat massiv Geld zum Fenster hinausgeworfen; und das in einer Zeit, in der viele Menschen in der Europäischen Union von nackter Existenzangst betroffen sind. Ebenso wenig lassen sich die Ursachen heutiger Konflikte militärisch beseitigen – im Gegenteil. Hierfür müsste stattdessen der ausbeuterischen europäischen Außenwirtschaftspolitik der Rücken zugewendet, jegliche Form von Rüstungsexporten sofort beendet und umfassend abgerüstet werden. Die hierdurch

freiwerdenden Gelder müssten als Reparationszahlungen in sinnvolle Maßnahmen zur Armutsbekämpfung umgeleitet werden. So würde etwa ein kleiner Teil dessen, was die NATO-Staaten jährlich für Rüstung ausgeben, genügen, um die Millennium-Entwicklungsziele zur Reduzierung der Armut in der Welt zu erreichen.

Kurz gesagt: Die Etablierung einer gerechteren Weltordnung ist die einzige Alternative zur gegenwärtig stattfindenden Militarisierung. Weil die Eliten in Politik, Wirtschaft und Militär hierzu aber nicht bereit sind, wird auf den Ausbau der Fähigkeiten zum gewaltsamen Krisenmanagement gesetzt. Die Tatsache, dass es gelingt, für diesen Zweck weiter riesige Summen für die Rüstung zu mobilisieren, zeigt, wie stark die Lobby für Krieg und Profit in der Europäischen Union schon geworden ist – und ihr Einfluss droht durch die mittlerweile in Gang gesetzten Konzentrationsprozesse noch weiter zuzunehmen. Je mächtiger der sich herauskristallisierende Militärisch-Industrielle Komplex jedoch wird, desto mehr droht eine **Militarisierungsdynamik** zu entstehen, die zur Folge haben wird, dass zur „Lösung“ von Konflikten mehr und mehr auf Gewalt gesetzt wird (vgl. Kapitel 6).

Ein ebenso anschauliches wie erschreckendes Beispiel für die stattfindende „Versicherheitlichung“ von Problemen, deren Lösung auf ganz andere als auf militärische Weise erfolgen müsste, liefert eine Umfrage unter Experten der Rüstungsindustrie, deren wichtigste Ergebnisse die Unternehmensberatung *Horváth & Partners* im November 2011 in einer Pressemitteilung veröffentlichte: „Mehr als 70 Prozent der für die Studie ‚Wehrtechnik im Wandel – Herausforderungen für die Industrie‘ befragten 73 Experten aus der Rüstungsindustrie glauben, dass die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen weltweit zunehmen wird. Dabei wird vor allem eine Bedeutungszunahme von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, Konflikten um knappe Güter wie Nahrungsmittel, Wasser und Rohstoffe sowie von Terrorismus erwartet. Ein weiterer Trend besteht in der Verlagerung von Kämpfen in bewohnte Ge-

biete. [...] Damit die Industrie diese Anforderungen erfüllen kann, bedarf es eines effektiven und effizienten Beschaffungsprozesses auf Seiten des Auftraggebers: Über 70 Prozent der Befragten sehen hier Verbesserungsbedarf. Auch die wehrtechnische Industrie selbst muss sich auf neue Bedingungen einstellen. Sparzwänge der Streitkräfte in Europa und wachsender internationaler Wettbewerb zwingen die nationale Rüstungsindustrie dazu, ihre Geschäftsfelder auszuweiten und neue Märkte zu erschließen. [...] Trotz der massiven Herausforderungen bewerten die Teilnehmer der Studie die Zukunftsaussichten ihrer Unternehmen durchweg positiv: 73 Prozent der Befragten glauben an steigende Umsätze innerhalb der nächsten zehn Jahre. Gleichzeitig halten aber über 80 Prozent eine Konsolidierung der Rüstungsindustrie auf europäischer Ebene für wahrscheinlich.“¹³

Fast genau 50 Jahre nachdem der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede im Januar 1961 vor den Folgen des sich herauskristallisierenden Militärisch-Industriellen Komplexes für die USA warnte, sind seine Ausführungen deshalb heute aktueller denn je – es ist eine bittere Ironie, dass dies nun auch und gerade für die Europäische Union zutrifft:

„In der Regierung müssen wir uns in unserem Denken vor dem Eindringen von unberechtigten Einflüssen des militärisch industriellen Komplexes hüten, seien sie gewollt oder auch nicht. Das Potential für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. [...] Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, an denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.“¹⁴

2. Imperium Europa: Politische und wirtschaftliche Interessen an der Militarisierung der Europäischen Union

Immer offener und raubeiniger reklamiert die Europäische Union für sich eine Führungsrolle unter den Weltmächten. Ein schlagkräftiges Militär nebst potenter Rüstungsindustrieller Basis wird hierfür als notwendige Bedingung erachtet: „Die Europäische Union will über beides verfügen, die militärischen Fähigkeiten, die mit einer globalen Macht assoziiert werden, und die Kapazitäten, diese innerhalb ihrer Grenzen herzustellen.“¹⁵ Die Gründe hierfür liegen in einer veränderten machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessenlage, die beide dazu geführt haben, dass die Europäische Union immer offensiver auf die Expansion ihrer Macht- und Einflussphäre drängt.

Dies führt zu zunehmenden Konflikten, sowohl mit anderen Großmächten als auch mit Staaten der Peripherie, die aus Sicht der Eliten nur militärisch im eigenen Sinne „gelöst“ werden können. Der auf dieser Basis entstandenen Überzeugung, eine Militarisierung der Europäischen Union sei dringend erforderlich, verleiht ein zunehmend einflussreicheres Lobbynetzwerk aus Politik und (Rüstungs-)Industrie Nachdruck: „Dass die graduelle Annäherung der Interessen der europäischen Verteidigungsindustrie und der Befürworter der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik das militärische Element in der EU-Politik gestärkt hat, ist unbestreitbar.“¹⁶

2.1 Militärisch unterfütterter Weltmachtanspruch

Bis heute wird der Mythos, die Europäische Union sei eine Art „Zivilmacht“, die der profanen Macht- und Interessenspolitik vergangener Jahrhunderte abgeschworen habe, in manchen Kreisen sorgsam gehegt und gepflegt: „Die Gründungsphilosophie der EWG, aus der die EG und dann die EU wurden, richtete sich nach innen und entwickelte ein Gegenkonzept zu Geopolitik und zu geostrategischen Dimensionen: Befriedung, Aussöhnung und politische Kooperation durch wirtschaftliche Verflechtung als Antithesen zur Geopolitik und zum Imperialismus.“¹⁷ Diese „geostrategische Abstinenzphase“ ist mittlerweile zu Ende: „Kurz gesagt: seit den späten 1990ern hat sich die Europäische Union von der ‚Zivilmacht‘ (oder ‚normativen Macht‘) mit ihrem Fokus auf die innere Entwicklung wegbewegt und begann damit, eine globale Macht zu werden.“¹⁸

Die lange beobachtbare relative Zurückhaltung der Europäischen Union war allerdings nicht einer Aversion gegenüber harter Machtpolitik, sondern der spezifischen Konstellation des Kalten Krieges geschuldet. Gemeint ist hier die - zumindest so empfundene - existenzielle Bedrohung durch die Sowjetunion, der die EU-Staaten allein wenig entgegenzusetzen hatten. Dies machte die Vereinigten Staaten zwangsläufig zur unbestrittenen Hegemonialmacht im westlichen Bündnis. Ohnehin galt darüber hinaus der „deutschen Frage“, der Einbindung des deutschen Machtstrebens, in den Anfangsjahren der Europäischen Union die Hauptaufmerksamkeit, weshalb die „innere

Integration“ im Vordergrund stand. Diese „Strukturterminanten“ hatten zur Folge, dass (militär-)strategische Fragen auf EU-Ebene lange kaum eine Rolle spielten, sie waren Sache der NATO – und damit vor allem der USA: „Unter den Bedingungen der US-Hegemonie und der Systemkonkurrenz konnte in den Nachkriegsjahrzehnten von einer eigenständigen europäischen Strategie keine Rede sein. Dies galt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik.“¹⁹ Mit dem Untergang der Sowjetunion, dem – schrittweisen – Machtverlust der Vereinigten Staaten sowie der offensiven Ausrichtung der deutschen Militärpolitik veränderten sich alle bisherigen Rahmenbedingungen ab Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Die Gelegenheit für einen machtpolitischen Aufstieg zum Global Player war günstig – und sie wurde zielstrebig genutzt.

Umfassende militärische Fähigkeiten werden in diesem Zusammenhang als notwendige Bedingung gesehen, um den angestrebten „globalen Einfluss“ geltend machen zu können. So schreibt der ehemalige Leiter der EU-Verteidigungsagentur (EVA, engl.: EDA), Nick Witney: „Der Wert der bewaffneten europäischen Streitkräfte besteht nicht so sehr darin, speziellen ‚Gefahren‘ zu begegnen, sondern weil sie ein notwendiges Instrument von Macht und Einfluss in einer sich schnell verändernden Welt darstellen, in der Armeen immer noch wichtig sind.“²⁰ Kurz und schlecht: Eine Weltmacht Europa ist ohne einen mächtigen Militärapparat nicht zu haben, den es deshalb aufzubauen gilt. So schreibt Carlo Massala von der Bundeswehr-Universität in München: „Der politische Wille nach einer globalen (Mit-)Führung kann nur dann geltend gemacht werden, wenn er auch machtpolitisch unterfüttert wird. Dies bedeutet: solange militärische Macht und die Bereitschaft, sie einzusetzen, das Charakteristikum einer globalen Macht auch im 21. Jahrhundert darstellt, so lange wird Europa kein Pol dieser sich herausbildenden Weltordnung sein. Es muss bereit sein, globale sicherheitspolitische Verantwortung zu tragen.“²¹

2.2 Wirtschaftliche Expansionsagenda

Neben den beschriebenen politischen Entwicklungen sind Veränderungen in der Außenwirtschafts- und Handelspolitik eine weitere wesentliche Triebfeder für die neuen europäischen Weltmachtambitionen: „Bei der Betrachtung strategischer Leitideen, welche die EU-Politik bestimmen, lässt sich spätestens seit den 1990er Jahren ein Kurswechsel feststellen. Die aktuelle Ausrichtung beruht auf einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der herrschenden Eliten seit den 1970er/80er Jahren. Bestimmend sind seitdem die globalen Absatz- und Investitionsstrategien europäischer transnationaler Konzerne (TNKs), die in Folge von Fusions- und damit Konzentrationsprozessen enorm an Bedeutung und Einfluss gewonnen hatten. Das eher nach innen gerichtete Ziel der Konsolidierung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums wurde dadurch verdrängt.

Mittlerweile bestimmt ein Elitenetzwerk bestehend aus Kommission (Bürokratie), globalisierten Unternehmen, einzelnen EU- und nationalen Politikern und Experten die europäische Außenwirtschaftspolitik. Unterstützt wird ihr Projekt von der Presse durch die Rhetorik der „notwendigen“ Weltmachtrolle, welche die EU einzunehmen habe. Die inhaltliche Ausrichtung nach dem beschriebenen Kurswechsel ist in wichtigen Strategiepapieren wie der ‚Lissabon-Strategie‘ (2000), ‚Global Europe‘ (2006) und ‚Europe 2020‘ (2010) nachzulesen.⁴²²

Die aggressive Erschließung neuer Märkte und Investitionsmöglichkeiten wurde so zu einem vorrangigen Ziel der EU-Politik – und das wesentliche Mittel hierfür war die Predigt des neoliberalen Evangeliums von offenen Märkten, Freihandel und Wettbewerbsgleichheit. Exemplarisch hierfür ist ein im Oktober 2007 unter dem Namen ‚Das europäische Interesse – Erfolg im Zeitalter der Globalisierung‘ vorgelegtes Kommissionspapier, in dem es heißt: „Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen [...] profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. [...] Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, dass die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. [...] Die EU muss das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. [...] Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihren Einfluss in internationalen Verhandlungen geltend macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Offenheit lässt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muss dafür sorgen, dass ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, unsere Interessen zu schützen.“⁴²³

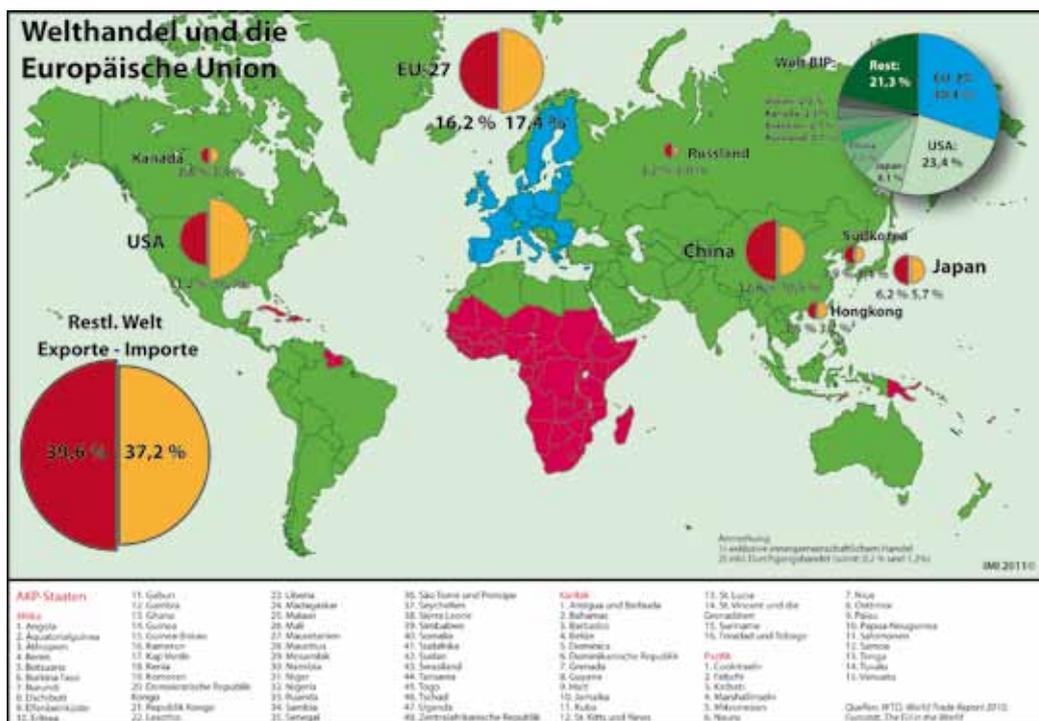
Die gesamte EU-Außenwirtschafts- und Handelspolitik basiert also auf der Auffassung, ein Wettrennen zwischen einem Ferrari und einem VW Käfer sei deshalb fair, weil sie auf derselben Straße fahren. Was sich allerdings hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie „Offenheit“

und „gleiche Bedingungen“ verbirgt, ist nackter Egoismus, denn Freihandel unter ungleichen Partnern nutzt immer dem ökonomisch Stärkeren: „Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen. Und die Förderung und Aufrechterhaltung der Ungleichheit war immer eine Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren der auf Freihandel basierenden kapitalistischen Marktwirtschaft. [...] Die Evozierung der Prinzipien der sportlichen Fairness und des unbehinderten Wettbewerbs, ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel.“⁴²⁴ Obgleich diese neoliberale Politik eine massive Verarmung der Bevölkerungen im globalen Süden zur Folge hat⁴²⁵, wird dieser Umstand zugunsten der eigenen Konzernprofite augenscheinlich billigend in Kauf genommen. Mittlerweile hat die Europäische Union sogar die Vereinigten Staaten als weltweit wichtigsten Liberalisierungstreiber überholt.⁴²⁶

Dabei wäre es naiv anzunehmen, dass die „erfolgreiche“ Durchsetzung dieser Wirtschaftsagenda letztlich nicht auch auf der Fähigkeit zur „effektiven“ Androhung und Anwendung von Gewalt beruhen würde: „Komplementär zum internen Umbau zielt ‚Global Europe‘ vor allem auf die aggressive Durchsetzung der eigenen Wirtschaftsagenda gegenüber anderen Ländern, während ‚Europe 2020‘ die Fortführung beider Strategien über die globale Wirtschaftskrise hinaus festlegt. Im Kern werden hierbei stets dieselben Maßnahmen propagiert: Die Schaffung günstiger Wettbewerbsbedingungen für europäische TNKs durch die Liberalisierung von Waren- und Dienstleistungshandel durch die Gleichstellung ausländischer und inländischer Investitionen und den weltweiten Schutz von Unternehmen und geistigem Eigentum vor dem Zugriff der Staaten. Dementsprechend besteht natürlich auch ein Interesse seitens der EU-Konzerne, dass Rechtssicherheit und Investitionsschutz nötigenfalls von der Europäischen Union auch militärisch gewährleistet werden – so zieht der Expansionsdrang der Unternehmen auch den des Militärs nach sich. Die strategische Ausrichtung der EU

zielt also auf eine Vertiefung der ökonomischen Globalisierung, was insbesondere den weiteren, radikalen Umbau von Staaten des Südens durch Freihandelsverhandlungen erfordert.“⁴²⁷

Wohl nicht zufällig begann deshalb der forcierte Aufbau eines EU-Militärapparates kurz vor Veröffentlichung der Lissabon-Strategie. Mit ihr wurde im Jahr 2000 das ehrgeizige Ziel ausgegeben, innerhalb von zehn Jahren zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufsteigen zu wollen – spätestens ab diesem



Zeitpunkt war die Zeit der Bescheidenheit vorüber. Ähnlich klang auch die „Europäische Sicherheitsstrategie“ vom Dezember 2003: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur.“²⁸

2.3 Imperiale Geostrategie

Die Erweiterung der europäischen Macht- und Einflussosphäre wird innerhalb der Brüsseler Chefetagen als notwendige Bedingung für den anvisierten Aufstieg zur Globalmacht erachtet (und sie deckt sich zudem auch noch mit den Expansionsinteressen der Wirtschaft): „Eine Reihe von Berichten der Europäischen Kommission und Analysen von EU-Wissenschaftlern argumentieren, dass eine fortgesetzte Erweiterung notwendig ist, will die EU ökonomisch und politisch in der Lage sein, mit anderen globalen Akteuren zu konkurrieren.“²⁹ Hierbei gilt es Schritt für Schritt vorzugehen: „Selbstverständlich muss die EU sich als Macht in ihrer eigenen Region etablieren, wenn sie eine globale Macht werden will.“³⁰

Diesem Ziel diene zunächst die „Expansion per Erweiterung“ durch die Aufnahme zehn neuer EU-Mitgliedsländer in den Jahren 2004 und 2007. Bereits 1993 hatte der Europäische Rat hierfür die so genannten „Kopenhagener Kriterien“ aufgestellt, die als Vorbedingung für eine EU-Mitgliedschaft einen neoliberalen Umbau des Wirtschaftssystems sowie die vollständige Übernahme des gesamten Rechtsbestands der EU, des so genannten *Acquis communautaire*, verlangten. Hinsichtlich der Triebfedern der EU-Osterweiterung schreibt der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer in seinem Standardwerk über diesen Prozess: „Die Triebkraft zur Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten geht von der Produktivität der großen anlagesuchenden Unternehmen Westeuropas aus. [...] Nicht Entwicklungshilfe oder karikativer Gestus sind es, auch nicht die Solidarität einer christlichen Wertegemeinschaft, die Brüssel veranlassen, die Grenzen der Europäischen Union auszudehnen, sondern eine Überproduktionskrise in den westeuropäischen Zentren ist der Grund. [...] Die Osterweiterung der Europäischen Union dient vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen - den so genannten ‚Global Players‘ - neuen Markttraum zu erschließen und mit Hilfe des Regelwerks des ‚Acquis communautaire‘ abzusichern.“³¹

Doch weil der Beitritt weiterer Länder die Machtposition der EU-Großmächte aus ihrer Sicht zu stark schwächen würde, stehen derzeit - abseits einiger kleinerer Länder - keine neuerlichen Beitritte ernsthaft zur Debatte.³² Neue Wege für die Expansion der EU-Einflussosphäre mussten deshalb gesucht und gefunden werden: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte.“³³ Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), deren Intention über die Formel „Expansion ohne Erweiterung“ treffend beschrieben ist.

Die Arbeiten an der ENP wurden bereits im November 2002 aufgenommen und die Ergebnisse von der EU-Kommission in Form des Papiers „Größeres Europa“ im März 2003 veröffentlicht. Das Dokument steckte erstmals den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ab, die ein Jahr später auch offiziell so benannt wurde und die sich gegenwärtig auf 16 Staaten erstreckt. Das Ziel sei es, um die Europäische Union einen „Ring befreundeter Staaten“ zu schaffen, ohne diesen aber eine Beitrittsperspektive zu eröffnen: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“³⁴ Dennoch - oder gerade deswegen - war die Einführung der ENP von der Signalwirkung her „revolutionär“: Mit ihr untermauerte die Europäische Union ihr „Bestreben, ein Machtblock außerhalb ihrer Grenzen zu sein bzw. zu werden, ein Global Player.“³⁵

Vorrangiges Ziel der ENP ist die Schaffung einer „Großeuropäischen Wirtschaftszone“, indem die angrenzenden Länder ganz ähnlich wie beim EU-Osterweiterungsprozess mit zahlreichen Maßnahmen zum Abbau

Map 1

The European Union and the 'Grand Area'

Maritime communication line with spur and port

Gas transmission pipeline with flow direction

Planned gas transmission pipeline with flow direction

Caucasus
Strategic flashpoint or strategic chokepoint

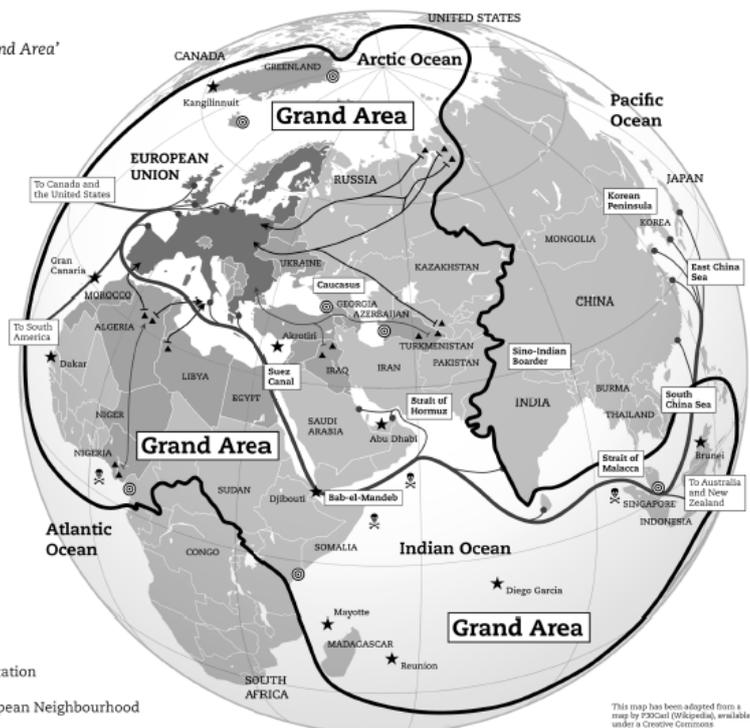
▲ Gas producing region

☠ Pirate infestation

★ European military station

⊙ Suggested European military station

■ Countries in an extended European Neighbourhood



This map has been adapted from a map by PDCent (Düsseldorf), available under a Creative Commons Attribution-Share Alike License.

Grand Area: Imperiales Raumkonzept, Quelle: James Rogers, A New Geography of European Power, Egmont Paper 42, Januar 2011, S. 25

von Handelshemmnissen und zur Übernahme des *Acquis communautaire* „ermutigt“ werden.³⁶ Der neoliberale Umbau erfolgt in Form von Aktionsplänen, die von Brüssel einseitig diktiert werden. Erst wenn die Europäische Union zu dem Ergebnis gelangt, dass diese Vorgaben zufriedenstellend implementiert wurden, erfolgt eine Belohnung in Form einer engeren wirtschaftlichen Integration. Die Mitspracherechte der Anrainerstaaten sind also - vorsichtig formuliert - begrenzt, weshalb zahlreiche Beobachter kritisch auf den imperialen Charakter und das ausgeprägte Zentrum-Peripherie-Gefälle der Nachbarschaftspolitik hingewiesen haben.³⁷ Andere, wie etwa der ehemalige Kommentarchef der *Welt am Sonntag*, Alan Posener, kommen zwar zu demselben Ergebnis, sehen dies jedoch als eine „naturegegebene“ Folge der aus ihrer Sicht erforderlichen EU-Expansionspolitik: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststellung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des ‚Größeren Europa‘ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“³⁸

Doch geht es nach den Propagandisten einer Weltmacht Europa, ist mit der Kontrolle des Nachbarschaftsraums beileibe noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. So plädiert etwa Mark Leonard, Chef des einflussreichen *European Council on Foreign Relations*, perspektivisch für die Etablierung eines deutlich größeren imperialen Großraums, den er als „Eurosphere“ bezeichnet: „Die Europäische Union beginnt damit, eine enorme Einflussphäre zu entwickeln, die sich weit über ihre Grenzen hinaus erstreckt und die ‚Eurosphere‘ genannt werden könnte. Dieser Ring aus achtzig Staaten umfasst die ehemalige Sowjetunion, den westlichen Balkan, den Mittleren Osten, Nordafrika und Sub-Sahara Afrika und beinhaltet 20 Prozent der Weltbevölkerung.“³⁹

Am bündigsten wurden diese imperialen Expansionspläne von dem Briten James Rogers, der u.a. beim *Institute for Security Studies* der Europäischen Union publizierte und auch als Berater des Europäischen Rates tätig war, in ein einheitliches geostrategisches EU-Raumkonzept gegossen. Der Chef der *Group on Grand Strategy* (GoGS), in deren Beirat sich Mitglieder zahlreicher einflussreicher EU-Denkfabriken tummeln, macht keinen Hehl daraus, worin er die Hauptaufgabe einer Geostrategie sieht – in militärgestützter Machtakkumulation: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln.“⁴⁰

Anschließend steckt James Rogers einen „Grand Area“ genannten europäischen Großraum ab, den es gelte, unter Kontrolle zu bringen und legt damit nicht weniger als die Kartografie eines „Imperium Europa“ vor. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt, die zentralen Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sollen Länder und Regionen in die „Grand Area“ integriert werden,

die folgendes „Anforderungsprofil“ erfüllen: „Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland einschließen;
3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Desintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann.“⁴¹

Die „Grand Area“ soll Rogers zufolge mit einem eng gestrickten Netz aus europäischen Militärbasen überzogen und so unter Kontrolle gebracht werden: „Das Konzept der ‚Grand Area‘ würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspräsenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren.“⁴² Mit diesem Militärbasennetz soll vor allem folgenden Zielen Nachdruck verliehen werden: „Erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Länder in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen.“⁴³ Konkret wird daraufhin die Errichtung einer ganzen Reihe neuer Basen vorgeschlagen: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, [...] eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘ auszuüben.“⁴⁴

Das imperiale Konzept von James Rogers entstand selbstredend nicht im luftleeren Raum. Direkt rekurriert er etwa auf die Arbeiten von Robert Cooper⁴⁵, dem früheren Büroleiter des langjährigen EU-Außenbeauftragten Javier Solana. Cooper gilt als einer der einflussreichsten EU-Strategen⁴⁶ und tritt gleichzeitig schon lange mit der Forderung an die Öffentlichkeit, die Europäische Union müsse sich einer Strategie zuwenden, die er als „liberaler Imperialismus“ bezeichnet: „Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...] Die zweite Dimension des postmodernen Imperialismus könnte der Imperialismus des Nachbarn genannt werden. Instabilität in der Nachbarschaft stellt eine Gefahr dar, die kein Staat ignorieren kann. Politische Misswirt-

schaft, ethnische Gewalt und Kriminalität auf dem Balkan stellen eine Gefahr für Europa dar. Die Antwort hierauf war, eine Art freiwilliges UN-Protectorat im Kosovo und in Bosnien zu schaffen.⁷⁴⁷

Offen redet Cooper damit einer neuen EU-Kolonialpolitik das Wort, wobei gerade das von ihm gewählte Beispiel Kosovo zeigt, wie wenig „freiwillig“ die europäischen wirtschaftspolitischen Präferenzen aufgezwungen werden. Die serbische Provinz wurde unter der westlichen Besatzung vollständig entlang neoliberaler Ordnungsvorstellungen umgebaut – ebenso im Übrigen wie auch Bosnien, Afghanistan und der Irak.⁴⁸ Die volle Wucht des EU-Militärapparats soll nach den Vorstellungen Coopers all diejenigen treffen, die seine Begeisterung für den „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie“ aus verständlichen Gründen nicht teilen: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die raueren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“⁴⁹ Überhaupt ist es seit einigen Jahren wieder chic, von einem „Imperium Europa“ zu reden⁵⁰, selbst hohe EU-Politiker wie EU-Kommissionschef José Manuel Barroso bedienen sich mittlerweile ohne falsche Scheu dieser Begrifflichkeit.⁵¹

Jedenfalls ist klar, dass sich die Europäische Union mit diesem imperialen Programm endgültig von der Zivilmacht verabschiedet, die sie teils immernoch vorgibt zu sein. So beschrieb die *Bertelsmann-Stiftung* in einer Studie über mögliche EU-Zukunftsszenarien die von ihr präferierte Option folgendermaßen: „Im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. [...] Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. [...] Die sich stetig in Richtung einer Supermacht Europa entwickelnde Europäische Union erweist sich als ein äußerst offenes System, das auch im Prozess der Staatswerdung fähig ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Damit ist die EU global das einzige System, das territorial kontinuierlich expandiert.“⁵²

2.4 Rückkehr der Großmachtkonflikte

Angesichts der hochgesteckten Ziele sieht die Realität für die europäischen Weltmachtansprüche allerdings eher düster aus: Kaum jemand bestreitet heute ernsthaft, dass die Macht und der globale Einfluss der USA, aber eben auch die Europäische Union abnehmen.⁵³ So konstatierte etwa ein Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments im September 2011, „dass die derzeitige Wirtschaftskrise den

Prozess des Machtübergangs von den bestehenden Mächten auf die aufstrebenden Mächte beschleunigt hat.“⁵⁴ Anschließend wird jedoch unmissverständlich klargestellt, dass man nicht beabsichtigt, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen: „Das Europäische Parlament [...] weist die Behauptung nachdrücklich zurück, dass sich der Westen angesichts des Entstehens neuer außenpolitisch maßgeblicher Wirtschaftsmächte und potenzieller Rivalen damit abfinden sollte, seine Führungsrolle aufzugeben, und sich auf die Bewältigung seines Niedergangs konzentrieren sollte.“⁵⁵

Um sich für diese heraufziehenden Rivalitäten zu wappnen, müsse die Europäische Union stärker machtpolitische Fragen in den Mittelpunkt rücken und ihre Kapazitäten bündeln, ansonsten sei der Abstieg nicht zu vermeiden, so die weitverbreitete Auffassung. Beispielhaft hierfür äußerte sich der ehemalige britische Premierminister Tony Blair im Juni 2011: „Für Europa ist es wesentlich, dass es versteht, dass die einzige Möglichkeit, um Unterstützung für Europa zu erhalten, heute nicht auf einer Art Nachkriegssicht basieren kann, dass die EU notwendig für den Frieden ist. [...] Die Existenzberechtigung Europas basiert heute auf Macht, nicht auf Frieden. [...] In einer Welt, in der vor allem China dabei ist, zur dominierenden Macht des 21. Jahrhunderts zu werden, ist es für Europa vernünftig, sich zusammenschließen, um sein kollektives Gewicht zu nutzen, um globalen Einfluss zu erlangen.“⁵⁶ Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen spielt aus herrschender Sicht ein mächtiger Militärapparat eine wichtige Rolle: „Das Recht des Stärkeren war und ist [...] ein wesentlicher Aspekt des zwischengesellschaftlichen Verkehrs. Macht und Einfluss in internationalen Organisationen hängen hiervon entscheidend ab. Militärische Stärke etwa gilt als ‚diskrete Hintergrundinformation‘ über die Kräfteverhältnisse.“⁵⁷

Es mehren sich seit einigen Jahren sogar die westlichen Stimmen, die einer neuen epochalen Konfrontation, einem „Neuen Kalten Krieg“ zwischen „Demokratien“ (USA und EU) und „Autokratien“ (China und Russland) das Wort reden.⁵⁸ Vor allem die Thesen des einflussreichen Politikwissenschaftlers Robert Kagan prägen die diesbezügliche Debatte: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusamm tun, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun.“⁵⁹ Ganz ähnlich prophezeit Nikolaus Busse, Brüssel-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, eine „globale Großkonkurrenz“, auf die folgendermaßen reagiert werden müsse: „Auf immer mehr Feldern werden wir leidenschaftliche Konkurrenz und harte Interessengegensätze mit den aufsteigenden Großmächten erleben. Das erfordert eine beherzte globale Präsenz des Westens, und zwar nicht nur der USA. [...] Europa kann in einer Welt harter geopolitischer Rivalität nicht als große Friedensbewegung bestehen, sondern muss zu einer anspruchsvollen Diplomatie und einem selbstbewussten Auftritt finden. Dieses Problem löst man nicht mit der Schaffung neuer Posten und Strukturen in Brüssel, sondern indem die Eliten in den großen Mitgliedsstaaten einen größeren Willen entwickeln, sich harten machtpolitischen Fragen gemeinsam zu stellen.“⁶⁰

Teils wird sogar offen ausgesprochen, das EU-Militär müsse sich für bewaffnete Auseinandersetzungen mit rivalisierenden Großmächten rüsten. Im Mai 2011 erschien etwa die deutsche Ausgabe des Sammelbandes „Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020“, der von der hauseigenen Denkfabrik der Europäischen Union, dem *Institute for Security Studies* (ISS) in Paris, herausgegeben wurde. In diesem derzeit wohl wichtigsten Vorschlagskatalog zur künftigen EU-Militärpolitik findet sich ein schockierend deutlicher Artikel von Tomas Ries, dem Direktor des *Swedish Institute for International Affairs*. Unter namentlichem Bezug auf Russland und einige andere Länder wird darin etwa festgestellt: „Die GSVP [Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik] wird bis 2020 wahrscheinlich mehrere Aufgaben erfüllen müssen. [...] Gegenüber den entfremdeten modernen Staaten muss sie eine harte Machtpolitik verfolgen, die von der Einflussnahme im Clausewitzschen Sinne bis zur direkten militärischen Konfrontation reichen kann.“⁶¹

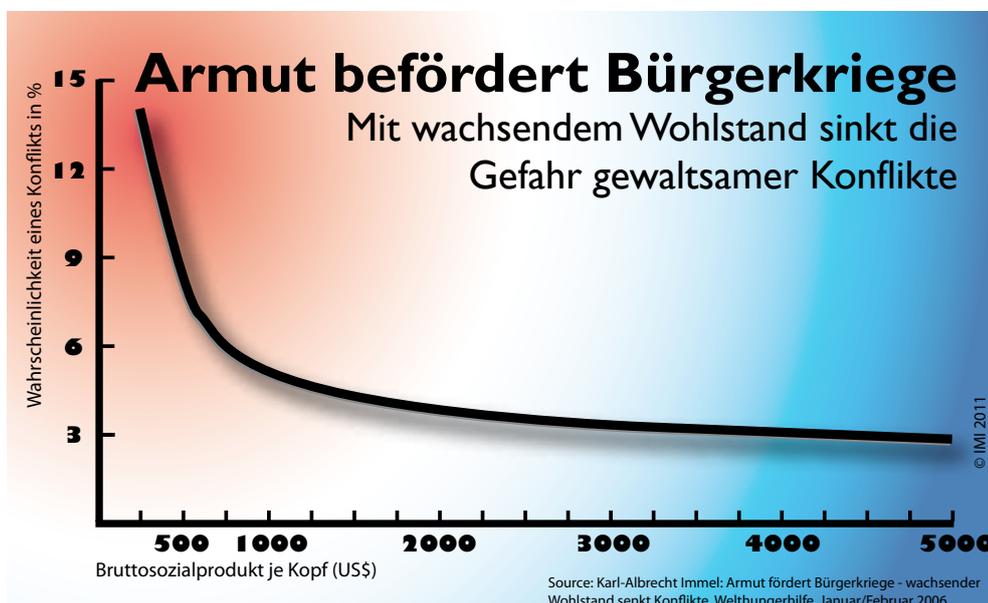
Ein besonders heikler Bereich ist die Kontrolle von Rohstoffvorkommen und ihren Transportwegen. Aufgrund der zunehmenden Verknappung nicht nur von Öl und Gas, sondern auch von anderen „vitalen“ Bodenschätzen, drohen hier schwere Konflikte bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten. Dass es hierzu mit einer hohen Wahrscheinlichkeit kommen kann, ist etwa die Auffassung der US-Geheimdienste oder auch des *Zentrums für Transformation der Bundeswehr*.⁶² Schon in einem 2004 veröffentlichten Papier des *Institute for Security Studies* der Europäischen Union, das als Entwurf für ein EU-Weißbuch in die Debatte eingespeist wurde, hieß es deshalb die „ökonomische Überlebensfähigkeit“ erfordere den „Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen.“⁶³ Ein solcher „Stabilitätsexport“ wird aus Sicht der EU-Eliten vor allem auch aufgrund der aggressiven europäischen Außenwirtschaftspolitik immer notwendiger. Denn die von dieser Politik verursachte Armut bringt immer mehr Konflikte hervor, die „befriedet“ werden müssen, sollten sie wesentliche Interessen „bedrohen“.

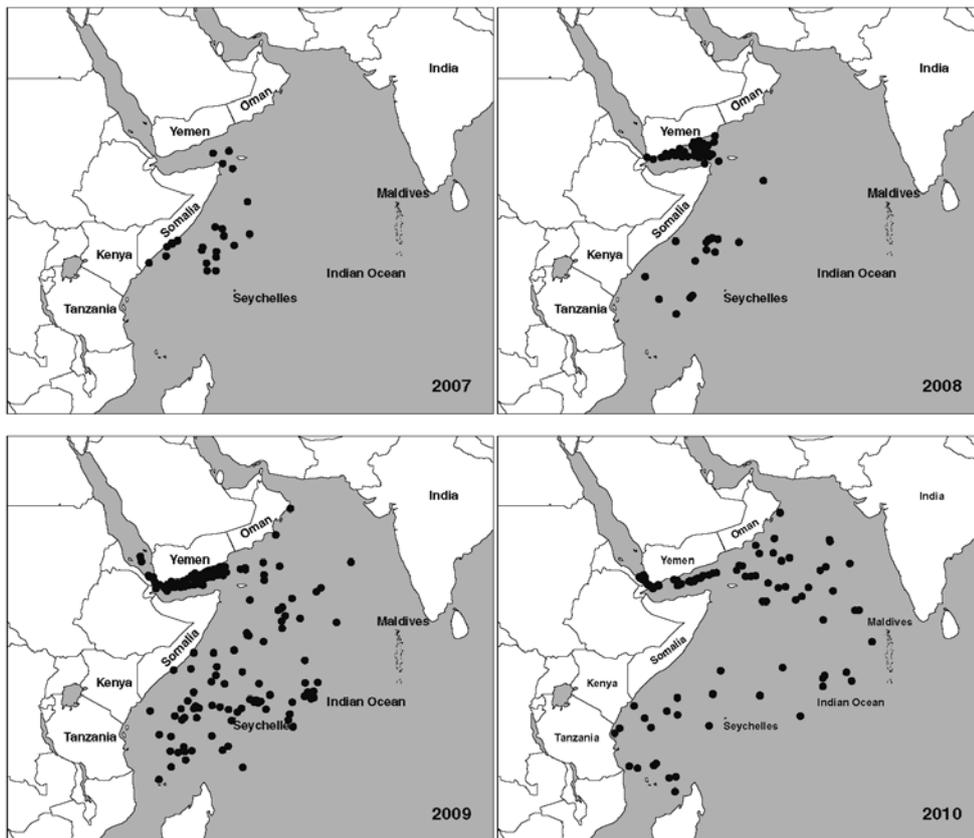
2.5 Neoliberalismus, Armut und Krieg

Das neoliberale Weltwirtschaftssystem verursacht nicht nur die Verarmung unzähliger Menschen, es hat auch weit reichende Folgen für die Frage von Krieg und Frieden in der Welt. Denn entgegen dem gängigen Mediendiskurs sind nicht Habgier, ethnische bzw. religiöse Konflikte o.ä. der ausschlaggebende Faktor für den Ausbruch von Bürgerkriegen in der so genannten Dritten Welt, sondern Armut. Der bekannte Friedensforscher Michael Brzoska schreibt hierzu: „Wenn heute in der westlichen Welt von Kriegsgefahr die Rede ist, entsteht oft der Eindruck, sie ginge von irrationalen Einzelnen aus. Dabei ist in der Kriegsursachenforschung unumstritten, dass Armut der wichtigste Faktor für Kriege ist. Armut steht als Indikator für wirtschaftliche als auch für soziale Benachteiligung, bis hin zum Mangel an Möglichkeiten, das eigene Leben in Würde zu gestalten. Die Kriege der Zukunft werden immer häufiger Kriege um Wohlstand und Würde sein – und zumindest jenen, die sie betreiben, rational erscheinen.“⁶⁴ Selbst die Weltbank gelangte in einer bemerkenswerten Studie aus dem Jahr 2003 zu demselben Ergebnis: „Empirisch ist das auffälligste Muster, dass sich Bürgerkriege besonders auf arme Staaten konzentrieren. Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht. Somit kann unser zentrales Argument bündig zusammengefasst werden: Die zentrale Konfliktursache (central root cause of conflict) ist das Scheitern ökonomischer Entwicklung.“⁶⁵

Das Schlimmste und Empörendste daran ist, dass allen Entscheidungsträgern dieser Zusammenhang völlig bewusst ist, eine Änderung der neoliberalen Außenwirtschaftspolitik, von denen die EU-Konzerne schließlich massiv profitieren, aber nicht ansatzweise auf der Tagesordnung steht. Gerade weil man um die fatalen Folgen dieser Wirtschaftspolitik weiß, wird eine der wesentlichen Aufgaben der EU-Sicherheitspolitik darin gesehen, die vom Westen verschuldeten Globalisierungskonflikte militärisch so „gut“ es eben geht zu deckeln. Dies wird etwa in dem bereits erwähnten einflussreichen Sammelband „Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020“

ganz offen eingestanden: „Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten





Source: GAO analysis of International Maritime Bureau data (data), Map Resources (map).

Pirateriebekämpfung: Ein Schlag ins Wasser; Quelle: Maritime Security: Actions Needed to Assess and Update Plan and Enhance Collaboration among Partners Involved in Countering Piracy off the Horn of Africa, United States Government Accountability Office, Report to Congressional Requesters, September 2010, S. 80.

Somalia: Prototyp eines Globalisierungskrieges

Ein Paradebeispiel für den Zusammenhang zwischen neoliberaler Globalisierung, daraus erwachsenden Konflikten und westlichen Militäreinsätzen ist die Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika vor der Küste Somalias. Die Ursachen des Problems reichen zurück in die 1980er als Somalia vor allem aufgrund der Zinserhöhungen der US-Notenbank (Volcker-Schock) in die so genannte Schuldenfalle geraten war. Um zahlungsfähig zu bleiben, musste das Land vom Internationalen Währungsfonds Geld leihen, der im Gegenzug über Strukturprogrammme den neoliberalen Umbau des Landes verordnete: Rückbau des Staates, Öffnung für westliche Investitionen und Produkte, Abbau von Sozialleistungen, etc.

In der Folge brach Somalia zusammen, es entstand das, was man heute einen „gescheiterten Staat“ nennt.¹ Die Küstenwache konnte nicht mehr entlohnt werden und wurde entlassen. Da dadurch niemand mehr zur Verfügung stand, um die 12-Meilen-Zone zu kontrollieren, wurde diese anschließend u.a. von EU-Fischfangtrawlern leergeräumt, womit zahlreichen dortigen Fischern die Lebensgrundlage entzogen wurde. Aus Küstenwache und verarmten Fischern setzten sich dann die ersten „Piraten“ zusammen, die nun Schiffe aufbringen und – aus Sicht der EU – den freien Warenverkehr, den „Strom der Globalisierung“, stören. Anstatt die Ursachen anzugehen, entsendet die EU seit 2008 im Rahmen der Mission ATALANTA Kriegsschiffe in die Region. Sie sollen ein Problem wortwörtlich bekämpfen, dessen Ursache viel mit der EU-In-

teressenspolitik zu tun hat und dessen Lösung auch genau dort ansetzen müsste.² Allerdings ist der ATALANTA-Einsatz ein Schlag ins Wasser, er hat das Problem sogar vergrößert: Anzahl und Aktionsradius der Piratenangriffe haben mit Beginn der Operation sprunghaft zugenommen.³ Um es noch zynischer zu machen: Inzwischen ist es wieder möglich, vor der Küste Somalias zu fischen – die illegalen Fangflotten trauen sich aufgrund der Piraterie nicht mehr in die Region.⁴

Anmerkungen

- 1 Vgl. Chossudovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002, S. 109-117; Ihonvbere, Julius O.: The World Bank/IMF Structural Adjustment Programs and the Somali Crisis, A paper prepared for the symposium on “Towards Conflict Resolution in the Horn of Africa,” November 19, 1994, URL: <http://www.hartford-hwp.com/archives/33/006.html> (15.02.2010).
- 2 Vgl. Mahnkopf, Birgit: Piratenhatz am Horn von Afrika. Zur politischen Ökonomie eines Piratenkonflikts und seiner geopolitischen Bedeutung, in: Internationale Politik und Gesellschaft 1/2010, S. 58-81.
- 3 Vgl. The Military Balance, März 2011, S. 403; Maritime Security: Actions Needed to Assess and Update Plan and Enhance Collaboration among Partners Involved in Countering Piracy off the Horn of Africa, United States Government Accountability Office, Report to Congressional Requesters, September 2010, S. 80.
- 4 Vgl. Piraten – die unfreiwilligen Tierschützer, Tagesanzeiger, 12.01.2010.



Konferenz der Lobbyorganisation Security and Defence Agenda: Going global: Europe's security policy challenge, Quelle: flickr/Security and Defence Agenda

müssen. [...] Für den Schutz der Ströme werden globale militärpolizeiliche Fähigkeiten (Schutz von Seewegen und kritischen Knotenpunkten etc.) und eine gewisse Machtprojektion (Verhinderung von Blockaden und Bewältigung von regionaler Instabilität) erforderlich sein.⁶⁶

Der Fisch stinkt vom Kopf, dem Wirtschaftssystem, und genau dort müsste kluge Friedenspolitik ansetzen - nicht bei dem Versuch, den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte notdürftig militärisch unter Kontrolle zu halten. Da dies aber augenscheinlich nicht gewollt ist, kann es nicht weiter verwundern, dass innerhalb der Strategiedebatte mit einem Mehrbedarf an „Stabilisierungseinätzen“ gerechnet wird.⁶⁷

2.6 Lobby für Krieg und Profit

Ganz generell steht vor dem Hintergrund der in diesem Kapitel beschriebenen Interessenslage die Förderung einer starken rüstungsindustriellen Basis ganz oben auf der politischen Agenda, was in letzter Konsequenz zur Schaffung eines mächtigen Militär-industriellen Komplexes verursachen wird. Ohne eine starke einheimische Rüstungsindustrie ist der Traum von der Globalmacht Europa schnell ausgeträumt, so die Befürchtung. Zum grundsätzlichen Zusammenhang zwischen rüstungsindustrieller Basis und weltpolitischem Einfluss äußerte sich etwa der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière folgendermaßen: „Nur Nationen mit einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen“⁶⁸ Ganz ähnlich merkte auch Antonio Tajani, Vizepräsident der EU-Kommission, an: „Die Verteidigungsindustrie, die Verteidigungsmärkte sind fundamentale Instrumente einer europäischen Politik, die darauf abzielt, eine größere Unabhängigkeit und Souveränität im Verteidigungsbereich zu erhalten. [...] Man kann keine gemeinsame Außenpolitik haben, solange man keine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat.“⁶⁹

Aus nachvollziehbaren Gründen greift auch die Rüstungsindustrie auf ein derartiges Argumentationsmuster zurück und fordert darauf aufbauend massive staatliche Unterstützungsleistungen ein. Exemplarisch hierfür sei Stefan Zoller, Chef der EADS-Rüstungstochter *Cassidian*, zitiert: „Die europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrien sind vor dem Hintergrund [der] globalen Herausforderungen in ihrer Überlebensfähigkeit gefährdet, bilden aber auch gleichzeitig den entscheidenden Faktor bei der Positionierung Europas als Akteur in der Weltpolitik. Konsolidierung durch Konzentration [...] ist so notwendig wie grundsätzlich auch möglich. [...] Allerdings steht oder fällt dieses Ziel mit der politischen Bereitschaft zur Unterstützung und Flankierung entsprechender industriepolitischer Maßnahmen.“⁷⁰

Die Politik will also einen schlagkräftigen und effizienten – sprich: tödlichen – Militärapparat und eine starke, unabhängige rüstungsindustrielle Basis, die Rüstungsindustrie mehr staatliche Unterstützung, mehr Geld und mehr Profit – man ist sich also einig: „Der gemeinsame Nenner zwischen der Allianz aus Industrie und EU-Politikern basiert auf dem Glauben, dass eine starke europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine notwendige Grundlage für eine starke Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. Dies wird wiederum als eine Voraussetzung für eine gemeinsame Außenpolitik betrachtet. [...] Die Sicherheits- und Verteidigungscommunity in Brüssel, die weitgehend von der Industrie finanziert wird, nährt und verbreitet diesen Glauben auf vielerlei Weise. Das bedeutet, dass sich der Einfluss von Rüstungsfirmen auf die Ausgestaltung der EU-Politik nicht auf die Industriepolitik beschränkt. Er betrifft auch allgemeiner das europäische Verhalten auf der globalen Ebene. Aggressive Machtprojektion und militärische Logiken werden hierdurch als integrale Elemente der europäischen Außenpolitik gestärkt.“⁷¹

Kein Wunder also, dass aufgrund dieser komplementären Interessenlage zwischen Politik und Rüstungsindustrie eine nahezu symbiotische Beziehung herrscht: „Wo der Staat aufhört und die Konzerne mit ihren Interessen anfangen, ist im Rüstungssektor der EU-Staaten und auch auf der EU-Ebene immer schwerer auszumachen.“⁷² Hierbei lässt sich aber eine gewachsene Rolle der Politik feststellen. Auch wenn in dieser Studie weiter der gebräuchliche Begriff des MIK verwendet wird, weist Hans-Jürgen Bieling deshalb richtigerweise darauf hin, dass eigentlich von einem Neuen-Politisch-Militärisch-Industriellen-Komplex (NPMIK) die Rede sein müsste: „Im Unterschied zu den alten Konzeptionen des Militärisch-Industriellen Komplexes, die eine Dominanz der militärischen und rüstungsindustriellen Akteure unterstellen, berücksichtigt die Konzeption eines NPMIK in der EU sehr viel stärker die Initiativrolle der nationalen und supranationalen politischen Entscheidungsträger.“⁷³

Besonders deutlich wird dies anhand des Europäischen Parlaments: „Schlüsselpositionen für die Industriepolitik im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, wie etwa Ausschussvorsitzende und die Rolle von Berichterstattern für relevante Gesetzesinitiativen werden häufig mit industriefreundlichen Europaparlamentariern wie Arnaud Danjean (augenblicklich SEDE-Vorsitzender), Christian Ehler (Mitglied des SEDE und ITRE), Jean-Pierre Audy (Berichterstatter für die Zwischenevaluation des siebten Forschungsrahmenprogramms) oder Elmar Brok (Berichterstatter bei der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes) besetzt.“⁷⁴ Auf der anderen Seite lässt sich wiederum feststellen, dass die natürlich bereits seit Langem existierenden Zusammenschlüsse der Rüstungslobby auf EU-Ebene seit einigen Jahren rapide im Umfang und Einfluss angewachsen sind: „Stimuliert durch die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie haben sich die alten industriepolitischen Organisationen [EDIG] und [ACEMA] im Frühjahr 2004 zur [ASD] zusammengeschlossen. Als Vertretung von über 30 Wirtschaftsverbänden und mehr als 800 Unternehmen des Rüstungssektors fungiert die ASD als ein privilegierter Ansprechpartner der Kommission und der EVA. Das heißt, die Entscheidungen über die rüstungsindustriellen Schwerpunkte und Programme werden in der EU maßgeblich unter Mitwirkung der ASD und der führenden europäischen Rüstungsfirmen [...] getroffen.“⁷⁵

Die „Erfolge“ dieses Lobbynetzwerkes sind unübersehbar. So konnte die Rüstungsindustrie etwa maßgeblich Einfluss auf die Ausgestaltung des Sicherheitsforschungsprogramms der Europäischen Union nehmen (vgl. Kapitel 4.5). Zudem waren Vertreter der Rüstungsindustrie unmittelbar an der Ausarbeitung des EU-Verfassungsvertrages beteiligt⁷⁶, der später nahezu unverändert als Vertrag von Lissabon in Kraft trat. Auch auf die Einrichtung der EU-Verteidigungsagentur hatten Rüstungslobbyisten ebenso maßgeblichen Einfluss wie auf die Ausgestaltung des EU-Verteidigungspaketes: „Die EU-Kommission deutet an, dass Repräsentanten von EADS, Thales, BAE Systems, Finmeccanica, Saab, MBDA und anderen sich über ein dutzend Mal mit Offiziellen der Kommission im Zusammenhang mit dem Verteidigungspaket getroffen haben. Der europäische Industriezweigsverband ASD spielte ebenfalls eine Rolle, indem er die vorgeschlagene Richt-

linie und selbst einzelne Änderungsanträge mit EU-Offiziellen diskutierte. Im ASD-Magazin gab Bill Gilles, der Cheflobbyist der Organisation in dieser Angelegenheit an, dass ‚die beiden Richtlinien [...] jede auf ihre Weise Vorboten einer Revolution im europäischen Sicherheits- und Verteidigungsmarkt sind‘ und dass die ‚ASD zufrieden ist, dass sie regelmäßig von der EG während der Abfassung der Richtlinien konsultiert wurde.“⁷⁷

Als Scharnier zwischen Industrie und Politik fungieren Organisationen wie die *Kangaroo Group*, der *European Security Round Table* und vor allem die *Security and Defence Agenda* (SDA): „Ihr Vorsitzender, Giles Merrit, [...] kontrolliert ein ganzes Netzwerk an Lobbyeinrichtungen. Dieses Netzwerk schließt die SDA-Denkfabrikschwester ‚Friends of Europe (Generalsekretär: Giles Merrit), die Eventmanagementfirma ‚Forum Europe‘ (Präsident: Giles Merrit) und ‚Europe’s World‘ (Herausgeber: Giles Merrit) ein.“⁷⁸ Man trifft sich bei Veranstaltungen, die von diesen Gruppen organisiert werden, tauscht sich über die Bedürfnisse aus und bildet so einen Militarisierungskonsens, für den die weitere Aufrüstung der Europäischen Union eine unhinterfragbare Notwendigkeit ist.⁷⁹ Der so herausgebildete Militarisierungskonsens wird zusätzlich von einem an einige wenige Denkfabriken angedockten Expertenzirkel verfestigt und in die Öffentlichkeit getragen. Einige der wichtigsten dieser „Schaltstellen“ sind das *Egmont Institute*, der *European Council on Foreign Relations* (ECFR), das *Centre for European Reform* (CER), das *European Union Institute for Security Studies* (EUISS), das *Centre for European Policy Studies* (CEPS), die *Bertelsmann Stiftung*, die *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) sowie das *Institute for International Relations*.⁸⁰

Auf dieser Basis wurde mittlerweile eine Art Maßnahmenkatalog zur Realisierung der Militärmacht Europa ausgearbeitet: Zunächst gilt es, Druck auf die Mitgliedsstaaten auszuüben, ihre Militärkapazitäten trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter auszubauen sowie den – zumindest perzipierten – steilen Abwärtstrend bei den Rüstungsausgaben zu stoppen, im Optimalfall sogar umzukehren. Weiter sollen auch Ressourcen aus zivilen Haushalten für militärrelevante Belange mobilisiert werden. Schließlich steht die Förderung eines mächtigen EU-MIK ganz oben auf der Agenda, einmal über die Europäisierung der Rüstungsnachfrage sowie der Förderung von Unternehmenszusammenschlüssen und andererseits durch die Unterstützung von Rüstungsexporten.

3. Brüsseler Rüstungsdruck

Die zuvor beschriebene Interessenlage hat zu einer gewachsenen Bereitschaft geführt, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse auf Militäreinsätze zurückzugreifen. Aus diesem Grund kommt dem Ausbau der hierfür erforderlichen Kapazitäten hohe Priorität zu: „Ein wesentliches Interesse, das von nahezu allen Mitgliedsstaaten geteilt wird, besteht darin, die Verlege- und Durchhaltefähigkeit ihrer bewaffneten Kräfte in fernen Einsatzgebieten zu erhöhen.“⁸¹ Der Aufbau interventionsfähiger Streitkräfte erfordert aber immense Ressourcen: „Die Transformation von traditionellen Verteidigungskräften zu den neuen benötigten Expeditionsarmeen, die fähig für Interventionen außerhalb des EU-Gebietes sind, muss von einer massiven Aufrüstung begleitet werden.“⁸²

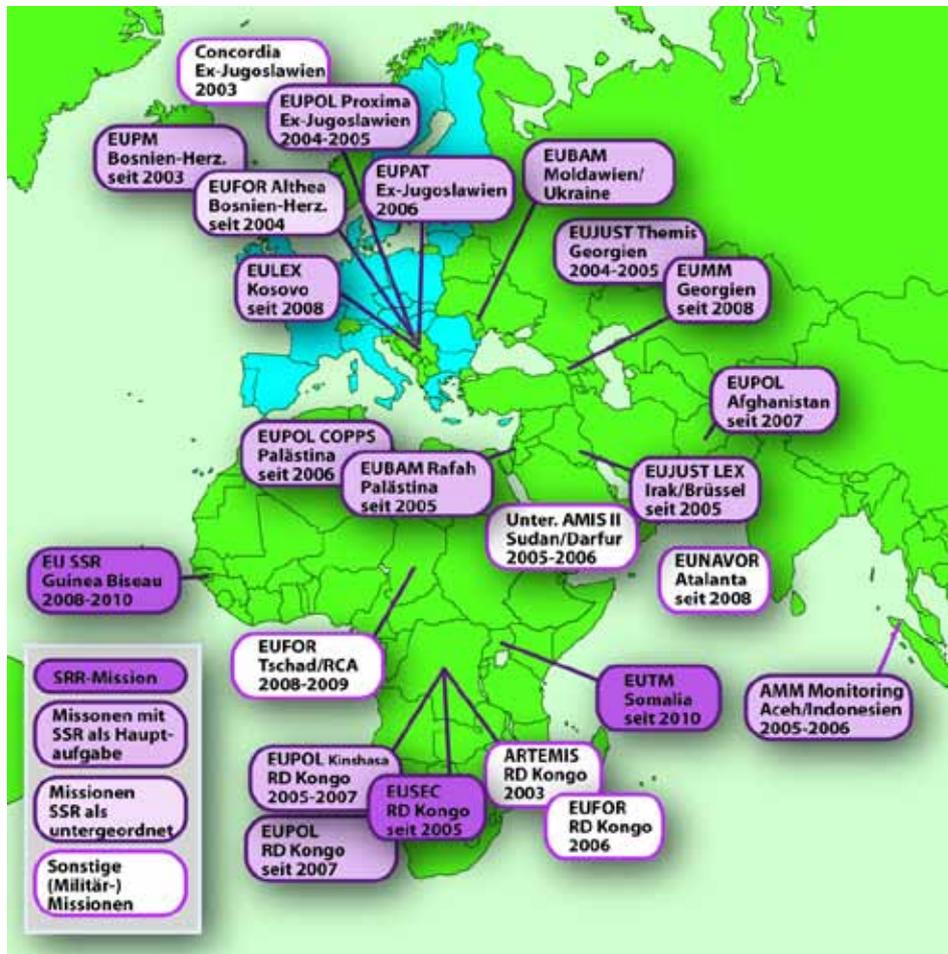
Vor diesem Hintergrund wird an allen Ecken und Enden vor zu niedrigen Investitionen im Rüstungsbereich gewarnt. So heißt es etwa in einer Studie der Bundeswehr-Universität: „Insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um den eigenen Streitkräften weiterhin die Fähigkeiten zur Verfügung stellen zu können, die sie benötigen. Sollten die europäischen Staaten nicht zu diesen Investitionen bereit sein, müssten sie sich als EU vom Ziel der Rolle eines ‚Global Actor‘ im weltweiten Krisenmanagement verabschieden.“⁸³ Auch eine EP-Entscheidung vom Dezember 2011 beklagt lautstark: „Das Europäische Parlament [...] stellt fest, dass man sich weiterhin in unverhältnismäßiger Weise auf die Fähigkeiten der Vereinigten Staaten in Verteidigungsfragen stützt, da der Anteil der USA an den gesamten Verteidigungsausgaben im Nordatlantischen Bündnis auf 75 % angestiegen ist, und dass deshalb die europäischen Verbündeten ihren Anteil an den Verteidigungsausgaben erhöhen müssen; nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die jüngsten Haushaltskürzungen zu der Praxis hinzukommen, dass die Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung schon seit einem Jahrzehnt zu wenig investieren und ausgeben.“⁸⁴

Somit existiert das naheliegende Bestreben, dem Rüstungssektor so viel Geld wie möglich zuzuschauen. Neben der Zweckentfremdung ziviler Haushalte (vgl. Kapitel 4) ist hierfür wesentlich, dass die Europäische Union für ihre Mitgliedsstaaten zahlreiche „Militarisierungsanreize“ setzt. Allerdings sind die Mitgliedsstaaten keineswegs

nur Getriebene. Sie nutzen den Brüsseler Rahmen häufig ihrerseits, um unter Verweis auf angebliche Sachzwänge hohe Militärbudgets zu legitimieren. Dies hat zur Folge, dass die Rüstungsausgaben in der Europäischen Union, ungeachtet zahlloser Ankündigungen, massive Kürzungen vornehmen zu wollen, weiter auf hohem Niveau gehalten werden können und die Militarisierung der Europäischen Union zügig voranschreitet.

3.1 EU-Militarisierung – eine Zwischenbilanz

Schon ein kurzer Überblick über die bisherigen „Erfolge“ bei der Militarisierung der Europäischen Union zeigt, wie weit dieser Prozess bereits vorangeschritten ist: „Innerhalb der EU gibt es keinen Politikbereich, der sich derart dynamisch entwickelt, wie ihre Militärpolitik.“⁸⁵ Bereits unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges wurde mit dem Vertrag von Maastricht die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) aus der Taufe gehoben, ohne aber lange Zeit über eine substantielle eigenständige Militärkomponente zu verfügen. Vor allem aufgrund der Erfahrungen aus dem im März 1999 begonnenen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, bei dem die



Karte der EU-Einsätze, Grafik: IMI

USA recht rabiat trotz heftiger EU-Protteste die alleinige Führungsrolle für sich beanspruchte, sollte sich dies kurze Zeit später ändern. So gilt der Ratgipfel in Köln im Juni 1999 als offizielle Geburtsstunde für die Militarisierung der Europäischen Union. Dort wurde die „Erklärung des Europäischen Rats zur Stärkung der GASP“ verabschiedet. Sie enthielt das Ziel, Interventionstruppen (European Rapid Reaction Forces, ERRF) und militärische Führungsinstrumente aufzubauen, die der EU „die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten“ verschaffen sollten. Erfolge sollte dies – mit Blick auf die USA und ihrer Führungsrolle im westlichen Bündnis – „unbeschadet von Maßnahmen der NATO.“⁸⁶ Ein halbes Jahr später wurde auf dem Folgetreffen in Helsinki vom 10. bis 12. Dezember 1999 mit dem „Headline Goal“ die Zielgröße dieser Truppe ausgegeben: 60.000 Soldaten (was aufgrund der erforderlichen Rotation und logistischen Unterstützung einem Gesamtumfang von zirka 180.000 Soldaten entspricht) mit einem Einsatzradius von 4.000km rund um Brüssel.

Seither geht es Schlag auf Schlag: Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza wurden mit dem Beschluss zur Einsetzung eines Militärausschusses (EUMC), eines Militärstabes (EUMS) und eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für offensiv ausgerichtete EU-Truppen geschaffen. Im Dezember 2003 hieß es in der Europäischen Sicherheitsstrategie: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. [...] Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“⁸⁷ Schon zuvor, im Mai 2003, wurden die europäischen Eingreiftruppen für einsatzfähig erklärt, lediglich im oberen Einsatzspektrum, d.h. bei hochintensiven Kampfhandlungen, gäbe es noch Defizite.⁸⁸

Mit dem 2002 und 2003 erarbeiteten EU-Verfassungsvertrag, dem späteren Vertrag von Lissabon, wurde zudem das militärische Aufgabenspektrum substanziell erweitert.⁸⁹ Genannt werden nun folgende Einsatzszenarien für die EU-Streitkräfte: „Gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Artikel 43, Absatz 1 EUV)

Um die erforderlichen Kapazitäten zur Durchführung dieser Aufgaben aufzubauen, wurde auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel im Juni 2004 als neues Planziel das „Headline Goal 2010“ (HG 2010) ausgegeben. Ein wesentliches Element des HG 2010 war die Aufstellung so genannter Battlegroups, hochmobiler und schnell verlegbarer Eingreiftruppen mit einem Umfang von etwa 1.500

Soldaten. Seit Januar 2007 stehen immer zwei dieser Battlegroups für Einsätze in einer Entfernung von bis zu 6.000km von Brüssel auf Abruf bereit. Diese Truppen werden im Protokoll 10 des Vertrags von Lissabon vertraglich verankert und detailliert beschrieben. Dort wird festgehalten, dass sie „taktisch als Gefechtsverband konzipiert sind, über Unterstützung unter anderem für Transport und Logistik verfügen und fähig sind, innerhalb von 5 bis 30 Tagen Missionen nach Artikel 43 des Vertrags über die Europäische Union aufzunehmen, um insbesondere Ersuchen der Organisation der Vereinten Nationen nachzukommen, und diese Missionen für eine Dauer von zunächst 30 Tagen, die bis auf 120 Tage ausgedehnt werden kann, aufrechtzuerhalten.“⁹⁰

Zur Flankierung und Effizienzsteigerung militärischer Einsätze werden zudem verstärkt auch zivile Kapazitäten aufgebaut. So kritisierte die „Europäische Sicherheitsstrategie“: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen.“⁹¹ Der besondere „Mehrwert“ liegt dabei darin, dass Soldaten aus offensichtlichen Gründen für viele Aufgaben im Rahmen von „Stabilisierungseinsätzen“ nur bedingt geeignet sind. Hierfür werden zivile Akteure (vom Brunnenbauer über den Juristen bis hin zum Agrotechniker) benötigt, die zur Unterstützung des Militärs nutzbar gemacht werden sollen. In den Worten der „Europäischen Sicherheitsstrategie“: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“⁹²

Parallel zum Aufbau eines EU-Militärapparats, wurde deshalb bereits auf dem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs im portugiesischen Santa Maria da Feira am 19. und 20. Juni 2000 der umfassende Aufbau „ziviler“ Krisenmanagementkapazitäten beschlossen. Später wurden die Zielgrößen zunächst mit dem „Civilian Headline Goal 2008“ (Juni 2004) und anschließend mit dem „Civilian Headline Goal 2010“ (November 2007) weiter präzisiert. Dies führte zum Aufbau eines beträchtlichen Pools „ziviler“ Kräfte, die nunmehr für EU-Auslandseinsätze zur Verfügung stehen: „Die hohe Zahl von Experten, auf die der Rat für Krisenmanagement-Operationen und -Missionen zurückgreifen kann, ist für multinationale Organisationen einmalig. Rechnet man alle verfügbar gemeldeten Kräfte [...] zusammen, ergibt sich die Summe von 12396 Personen.“⁹³ Mit der 2007 eingerichteten „Zivil-Militärischen Zelle“, die bislang Einsätze mit einem Personalumfang von bis zu 2000 Personen leiten kann, existiert inzwischen sogar der Nukleus für ein eigenständiges europäisches Hauptquartier.

Viele Nichtregierungsorganisationen (NROs), wie etwa der *Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen NROs* kritisieren die Zivil-militärische Zusammenarbeit scharf: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Für die Hilfsorganisationen bedeuten die genannten Tendenzen zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit und

zur Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine deutliche Erschwerung und Einschränkung ihrer Arbeit. Sie schaden dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.⁹⁴ Ungeachtet dieser Kritik nahm im Dezember 2010 mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst eine neue Superbehörde ihre Arbeit auf, in der zivile und militärische Aspekte der EU-Außenpolitik institutionell bis zur Unkenntlichkeit miteinander verschmolzen werden (vgl. Kapitel 4.7).

Die ersten Einsätze der Europäischen Union im Rahmen der so genannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP)⁹⁵ erfolgten bereits im Jahr 2003: „Concordia“ in Mazedonien und „Artemis“ im Kongo. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 Kilometer von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung endgültig ad acta gelegt wurde. Zudem agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen und damit unabhängig von den USA, indem Frankreich die operative Führung übernahm. Diesen ersten beiden Einsätzen sind mittlerweile zahlreiche weitere gefolgt, weshalb Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, zufrieden bilanzierend feststellt: „24 Einsätze auf drei verschiedenen Kontinenten. [...] Die EU hat gezeigt, dass ihr Engagement auf dem Gebiet der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung glaubwürdig ist und dass sie über die erforderliche Fähigkeit zur Kräfteprojektion verfügt.“⁹⁶

Vielen geht diese Entwicklung jedoch noch nicht weit genug. Schon im Jahr 2008 kritisierte der ehemalige Leiter der EU-Verteidigungsagentur, Nick Witney, die Europäische Union bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück, effektive militärische Machtprojektion leisten zu können.⁹⁷ Und in der Tat: Um das überaus ambitionierte Anforderungsprofil umsetzen zu können, das bereits auf dem Ratsgipfel im Dezember 2008 verabschiedet wurde, werden noch deutlich mehr Kapazitäten benötigt. Dort wurde beschlossen, schnellstmöglich die Kapazitäten aufzubauen, um künftig bis zu 19 Einsätze im Rahmen der so genannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ *gleichzeitig* durchführen zu können – darunter je zwei hochintensive Kampfoperationen und zwei „Stabilisierungsmissionen“, also Besatzungseinsätze wie der in Afghanistan.⁹⁸ Vor diesem Hintergrund gab der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana an: „Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten verfügen – sowohl zivil als auch militärisch –, diese politischen Ambitionen zu unterfüttern. Mit der gegenwärtigen Lücke zwischen Ambitionen und der Realität muss sich beschäftigt werden.“⁹⁹

Den weiteren Aufbau der EU-Militärkapazitäten will vor allem das „Weimarer-Dreieck“ bestehend aus Deutschland, Polen und Frankreich vorantreiben. Die wesentlichen Vorschläge in diesem Zusammenhang wurden im April 2010 lanciert und beinhalten die Einrichtung eines eigenständigen EU-Hauptquartiers, die Aufstellung stehender Zivil-militärischer Battlegroups (bislang handelt es sich

um ad-hoc zusammengesetzte rein militärische Einheiten) sowie eine stärkere Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Beschaffung und Nutzung von Militärgerät („Pooling & Sharing“).¹⁰⁰ Der letzte Aspekt wurde inzwischen mittels der schwedisch-deutschen Gent-Initiative weiter forciert (vgl. Kapitel 5.4). Nachdem die Vorschläge des Weimarer Dreiecks von der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, begrüßt wurden, aber auf heftigen Widerstand seitens der britischen Regierung trafen, schlossen sich mittlerweile Spanien und Italien den Forderungen an. Der Ausbau der militärischen Fähigkeiten dürfe nicht an der britischen Regierung scheitern, so die fünf Staaten in einem gemeinsamen Brief im September 2011. „Zur Not müssen wir in der Lage sein, solche Projekte ohne Großbritannien zu entwickeln“, wird eine anonyme EU-Quelle zum Kern des geheimen Briefes zitiert.¹⁰¹

Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Versuche, den Militärapparat weiter auszubauen, von „Erfolg“ gekrönt sein werden. Derzeit liegt der Fokus eindeutig auf der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und den damit einhergehenden schweren innereuropäischen Konflikten, die eine weitere Militarisierung für den Augenblick behindern. Auf der anderen Seite sehen Propagandisten einer Globalmacht Europa in der Krise eine Chance, existierende Widerstände hiergegen aus dem Weg räumen zu können (vgl. Kapitel 5.6). Jedenfalls gelang es ungeachtet aller Hürden, immensen Druck auf die Einzelstaaten auszuüben, um sie trotz knapper Budgets zu weiteren Militarisierungsanstrengungen zu veranlassen.

3.2 Rüstungsdruck durch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit

Durch die militärischen Zielvorgaben der Headline Goals werden die Mitgliedsstaaten einem enormen Aufrüstungsdruck ausgesetzt, was über den Vertrag von Lissabon (Artikel 42, Absatz 3) sogar primärrechtlich verankert wurde: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Da ursprünglich sogar versucht wurde, in diesem Artikel eine genaue Zielvorgabe für die Rüstungsausgaben zu verankern – nämlich 2 Prozent des BIP –, zeigt dies, dass hiermit explizit darauf abgezielt wird, mehr Gelder für den Rüstungssektor freizusetzen.

Eine ganz wesentliche Rolle spielen hier die hochmodernen Battlegroups, die als eine Art „Transformationskatalysator“ für den Umbau der nationalen Armeen in Richtung Interventionsstreitkräfte fungieren.¹⁰² Mehr noch: Länder, die nicht zur Aufstellung dieser kostspieligen Einheiten bereit sind, könnten sich in Bälde am Katzenstisch der EU-Militärpolitik wiederfinden, indem sie von zahlreichen relevanten Entscheidungen ausgeschlossen werden. Ermöglicht werden könnte dies durch eine weitere „Innovation“ des Vertrags von Lissabon, die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ): „Dahinter steht die Idee, einen exklusiven Club jener zu etablieren, die im EU-Verteidigungssektor mehr tun können und wollen. Umgekehrt macht ein solcher Club durch ‚naming and shaming‘ auch transparent, welche Mitgliedsstaaten weniger leisten.“¹⁰³ Kernidee der SSZ ist es also, die Kontrolle der EU-Militärpolitik in die Hände weniger „qualifizierter“ Staaten übergehen zu lassen oder zumindest alle Staa-

ten zu „ermuntern“, umfassend in ihren Rüstungssektor zu investieren.

Vor dem Vertrag von Lissabon war es den Mitgliedsstaaten verboten, „Exklusivgruppen“ zu bilden, die im Alleingang über bestimmte Bereiche der EU-Militärpolitik entscheiden könnten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die SSZ es erlaubt, das bis dato gültige Konsensprinzip im Militärbereich elegant auszuhebeln. Gemäß Artikel 46 (6) des Vertrags von Lissabon kann eine SSZ mit qualifizierter Mehrheit begründet werden, anschließend „bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedsstaaten.“ Der Trick scheint nun zu sein, einfach die „Teilnahmeberechtigung“ so hoch zu schrauben, dass letztlich nur die größten Mitgliedsstaaten übrigbleiben. Im verbindlichen Protokoll 10 des Vertrags werden sogar „Eintrittskriterien“ definiert, die Länder erfüllen müssen, um nicht bei wesentlichen Entscheidungen der EU-Militärpolitik außen vor zu bleiben. Dazu gehören die Beteiligung an EU-Operationen sowie an den wesentlichen europäischen Rüstungsvorhaben ebenso wie die anspruchsvolle Fähigkeit zur Aufstellung einer EU-Kampftruppe (Battlegroup).¹⁰⁴

Darüber hinaus existieren Versuche, diese „Beitrittskriterien“ noch weiter auszudifferenzieren. Am prominentesten sind hier die Vorschläge von Nick Witney, dem ehemaligen Leiter der EU-Verteidigungsagentur. An einer SSZ teilnehmen dürfe nur, wer mindestens 1 Prozent des BIP für Rüstung ausbebe und ebenfalls ein Prozent aller im Einsatz befindlichen EU-Soldaten stelle. Generell müsse gewährleistet werden, dass der „Einfluss proportional zu den Beiträgen jedes Landes“ sei. Nach Witneys Kriterien würde eine ganze Reihe an Ländern durch sein Raster fallen.¹⁰⁵ Während der spanischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 wurde dann offiziell das *Egmont Institute* damit beauftragt, ein Papier zu erarbeiten, in dem Kriterien für den Zugang zur SSZ ebenfalls konkret spezifiziert werden sollten. Das im März 2011 veröffentlichte Dokument benennt folgende Aspekte: a) die für Auslandsinterventionen verwendbaren Truppen müssen um 25 Prozent in den nächsten 5 und um 50 Prozent in den nächsten 10 Jahren erhöht werden; b) das Ausgabenlevel sollte mindestens auf 1,63 Prozent des BIP erhöht werden; c) Mitgliedsstaaten müssen anteilig zu ihrem BIP an EDA-Projekten teilnehmen (also die Aufrüstungsprojekte mitfinanzieren); d) es muss an *allen* EU-Missionen teilgenommen werden, die eine militärische Komponente haben.¹⁰⁶ Die Botschaft ist deutlich: Wer nicht rüstet (und kämpft), hat auch nichts zu sagen!

Sogar Überlegungen, die Entscheidung über EU-Einsätze an SSZs „auszulagern“, werden mittlerweile offen angestellt. So schreibt der Chef des EU-Militärstabes, Henri Bentégeat: „Die sich durch den Vertrag eröffnende Möglichkeit, eine Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der GASP zu begründen, birgt vor allem ein großes Potenzial für die Operationen der Union. In der Tat bedarf es nur eines Drittels der Mitgliedstaaten, um im Rat die Einleitung einer Operation zu beschließen.“¹⁰⁷ Wohin hier die Reise gehen soll, zeigen Überlegungen, die vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy bereits 2008 angestellt wurden: Man solle die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit dafür nutzen, um ein „Direktorium“ für den Bereich der

Militärpolitik, bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen, zu bilden.¹⁰⁸

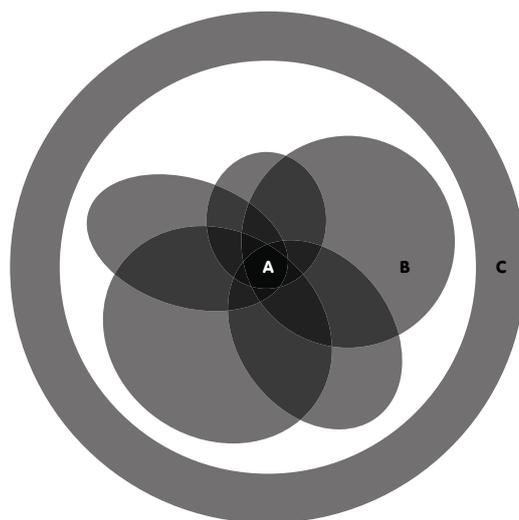
Bislang gelang es noch nicht, sich auf einheitliche Kriterien zur Etablierung solcher Exklusivgruppen zu verständigen, was wohl am Widerstand der kleineren Staaten liegen dürfte. Dennoch hat sich die mit der SSZ aufgebaute Drohkulisse schon jetzt als überaus erfolgreich erwiesen.¹⁰⁹ Denn es liegt auf der Hand, dass vor allem kleinere und mittlere Staaten Sorge haben, von relevanten Entscheidungen ausgeschlossen zu werden und deshalb lieber dem aufgebauten Rüstungsdruck nachgeben: „Laut britischen Offiziellen hat die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit Länder dazu ermutigt, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern – und das, obwohl das vom Vertrag von Lissabon eingeführte Konzept immer noch nicht implementiert ist. Nachdem die SSZ zuerst während des EU-Konvents zur Zukunft Europas in den Jahren 2002 und 2003 diskutiert worden war, hat das Lockmittel eines Beitritts zu einer solchen Kerngruppe eine wesentliche Rolle in der Entscheidung mehrerer Mitgliedsstaaten gespielt, Battlegroups aufzustellen.“¹¹⁰

Wichtig in diesem Zusammenhang ist noch, wer das „Recht“ hat, darüber zu befinden, ob ein Land der Aufrüstungsverpflichtung in ausreichendem Maße nachgekommen ist und sich somit für die Teilnahme an einem militärischen Kerneuropa qualifiziert hat: Der Vertrag von Lissabon beauftragt hiermit die Europäische Verteidigungsagentur, was das *Centrum für angewandte Politikforschung* (CAP) der *Bertelsmann-Stiftung* zu folgender Bewertung veranlasst: „Die Europäische Verteidigungsagentur wird

RE-ENERGISING EUROPE'S SECURITY AND DEFENCE POLICY

In summary, the model just described can be represented thus:

A Model for Pioneer Groups in European Defence



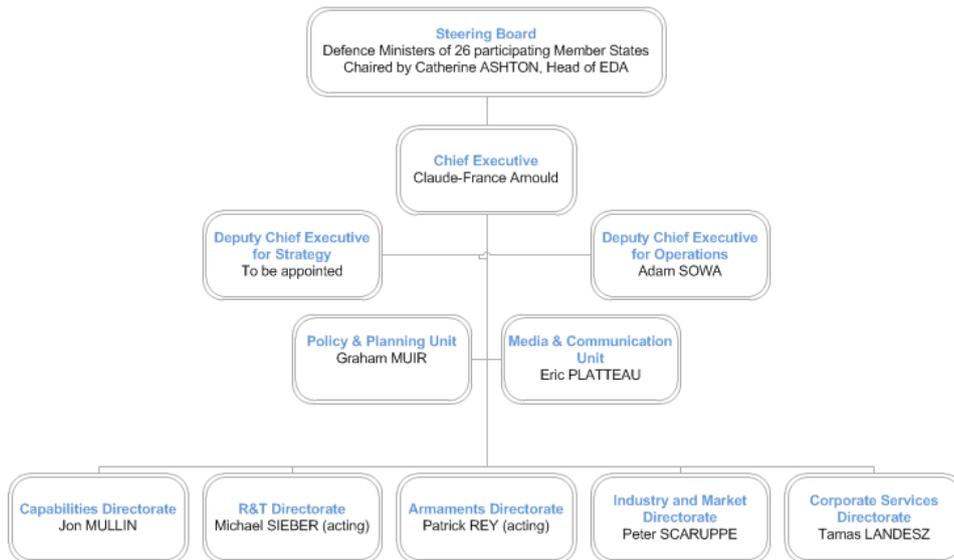
ECRF/06 July 2008 26

A
The core grouping of Member States: those who contribute most to most

B
Different sub-groups cooperating on e.g. defence research, or shared capabilities

C
Member States not yet satisfying the initial entry criteria

Kerngruppen-Modell des Ex-EDA-Leiters Nick Witney, Quelle: Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, July 2008, S. 26



Organigramm der Europäischen Verteidigungsagentur; Quelle: Europäische Verteidigungsagentur

tunistischen Umbenennung bis heute nichts geändert: „Die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der teilnehmenden Mitgliedsstaaten sowie die Identifizierung und die Entwicklung neuer Kapazitäten [...] ist die wesentliche Aufgabe der europäischen Verteidigungsagentur.“¹¹⁶

Nachdem zunächst der Schwerpunkt der EDA-Tätigkeit auf dem Aufbau der Organisation lag, beauftragte der Lenkungsausschuss die Agentur im November 2005 damit, in einem Dokument den strategischen Rahmen für die künftige europäische Rüstungspolitik abzustecken.

zur Bewertung dieser Beiträge herangezogen. [...] Diese Verknüpfung von verteidigungspolitischem Engagement (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit für Operationen mit hohen Anforderungen) und verteidigungstechnologischer Investitionsbereitschaft (Bereitstellung von Investitionsmitteln und Kapazitäten zur Erreichung des Headline Goals) könnte sich als Schlüsselement für eine nachhaltige Beteiligung der Mitgliedstaaten am Integrationsprojekt einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) erweisen.¹¹¹ So besehen ist die Agentur die „ideale“ Ergänzung zur Aufrüstungsverpflichtung des Lissabon-Vertrags. Denn sie ist in der Lage Staaten zu sanktionieren, die der dortigen Verpflichtung, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, nicht in gewünschtem Umfang nachkommen. Doch hierbei handelt es sich nicht um den einzigen Bereich, in dem die Agentur eine wichtige Rolle spielt.

3.3 Eine Agentur für Aufrüstung

Ins Leben gerufen wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) durch eine Gemeinsame Aktion des Rates im Juli 2004.¹¹² Ein Jahr später nahm sie ihre Arbeit auf und wurde mittlerweile sogar als einzige EU-Agentur mit dem Vertrag von Lissabon primärrechtlich verankert.¹¹³ Alle Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Dänemarks nehmen an der EDA teil, deren Entscheidungsorgan ein Lenkungsausschuss darstellt, der sich aus Vertretern der nationalen Verteidigungsministerien zusammensetzt.¹¹⁴

Die Agentur hat laut EU-Vertrag die Aufgabe, bei der „Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und der Beurteilung, ob die von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen erfüllt wurden, mitzuwirken.“ Ferner soll sie die „Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie“ unterstützen und „zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ beitragen (Artikel 45 EUV). Der wesentliche Zweck der Agentur erschließt sich jedoch klarer aus ihrem ursprünglichen Namen: „Europäische Rüstungsagentur“.¹¹⁵ An dieser Aufgabe hat sich trotz der oppor-

3.3.1 Langfristige Rüstungsvision

Das Ziel der im Oktober 2006 veröffentlichten „Long-Term Vision“ (LTV) wird im Dokument selbst folgendermaßen angegeben: „Dieses Dokument erhebt nicht den Anspruch, eine Road Map zu liefern, der in den nächsten 20 Jahren gefolgt werden soll. Es beabsichtigt lediglich eine Art Kompassnadel bereitzustellen, die die Richtung vorgibt, in die man sich vernünftigerweise vorwärts bewegen sollte.“¹¹⁷ Generell zeichnet die Long-Term Vision ein düsteres Bild der zukünftigen sicherheitspolitischen Entwicklung: „Die Globalisierung wird sowohl zwischen Ländern und Regionen als auch innerhalb von Gesellschaften Gewinner und Verlierer hervorbringen. [...] Die Auswirkungen von Hoffnungslosigkeit, humanitären Katastrophen und Migrationsdruck sind offensichtlich. [...] Im Jahr 2025 wird Europas Abhängigkeit aus dem Ausland für Öl 90 Prozent und für Gas 80 Prozent betragen. Besonders China und Indien werden die globale Energienachfrage nach oben treiben und neue Ressourcen in Zentralasien, Afrika und dem Mittleren Osten suchen. Hiervon und von anderen Entwicklungen könnten europäische Sicherheitsinteressen direkt oder indirekt durch Spannungen betroffen werden, die nicht allein in der unmittelbaren Nachbarschaft auftreten, sondern auch weiter außerhalb.“¹¹⁸

Vor diesem Hintergrund kommt auch die LTV zu dem Ergebnis, der „Bedarf“ an EU-Auslandseinsätzen werde steigen. Das Aufgabenprofil der EU-Einsatzkräfte wird anschließend im Dokument folgendermaßen beschrieben: „Die Streitkräfte der EU-Mitgliedsstaaten [...] müssen in der Lage sein, strategische Reichweite (Interventionsoperationen) und strategische Agilität - die Fähigkeit, schnell strategische Entfernungen zurückzulegen und rasch ins Gebiet einer Operation zu gelangen, bereit und vorbereitet - unter Beweis zu stellen.“¹¹⁹ Interessant ist die Einschätzung eines sich verändernden Anforderungsprofils, das sich aus einem Wandel des Kriegszieles ergibt: „EU-Einsätze werden [...] künftig eher auf die Ziele ‚Sicherheit‘ und ‚Stabilität‘ als auf ‚Sieg‘ fokussiert sein. [...] Vor diesem Hintergrund wird die benötigte Truppenstärke, um dieses Ziel zu erreichen, in einigen Szenarien erheblich sein.“¹²⁰

Um die für erforderlich gehaltenen Kapazitäten bereitstellen zu können, wird in der LTV die Bedeutung einer starken und unabhängigen europäischen rüstungsindustriellen Basis betont. Gleichzeitig wird der Sorge Ausdruck verliehen, dass diese Basis dabei sei, zu erodieren: „Wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, deutet der Trend auf ein stetiges Schrumpfen der europäischen Verteidigungsindustrie in Richtung von Nischenproduzenten, die zunehmend im Dienst von US-Konzernen stehen. Eine Kombination von Gegenmaßnahmen ist erforderlich. Höhere europäische Investitionslevel sind wesentlich (sowohl im Interesse der militärischen Kapazitäten als auch der Industriepolitik). [...] Dies trifft besonders für den Bereich Forschung und Technologie zu, in dem wir gegenwärtig noch vom Fett der Investitionen zehren, die während des Kalten Krieges ge-

tätigt wurden und in dem die Ausgaben auf vernachlässigbare 1,3 Prozent der gesamten EU-Verteidigungsausgaben gefallen sind. [...] Mittlerweile gehört es in Europa zum Allgemeinwissen, dass der Anteil der Verteidigungsausgaben, der in Investitionen fließt, erhöht werden muss.“¹²¹

Vor allem müsse jedoch die rüstungsindustrielle Basis durch eine Konsolidierung des fragmentierten Verteidigungsmarktes gestärkt werden: „Verstärkte Anstrengungen sind ebenfalls erforderlich, um die Konsolidierung der Nachfrageseite des Marktes zu erreichen und weitere Fortschritte bei der Konsolidierung der Angebotsseite zu erzielen. [...] Kurz gesagt, es ist notwendig zu akzeptieren, dass die rüstungstechnologische Basis in Europa nur als ein europäisches Ganzes überleben kann, nicht als eine Summe unterschiedlicher nationaler Kapazitäten.“¹²²

Auf Grundlage der Long-Term Vision wurde anschließend der „Capability Development Plan“ (CDP) entwickelt, in dem konkrete Fähigkeitslücken identifiziert und Maßnahmen zu deren Schließung anvisiert werden.

3.3.2 Umfassender Rüstungsrahmen

„Nach einer Anfangsphase, in der die Agentur aufgebaut wurde und Strategien entwickelt hat, um die Kapazitätsentwicklung der ESVP anzuleiten“, so der damalige EDA-Direktor Alexander Weiss im Jahr 2009, „verschieben sich die EDA-Aktivitäten nun mehr und mehr hin zur konkreten Arbeit.“¹²³ Den Rahmen hierfür liefert ein im Juli 2008 erstmals veröffentlichtes Dokument: „Der Capability Development Plan ist quasi der Masterplan für die Ressourcenbeschaffung, Trends und nationale Pläne bis 2025 und wird kontinuierlich aktualisiert.“¹²⁴ Beim CDP handelt es sich um ein „lebendiges Dokument“, was bedeutet, dass er permanent an die sich verändernden Anforderungen angepasst werden soll. Eine erste Überarbeitung



Strategischer Rahmen der europäischen Verteidigungsagentur, Quelle: Meirino, Arturo Alfonso: Establishment of the European Defence Agency: A key milestone in the process of constructing European defence, in: European Defence Agency: Past, Present & Future, Ministerio de Defensa 2010, S. 19-60, S. 40.

erfolgte im Jahr 2010 und wurde im März 2011 vom Lenkungsausschuss angenommen.¹²⁵

Konkret benennt der CDP zwölf als prioritär eingestufte Bereiche, in denen es gelte, „Fähigkeitslücken“ zu schließen. Die damalige französische Ratspräsidentschaft beschrieb Sinn und Zweck des Kapazitätsentwicklungsplans folgendermaßen: „Mit Hilfe dieses Plans werden die Mitgliedstaaten die Mängel aufdecken, die ihre ehrgeizigen Ziele in Sachen Verteidigung in Frage stellen und die Kooperationsmöglichkeiten ausfindig machen, mit denen diese Mängel beseitigt werden können (z.B. beim Schutz der Einheiten im Einsatz gegen improvisierte Sprengsätze oder Boden-Luft-Raketen, der Verfügbarkeit von Hubschraubern, dem Kampf gegen Wasserminen, der medizinischen Unterstützung bei Einsätzen, der vernetzten Operationsführung).“¹²⁶ Ein weiteres wesentliches Anliegen besteht in der Schaffung einer Europäischen Transportflotte: „Ein erstes und sehr wichtiges Projekt, dessen sich die EVA angenommen hat, ist die Schaffung einer European Air Transport Fleet (EATF). Damit reagiert die EU auf die Tatsache, dass es sich angesichts der Streuung sicherheitsrelevanter Konflikte über den gesamten Globus bei der Transportfähigkeit um ein zentrales militärisches Gut handelt.“¹²⁷

Mit dem CDP-Anforderungsprofil war sozusagen das Dach des EDA-Rahmens fertiggestellt, nun ging es in die Feinausplanung, die bis Ende Dezember 2008 abgeschlossen war: Welche Technologien zur Schließung der Fähigkeitslücken erforderlich sind und wie diese beschafft werden, damit beschäftigt sich die „Defence R&T Strategy“; die Stärkung der rüstungsindustriellen Basis ist der Schwerpunkt der „Defence Technological and Industrial Base Strategy“; und die Förderung der europäischen Rüstungszusammenarbeit ist die Sache der „Armaments Cooperation Strategy“.¹²⁸



Türschild der EU-Verteidigungsagentur, Quelle: Europäische Union

3.3.3 Rüstungstiger oder Bettvorleger?

Im November 2007 verständigte sich der EDA-Lenkungsausschuss auf vier konkrete Zielvorgaben im Bereich der Rüstungsinvestitionen: 20 Prozent der Verteidigungsausgaben sollen für Beschaffungsprojekte aufgewendet werden, von denen 25 Prozent als Kooperationsprojekte durchgeführt werden sollen. In den Bereich Forschung und Technologie sollen 2 Prozent der Gesamtausgaben fließen und dabei wiederum 20 Prozent aller Projekte kooperativ durchgeführt werden.¹²⁹ Ein Problem der Agentur besteht allerdings darin, dass es sich hierbei um Absichtserklärungen handelt, die nicht bindend sind. Dennoch stiegen länderübergreifende Beschaffungsprogramme zwischen 2005 und 2010 um 67,4 Prozent und kooperative Rüstungsforschungsprojekte im selben Zeitraum sogar um 98 Prozent an, was die Agentur zweifellos als Erfolg für sich verbuchen kann.¹³⁰

Andererseits gelang es zwar, das Budget der Rüstungsagentur von 21,2 Mio. Euro im Jahr 2005 auf 30,5 Mio. Euro 2010 beträchtlich zu steigern, allerdings ist das für den erhobenen Anspruch immer noch ein vergleichsweise geringer Etat.¹³¹ Hinzu kommt, dass vom Gesamthaushalt nur ein Bruchteil für konkrete Forschungs- oder Beschaffungsprojekte reserviert ist, im Jahr 2010 waren es lediglich 8,4 Mio. Euro.¹³² Vor allem Großbritannien, das traditionell einer Europäisierung der Militärpolitik ablehnend gegenübersteht, blockiert derzeit sogar minimale weitere Budgeterhöhungen.¹³³ So ist die Agentur darauf angewiesen, Projekte unter ihrem Dach ad-hoc von einzel-

nen teilnehmenden Mitgliedsstaaten finanzieren zu lassen, was gegenwärtig aber lediglich im bescheidenen Umfang von etwa 300 Mio. Euro geschieht.¹³⁴ Aus diesem Grund prasselt immer wieder scharfe Kritik auf die Agentur ein, weit hinter den gesteckten Erwartungen zurück zu bleiben: „Der Löwenanteil der Beschaffungen bleibt außerhalb des EU-Rahmens. Kein großes Rüstungsprojekt findet bislang unter der Kontrolle der Agentur statt.“¹³⁵

Allerdings zielen solche Kritiken ein wenig am Ziel vorbei, denn die Rüstungsagentur sollte im Kern ohnehin nie das Management von Beschaffungsprojekten übernehmen: „Die EVA soll [...] helfen, die rüstungstechnischen und industriellen Grundlagen zu verbessern, nicht aber einzelne Projekte verwalten.“¹³⁶ Ihrer Hauptaufgabe, einen Rahmen für die systematischere Militarisierung der Europäischen Union zu schaffen und die diesbezüglichen Bemühungen der Einzelstaaten zu harmonisieren, ist die Rüstungsagentur – leider – allemal gerecht geworden.¹³⁷ Die deutsche Regierung jedenfalls hat noch großes mit der Agentur vor, wie aus einem Bericht des Verteidigungsministeriums von Anfang 2011 hervorgeht: „Es wird angestrebt, dass sich die EDA zu einem europäischen Motor der verteidigungspolitischen Koordination auf dem Gebiet der Fähigkeitsentwicklung und Rüstungszusammenarbeit weiterentwickelt.“¹³⁸

Ein Haar in der Militaristensuppe lässt sich jedoch dennoch finden: „Die EDA kann zwar auf einige beachtliche Erfolge verweisen, der große Wurf, die Verschmelzung aller europäischen nationalstaatlichen Rüstungsindustrien zu einer schlagkräftigen europäischen Rüstungsindustrie, ist ihr aber bislang noch nicht gelungen.“¹³⁹ Doch auch hier hat die Rüstungsagentur schon beträchtliche Vorarbeit geleistet. Schon im November 2005 gelang es der Rüstungsagentur, fast alle europäischen Staaten zur Unterzeichnung des „Verhaltenskodex für das Rüstungsgüterbeschaffungswesen“ zu bewegen. Er war eine wichtige Vorarbeit für das spätere „Verteidigungspaket“, mit dem die Schaffung eines EU-MIK massiv forciert wird (vgl. Kapitel 5.3).¹⁴⁰

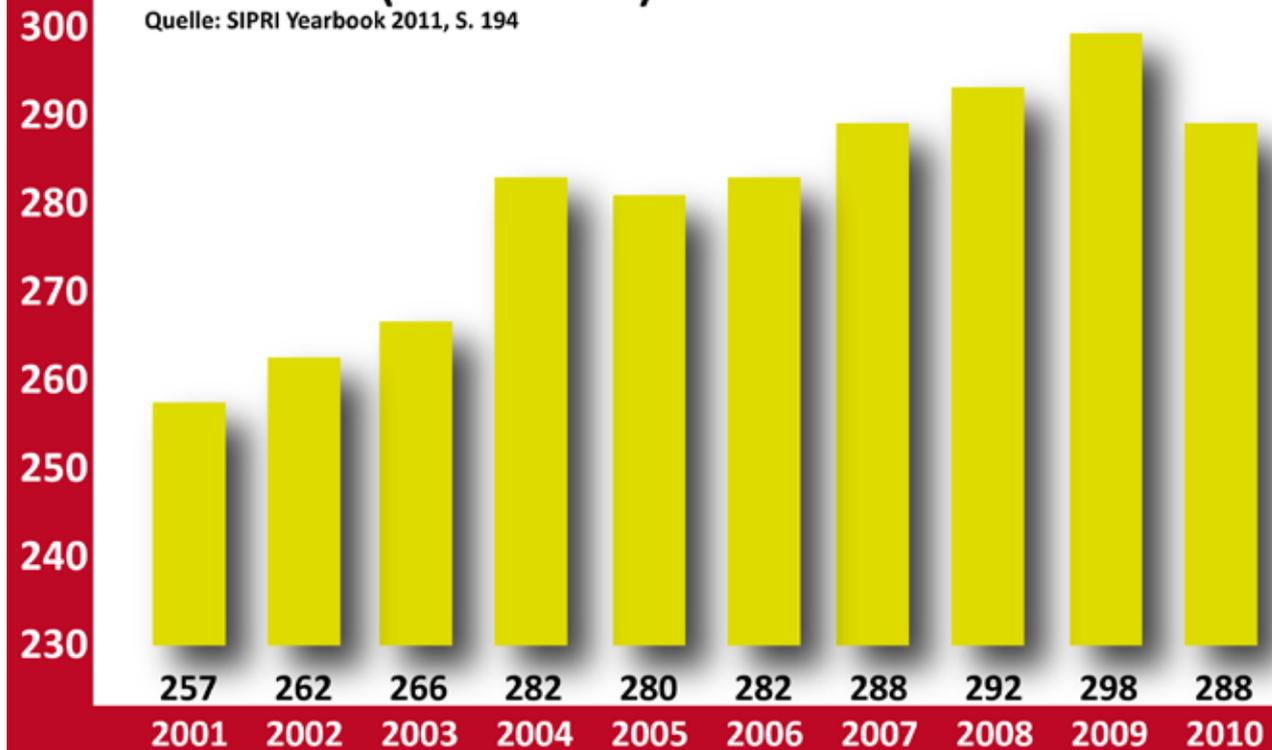
3.4 Der Mythos sinkender Rüstungshaushalte

Mit großem Pomp rüffelte US-Verteidigungsminister Leon Panetta im Oktober 2011 die europäischen Verbündeten; die USA seien nicht länger mehr bereit, die rapide sinkenden EU-Budgets hinzunehmen und mit eigenen Ausgaben auszugleichen: „Das hat dazu geführt, dass dringend notwendige Modernisierungsmaßnahmen aufgeschoben worden sind.“¹⁴¹ Schon im Sommer 2011 hatte Panettas Amtsvorgänger Robert Gates die EU-Länder deutlich dazu aufgefordert, „ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, um die Verteidigungsbudgets davor zu schützen, von der nächsten Sparrunde noch weiter zusammengestrichen zu werden.“¹⁴²

Was genau die beiden US-Spitzenpolitiker hiermit gemeint haben, wissen sie wohl nur selber, die Entwicklung der europäischen Rüstungsausgaben kann es jedenfalls nicht gewesen sein. In der Tat, Lippenbekenntnisse, die Militäretats drastisch zusammenstreichen zu wollen, gab es in nahezu jedem EU-Land, nur erfolgt ist dies fast nirgends. Auffällig ist dabei einerseits, dass drastische Einschnitte, so sie überhaupt erfolgten, ausschließlich in kleineren EU-Ländern stattfanden und dass insgesamt die

Rüstungsausgaben der EU-Staaten: 2001-2010 (Mrd. Dollar)

Quelle: SIPRI Yearbook 2011, S. 194



Investitionen in neue Rüstungsgüter nahezu gleichbleibend hoch blieben: „Generell haben die geplanten oder umgesetzten Einschnitte im Beschaffungsbereich ein viel geringeres Niveau erreicht, als dies zu Anfang der Reaktionspläne [auf die Wirtschafts- und Finanzkrise] diskutiert worden war.“¹⁴³

Vor allem bei den großen Mitgliedsländern fallen die Sparbemühungen, vorsichtig formuliert, bescheiden aus. Frankreich senkt seinen Haushalt zwischen 2011 und 2013 um insgesamt 3,5 Mrd. Euro, was allerdings lediglich einer Kürzung um 4 Prozent entspricht und durch Gebäudeverkäufe von 2 Mrd. teils aufgefangen wird.¹⁴⁴ In Großbritannien wurden anfangs Kürzungen zwischen 10 und 20 Prozent diskutiert, worin viele schon den Untergang des Abendlandes erblickten.¹⁴⁵ Allerdings sank diese Zahl schnell auf 8,5 Prozent (bei generellen Haushaltskürzungen von 20-25 Prozent) und selbst davon ist nichts mehr übrig geblieben: „Das Sparen auf Militärisch bedeutet, dass der britische Militärhaushalt von 2011 gegenüber 2010 um 2,5% gestiegen ist und für 2012 eine weitere Steigerung von 1,8% ins Auge gefasst ist; darin sind die Kosten für die konkreten Kriegseinsätze noch nicht einmal enthalten.“¹⁴⁶ Weiter südlich sieht es auch nicht besser aus: „Italien hält, trotz früherer Ankündigungen von Kürzungen im Verteidigungshaushalt von bis zu 10%, seinen Etat 2011 stabil. Laut eines Managers von Finmeccanica werden die Ausgaben bei der Beschaffung sogar ansteigen.“¹⁴⁷ Besonders dreist verfährt die deutsche Regierung, die mit allerlei Buchungstricks noch immer den Eindruck zu erwecken versucht, es würden Einschnitte im Rüstungshaushalt stattfinden, obwohl in Wahrheit das Gegenteil der Fall ist (siehe Kasten S. 24-25).

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die EU-Rüstungsausgaben im Jahr 2010 gegenüber den Vorjahren nur minimal gesunken sind, mit 288 Mrd. Dollar weiterhin ein extrem hohes Niveau haben und damit mehr als 10 Prozent über den Militärbudgets im Jahr 2001 liegen.¹⁴⁸ Dies ist vor allem auch angesichts des zeitgleich verordneten Kahlschlags bei den Sozialausgaben ein Skandal: „Die meisten europäischen Verteidigungsbudgets sind 2010 und 2011 weniger stark gekürzt worden als andere Bereiche der Regierungsausgaben.“¹⁴⁹ Die Cassandra-Rufe, den Armeen drohten Radikalkürzungen ungeahnten Ausmaßes, entbehren also jeglicher Grundlage. Auch die Industrie kann sich, wie bereits eingangs erwähnt, nicht beklagen, ihre Profite sind so hoch wie noch nie.¹⁵⁰

Allerdings scheint man davon auszugehen, dass mit dem derzeitigen Ausgabeniveau wohl die Spitze der Fahnenstange erreicht ist – Stabilisierung auf möglichst hohem Niveau lautet deshalb das Ziel.¹⁵¹ Darüber hinaus hat man aber eine weitere Option zur Erhöhung – und gleichzeitigen Verschleierung – von Rüstungsausgaben gefunden: Unter dem Deckmantel von Synergieeffekten zwischen militärischen und zivilen Programmen bedient man sich aus zivilen Haushaltstöpfen und finanziert daraus in zunehmendem Ausmaß sicherheits- und militärrelevante Maßnahmen.

Nebelkerze Sparzwang: Das Beispiel Deutschland

Angeblich erfolge der gegenwärtig in der Feinausplanung befindliche Generalumbau der Bundeswehr vor allem aus einem Grund: um Kosten einzusparen und den Rüstungshaushalt dauerhaft massiv abzusenken – so hieß es jedenfalls von offizieller Seite stets. Doch von der ursprünglichen Ankündigung, bis 2014 insgesamt 8,3 Mrd. Euro einzusparen, will man inzwischen immer weniger wissen. Spätestens mit den am 18. Mai 2011 zeitgleich veröffentlichten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) und den „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ ist klar, dass die Sparvorgabe nicht eingehalten werden wird. Dies zeigt auch, dass der gesamte Umbau der Bundeswehr vorrangig darauf abzielt, die Truppe effizienter und nicht notgedrungen billiger zu machen. Das Argument, der Sparzwang mache umfassende Eingriffe nötig, dient gleichzeitig aber dazu, Widerstände aus dem Weg zu räumen, die der verbesserten Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr bislang im Wege standen. Tatsächlich zeichnet sich inzwischen ab, dass der deutsche Rüstungsetat durch diverse Buchungstricks im Jahr 2015 sogar noch über dem heutigen Niveau liegen dürfte.

Teure Interessensdurchsetzung

Vor dem Hintergrund des gegenwärtig auf den Weg gebrachten Umbaus der Bundeswehr ist es geradezu atemberaubend, wie sich die Debatte, zu welchem Zweck die Truppe in Auslandseinsätze geschickt werden müsse bzw. dürfe, in jüngster Zeit verschoben hat. Noch Ende Mai 2010 hatte der damalige Bundespräsident Horst Köhler seinen Hut nehmen müssen, weil er die Auffassung vertrat, dass ein „militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“⁴¹ Etwa ein Jahr später äußerte Verteidigungsminister Thomas de Maizière sich nahezu wortgleich, ohne dass hierauf aber ein Sturm der Empörung gefolgt wäre: „Eigentlich sollte es inzwischen eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir uns über unsere nationalen Interessen im Klaren sind und sie offen vertreten. [...] Unsere nationalen Sicherheitsinteressen ergeben sich aus unserer Geschichte, unserer geografischen Lage, den internationalen Verflechtungen unseres Landes und unserer Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologieland und rohstoffarme Exportnation. [...] Das beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“⁴² Ähnliche Formulierungen waren zwar schon in früheren Dokumenten zu finden, aber nicht in dieser Deutlichkeit, weshalb dies auf *Zeit-Online* mit folgenden Worten explizit begrüßt wurde: „Das ist eine deutliche Akzentverschiebung. [...] Das ist kurz und knapp genau das, was Köhler angedeutet hat. De Maizière in seiner besonnenen, ruhigen Art, nimmt man ab, was einen Köhler den Kopf kostet.“⁴³

Vor dem Hintergrund dieses Anforderungsprofils erfolgt nun der Umbau der Bundeswehr. Einsparungen sollen gemäß den offiziell angestellten Überlegungen vor allem über die Reduzierung des Bundeswehr-Personals von gegenwärtig 252.000 Soldaten erreicht werden. Hierfür kursierten zwischenzeitlich zahlreiche Modelle, die Endgrößen zwischen 145.000 und 185.000 vorsahen. Vor diesem Hintergrund wurde im April 2010 eine interne Bundeswehr-Studie der Bildzeitung zugespielt, in der mit drastischen Worten gewarnt wurde, die Sparvorgabe erlaube lediglich eine Truppengröße von 158.000 Soldaten. Dadurch gehe aber die „Bündnis- und Einsatzfähigkeit absehbar verloren.“ Die Kürzungen würden die Bundeswehr fundamental gefährden, so das BMVg-Papier: „Die ins Auge gefassten Einschnitte werden die Fähigkeiten Deutschlands, mit militärischen Mitteln zur nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge beizutragen, erheblich einschränken. Der deutsche Militärbeitrag wird weder der Rolle Deutschlands im Bündnis entsprechen noch den nationalen Sicherheitsinteressen genügen. Diese Einschränkungen werden auf mittlere Sicht nicht reversibel sein.“⁴⁴

Realsatire Sparzwang

Zur großen Freude der Rüstungsindustrie sollen die investitiven Ausgaben sogar noch ansteigen. Doch auch bei der Reduzierung des Bundeswehr-Umfangs bewegen sich die Planungen nunmehr – wohl nicht zuletzt aufgrund des Brandbriefs aus dem Verteidigungsministerium - am obersten Ende der bislang diskutierten Vorschläge. Laut den „Eckpunkten“ wird deshalb „der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten [...] bestehen.“⁴⁵ Bedenkt man nun, dass allein schon durch die Aussetzung der Wehrpflicht 30.000 Soldaten wegfallen, sind die Reduzierungspläne alles andere als ambitioniert. Mehr noch: Sie sind absolut unvereinbar mit den Sparvorgaben, da das oben erwähnte interne BMVg-Papier ja angibt, hierfür müsste der Truppenumfang auf 158.000 Soldaten reduziert werden. Dies ist selbstverständlich auch allen Verantwortlichen wohl bewusst, weshalb man sich mittlerweile auf diverse Buchungstricks verständigt hat.

Zur Erinnerung: Zu den 81,6 Mrd. Euro, die die Bundesregierung bis 2014 einsparen will, sollte die Bundeswehr laut Beschluss vom Juni 2010 eigentlich 8,3 Mrd. beitragen. Ein erstes Präsent wurde der Truppe noch unter Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg überreicht, indem ihr eine „Fristverlängerung“ bis 2015 genehmigt wurde. „Das klingt nach wenig, führt aber dazu, dass der Verteidigungshaushalt von heute nominal 31,5 Milliarden Euro bis 2015 nur auf 30,4 Milliarden sinkt – die alte Zielmarke 2014 hätte zu nominal 27,6 Mil-

Tendenz Steigend: Investitionsanteil im deutschen Rüstungshaushalt

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
4,02	4,05	4,27	4,06	5,06	5,38	5,77	6,15	6,38

Quelle: Burmeister, Kai u.a.: *Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext*, IG-Metall Kurzreport 11/Dezember 2010 S. 9.

liarden Euro geführt“, so der *Tagesspiegel*.⁶ Allein damit hätte der Etat jedoch um 2,6 Milliarden über dem Haushalt von 2006 gelegen. Hier von drastischen Einsparungen zu reden, ist, vorsichtig formuliert, gewagt.

Doch es kommt noch besser! Da die Bundeswehr ja durchaus etwas schrumpfen soll, man diese Mitarbeiter aber nicht einfach feuern kann, entstehen hier weitere Kosten. Sie sollen aber nun nicht dem Militärbudget, sondern dem Bundeshaushalt angelastet werden, wie der *Tagesspiegel* weiter berichtet: „[Schäuble] überweist de Maizière bis 2015 jährlich eine Milliarde. Die Summe schrumpft mit jedem Zivilen, der einen Job im öffentlichen Dienst außerhalb der Bundeswehr findet. Schäuble hat deshalb im Kabinett eine Regelung durchgesetzt, nach der jedes Bundesressort, das eine neue Stelle schafft, erst einmal im Bundeswehr-„Überhang“ nach einem geeigneten Kandidaten suchen muss.“⁷

Wer sich jetzt noch nicht vom Spareifer der Bundeswehr veräppelt fühlt, für den gibt es abschließend noch ein besonderes Schmäckerl. Die „Eckpunkte“ legen, wie erwähnt, eine Bundeswehr-Zielgröße von bis zu 185.000 Soldaten fest. Diese Zahl setzt sich aus 170.000 Zeit- und Berufssoldaten plus – je nach Erfolg der Rekrutierungsanstrengungen – 5.000 bis 15.000 Freiwilligen zusammen. Nach Angaben des *Tagesspiegel* soll der Bundeshaushalt augenscheinlich künftig sogar für die Gehälter aller angeworbenen Freiwilligen aufkommen, die über der Untergrenze liegen: „Diesen Überfluss zahlt ebenfalls Schäuble aus dem allgemeinen Haushalt – rund 2500 Euro im Monat pro Mann oder Frau.“⁸ Eine kurze Nebenrechnung (10.000x2.500x12) ergibt für dieses Geschenk jährliche Kosten von noch einmal 300 Mio. Euro, sollte es der Bundeswehr gelingen, die Maximalzahl an Freiwilligen zu werben. Je erfolgreicher die Bundeswehr demzufolge rekrutiert, desto stärker entlastet sie ihren Haushalt, absurder geht es wohl kaum mehr. Abschließend das Spardrama in Zahlen: Der Etat der Bundeswehr, der angeblich ein finanzieller Kahlschlag ungeahnten Ausmaßes verordnet wurde, wird sich im Jahr 2015 im Extremfall real auf 31,7 Milliarden Euro belaufen, 200 Mio. mehr als 2011 und fast 4 Mrd. über dem Haushalt des Jahres 2006!

Hinzu kommen noch die versteckten Kosten von Kriegseinsätzen. Beispielhaft sind hier die Kosten des deutschen Afghanistan-Einsatzes, die laut Angaben der Bundesregierung bislang 5,5 Mrd. Euro betragen. Berücksichtigt man jedoch alle relevanten Posten, die bewusst unter den Tisch gefallen lassen werden, summiert sich dieser Betrag nach Berechnungen des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) auf geschätzte 17 Mrd. Euro. Für den Zeitraum zwischen Anfang 2011 und Anfang 2012 wurden 1,059 Mrd. Euro im Haushalt eingeplant, laut *DIW* werden aber real zwischen 2,5 und 3 Mrd. anfallen. Sollte nicht bald mit dem Abzug begonnen werden, so könnten sich die Gesamtkosten des Krieges allein für Deutschland auf bis zu 100 Mrd. Euro summieren, so das *DIW*.⁹

Es geht und ging beim Umbau der Bundeswehr also nie um Einsparungen, sondern darum, die Bundeswehr kriegsfähiger zu machen. Deutlich wird dies daran, dass

durch den Umbau der Bundeswehr die Zahl von gegenwärtig 7.000 gleichzeitig im Ausland einsetzbaren Soldaten erhöht werden soll: „Es werden rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein.“¹⁰ Der „Sparzwang“ diene somit dazu, vor allem zwei Hindernisse für eine Effizienzsteigerung der Bundeswehr aus dem Weg zu räumen. Einmal betrifft dies Ausgabenposten, die bislang in „sinnlose“ weil für die „Armee im Einsatz“ unnütze Bereiche flossen, abzuwickeln und die freiwerdenden Gelder umzuleiten. Gemeint sind hier insbesondere die Ende Oktober 2011 angekündigten umfangreichen Schließungen von Standorten der Bundeswehr, die bislang sowohl innerhalb großer Teile des Militärs als auch vor allem bei Ländern und Kommunen als heilige Kühe galten. Unter Verweis auf die angeblichen Sparvorgaben werden nun zahlreiche dieser heiligen Kühe geschlachtet, wodurch Gelder für den Interventionsbereich frei werden.

Zweitens betrifft dies die Wehrpflicht, die ebenfalls lange ein wesentliches Element des Bundeswehr-Selbstverständnisses war, nämlich des „Staatsbürgers in Uniform“. Da Wehrpflichtige aber nicht in Auslandseinsätze geschickt werden können und erhebliche Kosten verursachen, wurde auch dieser Zopf mit der Aussetzung der Wehrpflicht nun abgeschnitten. Daraus entsteht für die Bundeswehr jedoch wiederum ein anderes Problem: Bislang war die Wehrpflicht das wesentliche Instrument, um an neue Rekruten zu gelangen. Aus diesem Grund wurden nun im Zuge des Bundeswehr-Umbaus und der Aussetzung der Wehrpflicht die schon lange zunehmenden Werbemaßnahmen nochmals erheblich intensiviert. Mit dieser Charmeoffensive will die Bundeswehr einmal die Akzeptanz ihrer Kriegspolitik in der Bevölkerung vergrößern und andererseits auch an neue Rekruten gelangen. Mit sparen hat dies alles jedenfalls wenig zu tun, sehr viel aber mit dem Bestreben, „effektiv“ Krieg führen zu können.

Anmerkungen:

- 1 Horst Köhler im Gespräch mit Christopher Ricke, Deutschlandradio Kultur, 22.05.2010.
- 2 Regierungserklärung des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, zur Neuausrichtung der Bundeswehr vor dem Deutschen Bundestag am 27. Mai 2011 in Berlin.
- 3 Lau, Jörg: De Maizières Bundeswehrreform und die deutschen Interessen, *Zeit Online*, 18.05.2011.
- 4 Bundeswehr wird kaputt gespart! *Bild.de*, 20.04.2011.
- 5 BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05.2011.
- 6 Ein Buchungstrick, der keiner ist, *Tagesspiegel*, 06.07.2011.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Brück, Tilman u.a.: Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan, *Wochenbericht des DIW Berlin* 21/2010, S. 2-11; In Afghanistan explodieren Bomben und Kosten, *Neues Deutschland*, 04.10.2011.
- 10 BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05.2011.

4. Offene und verdeckte Rüstungshaushalte und die Instrumentalisierung ziviler Außenpolitik

Was die Finanzierung der EU-Außen- und Militärpolitik anbelangt, so existiert eine verwirrende Vielzahl von Töpfen und Maßnahmen, über die im Folgenden ein Überblick gegeben werden soll. Sie reichen von diversen offiziellen und semi-offiziellen Budgets über derzeitige Bestrebungen einen eigenständigen Rüstungshaushalt einzurichten, bis hin zur dreisten Zweckentfremdung von Geldern aus Entwicklungshilfetöpfen oder etwa dem Forschungsetat. Dass dies überhaupt möglich ist, hat viel damit zu tun, dass in der Europäischen Union überhaupt nicht mehr klar getrennt ist, wo die zivile Außenpolitik aufhört und die Militärpolitik anfängt. Diese Vermischung eröffnet einer Instrumentalisierung und Zweckentfremdung ziviler Gelder und Kapazitäten für militärische Belange Tür und Tor, wie gerade der neu eingerichtete Europäische Auswärtige Dienst (EAD) drastisch vor Augen führt.

4.1 Das GASP-Budget und die Finanzierung „ziviler“ EU-Einsätze

Die Finanzierung von Rüstungsgütern und Rüstungsforschung sowie von Militäreinsätzen aus dem EU-Haushalt ist derzeit nicht möglich. Artikel 41 (2) des Vertrags von Lissabon (EUV) ist diesbezüglich – eigentlich - eindeutig: „Die operativen Ausgaben [...] gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen.“ Dies eröffnet aber das Schlupfloch einer Finanzierung „ziviler“ Auslandseinsätze aus dem EU-Haushalt über das Budget der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP).¹⁵² Der Begriff „zivil“ ist in der Europäischen Union jedoch, insbesondere, was Auslandseinsätze anbelangt, mit Vorsicht zu genießen. Die „zivilen“ Einsätze arbeiten oft eng verzahnt mit militärischen Einsätzen, greifen auf Militärs zurück oder flankieren militärische Interventionen. Insofern kann von rein zivilen Einsätzen eigentlich kaum die Rede sein (vgl. Kapitel 3.1).

Im aktuellen Haushaltsplan 2007 bis 2013 sind hierfür insgesamt etwa 2 Mrd. Euro vorgesehen, wobei der GASP-Etat steil von 159 Mio. Euro (2007) auf 406 Mio. Euro (2013) ansteigt.¹⁵³ Im Haushaltsentwurf der EU-Kommission für den Zeitraum von 2014 bis 2020 sind insgesamt 2,51 Mrd. Euro für diesen Bereich vorgesehen.¹⁵⁴ Diese Ausgaben müssen zwar vom Europäischen Parlament in ihrer Gesamtheit und in der Verteilung auf

einzelne Budgetposten abgesegnet werden. Allerdings existiert keine Zustimmungspflicht für Einzelmaßnahmen, wie den Beginn eines „zivilen“ Auslandseinsatzes. Sollte der GASP-Haushalt überschritten werden, können zwar keine zusätzlichen Mittel ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments bereitgestellt werden. Gelder können jedoch parlamentsunabhängig zwischen den einzelnen Ausgabenposten verschoben werden. „Als Resultat ist das Europäische Parlament bei der Zustimmung für bestimmte einzelne Aktionen an den Rand gedrängt. Mehr noch: In Fällen, in denen kein Konsens über zusätzliche EU-Gelder erreicht werden kann, kann der Europäische Rat einstimmig beschließen, bestimmte Aktionen außerhalb des EU-Budgets zu finanzieren.“¹⁵⁵

Mit dem „Instrument für Stabilität“ (IfS) stehen zwischen 2007 und 2013 darüber hinaus weitere 2,062 Mrd. Euro für Maßnahmen zur Krisen- und Konfliktprävention zur Verfügung. Zwar lassen sich hiervon keine Maßnahmen mit unmittelbaren militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen finanzieren, allerdings deutet vieles darauf hin, dass Gelder aus dem Topf vor allem als flankierende Maßnahmen an Länder gehen, in denen EU-Einsätze stattfinden: „Mit den umfangreichsten Mittelaufwendungen wurden 2009 nach Georgien (über 30 Mio. Euro) mit den palästinensischen Autonomiegebieten (27,5 Mio. Euro), dem Kosovo (25 Mio. Euro), der Demokratischen Republik Kongo (DRC) und dem Tschad (je etwa 15 Mio. Euro) jeweils Regime unterstützt, die zugleich durch GASP-Missionen stabilisiert wurden.“¹⁵⁶ Das IfS ist extrem intransparent: Kaum etwas ist beispielsweise darüber zu erfahren, welche konkreten Projekte finanziert werden.

Soviel zu den beiden wichtigsten „zivilen“ Krisenmanagement-Fonds, was die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten im militärischen Bereich anbelangt, sieht es allerdings noch trister aus.

4.2 Athena: Verdeckte Kriegskasse

Da die Finanzierung militärischer Operationen aus dem EU-Haushalt, wie bereits erwähnt, bislang – noch – nicht möglich ist, schuf der Europäische Rat auf deutsche Initiative eine andere Option. Der so genannte ATHENA-Mechanismus wurde mit dem Ratsbeschluss 2004/197/GASP vom 23. Februar 2004 auf den Weg gebracht. Alle EU-Mitglieder¹⁵⁷ zahlen nach einem festen Schlüssel in diese „Kriegskasse“ ein, aus der Teile der bei EU-Mili-

GASP-Haushalt zur Finanzierung „ziviler“ EU-Auslandseinsätze (in Mio. Euro)

2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
159	200	243	282	327	363	406	1980

Quelle: Grevi, Giovanni/Keohane, Daniel: *Civilian resources for ESDP*, in: Grevi, Giovanni u.a. (Hg.): *European Security and Defence Policy – the first 10 years*, European Institute for Security Studies, Paris 2009, S. 90-114, S. 91.

täreinsätzen anfallenden gemeinsamen Kosten finanziert werden. Laut Ratsbeschluss 2007/384/GASP vom 14. Mai 2007 gehören dazu: „Ein Großteil der gemeinsamen operativen Kosten in Zusammenhang mit der aktiven Phase einer Militäroperation der EU [...]: Kosten für Hauptquartiere für die Operationsführung, Transportkosten, Gehälter für Ortskräfte, Kosten für Kasernen und Unterkünfte/Infrastruktur usw.“¹⁵⁸

Der ATHENA-Mechanismus bewegt sich im parlamentarischen Niemandsland, eine effektive Kontrolle findet weder auf europäischer noch nationaler Ebene statt – und das dürfte wohl auch genau so gewollt sein.¹⁵⁹ Während das Europäische Parlament keinerlei Haushaltsbefugnisse besitzt, hebt der Mechanismus de facto auch die Befugnisse der nationalen Parlamente aus: „Selbst im Falle einer Nichtteilnahme an einer ESVP-Operation hätte Deutschland 20,18 Prozent der gemeinsamen Kosten zu tragen.“¹⁶⁰ Sollte ein Land also nicht an einem EU-Militäreinsatz teilnehmen wollen, ist es dennoch zwangsläufig über die Finanzierung aus dem ATHENA-Topf mit involviert. Das Fazit zu ATHENA fällt somit eindeutig aus: „Der ATHENA-Mechanismus vergrößert den finanziellen Handlungsspielraum des Europäischen Rates gegenüber den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten. Er schränkt damit auch den Entscheidungsspielraum des Deutschen Bundestages über militärische Auslandseinsätze im Rahmen der EU ein.“¹⁶¹

Zwischen 2004 und 2010 wurden dem ATHENA-Topf 520 Mio. Euro entnommen.¹⁶² Für das Jahr 2011 beläuft sich das ATHENA-Budget auf 31 Mio. Euro, womit über die gemeinsamen Kosten aber lediglich etwa 10% des gesamten Finanzierungsbedarfs abgedeckt wird.¹⁶³ Der Rest muss derzeit – noch – über das Prinzip „costs lie where they fall“ aufgebracht werden. Es legt fest, dass die Staaten ihre eigenen Kosten für die Beteiligung an einem EU-Militäreinsatz auch selber aufbringen müssen. Dies ist vor allem für die großen EU-Truppensteller ärgerlich, die verständlicherweise bestrebt sind, die Kosten der Militäreinsätze so weit wie möglich auf andere Staaten abwälzen zu können. „Der Finanzierungsmechanismus ATHENA erweist sich als nicht ausreichend und das Prinzip, wonach die Kosten dort liegen, wo sie anfallen, ist für die Mitgliedsstaaten eher ein Nichtanreiz.“¹⁶⁴

Um diesen „Missstand“ zu beheben, wird immer wieder eine Ausweitung der per ATHENA finanzierbaren Maßnahmen gefordert. So schlägt eine Studie des Generaldirektorats für Außenpolitik des Europäischen Rates vor, den Topf auch für gemeinsame Rüstungsbeschaffungsprojekte anzuzapfen.¹⁶⁵ Zuletzt wurde diese Forderung im Dezember 2011 erneut erhoben: „Das Europäische Parlament [...] fordert die Mitgliedstaaten auf, sich stärker darum zu bemühen, eine Einigung über eine gemeinsame Finanzierung zu erreichen; empfiehlt den Mitgliedstaaten, als Teil der Überarbeitung des ATHENA-Mechanismus die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, den Mechanismus so auszuweiten, dass er auch eine gemeinsame Finanzierung für Maßnahmen oder Anschaffungen bietet, die dem Ziel von mehr Kosteneffizienz in der europäischen Verteidigung dienen, aber nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden können, insbesondere eine gemeinsame Finanzierung bereitgestellter Ausrüstungen.“¹⁶⁶

4.3 Anschubfonds: Nukleus eines EU-Rüstungshaushalts?

Was die künftige Finanzierung der EU-Militärpolitik anbelangt, sind die Passagen, die sich in Artikel 43(3) EUV finden lassen, besonders heikel. Dort wird mit dem so genannten „Anschubfonds“ erstmals die Möglichkeit eröffnet, gleich eine Art EU-Rüstungshaushalt einzurichten, auf den der Europäische Rat – also die Exekutive – exklusiv den Zugriff erhält. Das eigentliche Politikum ist dabei nicht allein, dass für diesen Rüstungshaushalt keine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments oder der nationalstaatlichen Parlamente vorgesehen ist. Mehr noch: Der Europäische Rat soll scheinbar im Alleingang auch alle Modalitäten, insbesondere den Umfang des Fonds, festlegen können. Im Wortlaut heißt es dazu in Artikel 43(3) EUV: „Die Tätigkeiten zur Vorbereitung der in Artikel 42 Absatz 1 und in Artikel 43 genannten Missionen [u.a. Militäreinsätze], die nicht zulasten des Haushalts der Union gehen, werden aus einem aus Beiträgen der Mitgliedstaaten gebildeten Anschubfonds finanziert. Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik die Beschlüsse über

- a) die Einzelheiten für die Bildung und die Finanzierung des Anschubfonds, insbesondere die Höhe der Mittelzuweisungen für den Fonds;
- b) die Einzelheiten für die Verwaltung des Anschubfonds;
- c) die Einzelheiten für die Finanzkontrolle.“

Die Staats- und Regierungschefs können dadurch also allein über den Umfang dieser „Kriegskasse“ bestimmen. Obwohl es bislang noch nicht gelang, sich auf Details für den Anschubfonds zu verständigen, ist dennoch klar, wohin die Reise hier gehen soll, nämlich in Richtung eines voll ausgebildeten EU-Rüstungshaushalts. Denn obwohl der Wortlaut eigentlich unmissverständlich ist, es ist von der Finanzierung von „Tätigkeiten zur Vorbereitung“ und nicht zur „Durchführung“ einer Operation die Rede, prognostiziert etwa ein Papier der *Friedrich-Ebert Stiftung*: „Mittelfristig könnte der Anschubfonds die Grundlage für einen Europäischen Fonds für ESVP-Missionen bilden.“¹⁶⁷

Noch im Jahr 2003 wies ein Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments „auf die Gefahr hin, dass bei der Finanzierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Schattenhaushalte entstehen könnten, die einer demokratischen Kontrolle nicht zugänglich sind.“¹⁶⁸ Auch im Jahr 2005 forderte ein Bericht des Europäischen Parlaments in aller Deutlichkeit: „Ein beim Rat angesiedelter ‚Nebenhaushalt‘ ist unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Kontrolle inakzeptabel.“¹⁶⁹ Genau dies sind aber der ATHENA-Mechanismus und der Anschubfonds. Beide Schattenhaushalte sind schwarze Kassen, die außerhalb einer effektiven parlamentarischen Kontrolle existieren.

Neben diesen offiziellen und semi-offiziellen Wegen zur Finanzierung des EU-Militärapparates bedient man sich aber in zunehmendem Ausmaß auch aus den Töpfen anderer Haushalte.

4.4 Weltraumrüstung mittels ziviler Haushaltsposten

Seit Jahren beteiligt sich auch die Europäische Union kräftig an der Nutzung des Weltraums für militärische Zwecke.¹⁷⁰ Vor allem zwei Projekte sind hierfür von entscheidender Bedeutung, das Galileo-Satellitennavigationssystem sowie „Global Monitoring for Environment and Security“ (GMES). Finanziert werden diese vor allem militärisch relevanten Projekte aus zivilen EU-Töpfen. Vor allem Galileo ist darüber hinaus ein mehr als deutlicher erster Hinweis, dass EU-Kooperationsprojekte keineswegs automatisch zu einer Absenkung von Kosten führen.

4.4.1 Galileo als Milliardengrab

Die Ursprünge des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo reichen zurück bis ins Jahr 1998, in dem eine Machbarkeitsstudie der EU-Kommission und der Europäischen Raumfahrtagentur angefertigt wurde. Offiziell eingetütet wurde das Projekt schließlich durch eine Entschließung des EU-Rates am 5. April 2001. Angekündigt als rein ziviles – und wirtschaftlich vernünftiges – Vorhaben, sollten die ersten drei Galileo-Satelliten ursprünglichen Planungen zufolge bereits 2006 in Betrieb genommen werden.

Vordergründig hieß es, man wolle sich eine Scheibe vom profitablen Navigations-Kuchen abschneiden, den sich bislang allein das amerikanische GPS-System einverleibt. Für die Galileo-Entwicklungsphase veranschlagte die EU-Kommission 1,8 Mrd. Euro, für die Aufbauphase weitere 3,4 Mrd. Euro. Ursprünglich zielte die Europäische Union darauf ab, hiervon lediglich ein Drittel der Kosten für die Aufbauphase selbst aufbringen zu müssen, den Rest sollten private Investoren beisteuern. Nachdem diese Investoren aber ausblieben, wurde das Geld aus verschiedenen - zivilen - Töpfen mühsam zusammengeklaut: 1 Mrd. aus dem Budget für die Transeuropäischen Energie- und Verkehrsnetze (TEN), 1,6 Mrd. aus dem EU-Landwirtschaftsfonds sowie 800 Mio. aus dem Forschungsetat des Jahres 2008. Brisant ist dies u.a. deshalb, weil es sich bei Galileo auch um ein militärisches Projekt



Galileo, Quelle: Europäischer Rat

handelt (siehe unten), dessen Finanzierung aus dem EU-Haushalt also gemäß des bereits zitierten Artikels 41 EUV eigentlich nicht zulässig ist.

Wie ein Mitte Oktober 2010 der Presse zugespielter Bericht des Bundesfinanzministeriums zum „aktuellen Sachstand bei Galileo“ jedoch einräumte, waren die Kostenschätzungen – vorsichtig formuliert – extrem optimistisch. Für die Aufbauphase würden Angaben der EU-Kommission zufolge „zusätzliche Kosten von 1,5 bis 1,7 Milliarden Euro“ anfallen, die Fertigstellung verschiebe sich auf 2017 oder 2018.¹⁷¹ Noch pessimistischer fiel die Prognose der „Halbzeitüberprüfung der europäischen Satellitennavigationsprogramme“ der EU-Kommission aus, die im Januar 2011 veröffentlicht wurde. Sie offenbart, dass Galileo finanziell noch weiter aus dem Ruder läuft als es sich im Herbst 2010 bereits abgezeichnet hatte. Die Fertigstellung des Projektes werde sich auf 2019 oder gar 2020 verschieben, so die EU-Kommission. Weiter gibt die Halbzeitprüfung an, die zusätzlich zu den anfangs einmal veranschlagten 3,4 Mrd. Euro anfallenden Kosten würden nun 1,9 Mrd. Euro betragen. Damit steigt die Rechnung für die Aufbauphase auf stolze 5,3 Mrd. Euro.¹⁷²

Brisant war der Bericht des Bundesfinanzministeriums insbesondere auch deshalb, weil man von den ursprünglich angepriesenen wirtschaftlichen Profiten, die das Projekt abwerfen sollte, heute nichts mehr wissen will: „Die Einnahmemöglichkeiten werden deutlich niedriger eingeschätzt als ursprünglich erwartet, weil eine kommerzielle Verwertung der Galileo-Dienste angesichts eines sich erst noch entwickelnden Marktes und der kostenlos verfügbaren Dienstleistungen der anderen Satellitennavigationssysteme schwierig ist.“¹⁷³ Was sich hier anbahnt, nämlich dass Galileo ein gigantisches Zuschussprojekt wird, belegt der Bericht schließlich auch mit konkreten Zahlen. Erwarteten Einnahmen von 100 Mio. Euro stehen Betriebskosten in Höhe von 850 Mio. gegenüber, ergo ergebe sich laut Finanzministerium künftig „ein durchschnittlicher jährlicher Mittelbedarf aus dem EU-Haushalt in Höhe von 750 Millionen Euro für den Betrieb.“¹⁷⁴ Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch die „Halbzeitüberprüfung“ der EU-Kommission. Sie geht von jährlichen Betriebskosten von 800 Mio. Euro aus, erwirtschaftet werden könnten aber bestenfalls 70 Mio. im Jahr – und selbst dies lediglich „auf lange Sicht“! Das vernichtende Fazit: „Die Aussicht, mit dem Betrieb der Systeme direkte finanzielle Einnahmen zu erwirtschaften, ist für die EU äußerst gering.“¹⁷⁵ Kein Wunder also, dass im Kommissionsentwurf für den Haushalt 2014 bis 2020 für Galileo jährlich im Schnitt 1 Mrd. Euro eingestellt sind.¹⁷⁶

Nach der Veröffentlichung dieses Zahlenfiaskos war die Empörung groß. Dementsprechend deutlich titelte denn die Presse mit Sätzen wie „Fass ohne Boden“ (Frankfurter Rundschau), „Milliardengrab im All“ (Abendzeitung) oder „Dauerhafter Zuschussbetrieb statt Goldesel“ (Heise Online). Laut dem SPD-Politiker Klaus Hageman, Vorsitzender des EU-Unterausschusses im Haushaltsausschuss des Bundestages, sei es „ein Hammer, dass erst jetzt – nachdem die ersten Teilaufträge für die Satelliten vergeben sind – ans Tageslicht kommt, dass Galileo

kein Goldesel, sondern ein dauerhafter Zuschussbetrieb werden wird.¹⁷⁷ Tatsächlich sind diese und andere Aussagen verantwortlicher Politiker jedoch mehr als lachhaft: Seit Jahren war klar, dass die Gesamtrechnung des Projektes in etwa auf die Summe der nun präsentierten Zahlen hinauslaufen würde. So berichtete der Spiegel bereits am 12. Januar 2008, die Kosten der Aufbauphase würden auf mindestens 5 Mrd. Euro steigen.¹⁷⁸ Auch dass Galileo keinesfalls der angepriesene Goldesel sein würde, war lange bekannt, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik. So benannte eine Mitteilung der EU-Kommission bereits 2007 die Ursache, weshalb sich die Begeisterung von Privatunternehmen, in das Galileo-Projekt zu investieren, in engen Grenzen hielt: „Zu den Gründen zählen die Unsicherheiten der kommerziellen Nutzung Galileos aufgrund der Kostenfreiheit des GPS-Signals.“¹⁷⁹

Nun ist es zwar schwer vorstellbar – aber immerhin möglich –, dass diese und andere Quellen, die schon vor Jahren das nun auch offiziell eingeräumte Finanzdebakel prognostizierten, aus vollkommener Unfähigkeit nicht bekannt waren oder nicht zur Kenntnis genommen wurden. Damit erklärt sich jedoch nicht, weshalb es derzeit keinerlei Stimmen gibt, die sich dafür aussprechen, ein derartig defizitäres Projekt einfach stillschweigend zu beerdigen. Selbst ggf. anfallende Konventionalstrafen dürften angesichts der horrenden jährlichen Betriebskosten eher vernachlässigenswert sein. Die Antwort ist relativ simpel: it's the military, stupid!

4.4.2 Kostspieliges Militärprojekt

Obwohl stets der zivile Charakter des Galileo-Systems hervorgehoben wird, ermöglicht Galileo explizit auch eine militärische Nutzung. Dies ist besonders deshalb relevant, weil dieses System eine wesentliche Voraussetzung ist, um künftig bei autonomen – das heißt unabhängig und ggf. sogar gegen den Willen der USA durchgeführten – umfangreichen Militäreinsätzen nicht auf Daten von GPS angewiesen zu sein (die man im Extremfall evtl. nicht erhalten würde). Insofern wundert es nicht, dass der im Januar 2009 vom Europäischen Parlament verabschiedete „Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP“ angab, die Europäische Union „erachtet es als notwendig, die Nutzung von Galileo [...] für Sicherheits- und Verteidigungszwecke zu ermöglichen.“¹⁸⁰ Schon zuvor hatte ein anderer vom Europäischen Parlament im Juli 2008 verabschiedeter Bericht „betont, dass Galileo für eigenständige ESVP-Operationen notwendig ist.“¹⁸¹

Im Endstadium soll Galileo fünf verschiedene Dienste anbieten können, von einem frei zugänglichen Service bis hin zu einem streng kontrollierten Öffentlich Regulierten Dienst („Public Regulated Service“ – PRS). Für diesen PRS gelten strenge Sicherheitsauflagen und wer eines letzten Beweises bedurfte, dass Galileo explizit militärisch verwendet werden soll, der bekam diesen im Oktober 2010. Da veröffentlichte die EU-Kommission ihren „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Regelung des Zugangs zum öffentlich-staatlichen Dienst“, aus dem eindeutig hervorgeht, dass nahezu jedes EU-Land gedenkt, den PRS für militärische Anwendungen einzusetzen. Weiter belegt das Kommissionsdokument, dass der PRS zu etwa 50 Prozent militärisch genutzt werden soll (plus weitere 20 Prozent

für Bereiche der „inneren Sicherheit“).¹⁸² Angesichts dessen ist es geradezu unverschämt, mit welcher Ausdauer in EU-Pressemitteilungen weiter der Mythos gepflegt wird, bei Galileo handele es sich um ein „ziviles System unter ziviler Kontrolle.“¹⁸³

Ein regelrechter Hammer ist aber, was die Zeitschrift „Technology Review“ unter Berufung auf Aussagen von Hubert Reile, Programmleiter Weltraum beim *Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt* (DLR), offenbart. Ein Grund, weshalb Galileo derartig teuer wird, sind die horrenden Baukosten, der andere ist, dass der kommerzielle Markt aufgrund von mehr und mehr Anbietern immer unlukrativer wird. Beide Probleme hätten durch einen Einstieg Chinas erheblich abgemildert werden können, wenn, ja wenn man nicht unbedingt ein Militärsystem hätte haben wollen. „Das Reich der Mitte war 2003 mit einem Beitrag von 280 Millionen Euro bei Galileo eingestiegen – in der Hoffnung, ein gleichberechtigter Partner zu sein. Als sich abzeichnete, dass Galileo nicht nur zivil, sondern auch militärisch genutzt werden sollte, hätten die Europäer aber nicht mehr mit den Chinesen auf allen Ebenen zusammenarbeiten wollen, sagt DLR-Mann Hubert Reile. Die Reaktion: Die noch junge Raumfahrtnation beschloss, ein eigenes System aufzubauen.“¹⁸⁴

Dies deckt sich mit Dokumenten, die bei *Wikileaks* veröffentlicht wurden und für jede Menge Aufregung sorgten. Berry Smutny, der mittlerweile entlassene Geschäftsführer des deutschen Satellitenbauers *OHB-Systems*, hatte Ende 2009 gegenüber US-Diplomaten seiner Meinung zu Galileo sehr offen Ausdruck verliehen. Smutny sagte im Gespräch mit Vertretern der US-Botschaft unter anderem, Galileo sei „eine Verschwendung von Geldern der EU-Steuerzahler“ und „eine blöde Idee, die vor allem französischen Interessen dient.“¹⁸⁵ Das Programm sei vom europäischen und insbesondere französischen Wunsch nach einem von den USA unabhängigen Satellitennavigationssystem für militärische Zwecke inspiriert.

Smutnys Äußerungen unterstreichen dabei nicht nur einmal mehr das militärische Kalkül hinter Galileo, sie widerlegen auch sonst jede einzelne offizielle Aussage der EU zu dem Projekt. Bezüglich Galileos kommerzieller Zukunft stellte der Ex-OHB-Chef fest, dass das bestehende US-amerikanische GPS-System den europäischen Bedarf an Navigations-, Positionsbestimmungs- und Zeitmessungsdaten jetzt schon abdecke. Im Zeitplan für die Fertigstellung des europäischen Satellitenprojektes seien weitere Verzögerungen äußerst wahrscheinlich. Das dürfte die Marktchancen angesichts der Konkurrenz durch russische und chinesische Entwicklungen und insbesondere durch die für 2014 geplante modernisierte GPS-Generation deutlich einschränken. Auch bei der Kostenentwicklung spricht Smutny Klartext und prognostiziert eine deutliche Überschreitung des Programmbudgets, das sich von ursprünglich einmal 3,4 Mrd. Euro auf bis zu 10 Mrd. Euro erhöhen werde. Smutnys Arbeitgeber *OHB-Systems*, der den Auftrag für die ersten 14 Galileo-Satelliten bekommen hat und vorher die SAR-Lupe Spionagesatelliten für die Bundeswehr baute, nahm die bekannt gewordenen Äußerungen ernst genug, um Smutny schnellstmöglich zu entlassen.



Gmes-Werbung, Quelle: Europäischer Rat

Kritiker wie Frank Slijper, die angaben, für Galileo sei von Anfang an eine primär militärische Nutzung vorgesehen gewesen, lagen also richtig. In seiner Studie „From Venus to Mars“, die vom *Transnational Institute* bereits im Jahr 2005 veröffentlicht wurde, trifft Slijper zudem folgende düstere, aber wohl ebenfalls zutreffende Prognose: „Europas eigenem Satellitennavigationssystem soll selbstverständlich eine zentrale Rolle bei jeglichen künftigen Militärinterventionen zukommen, an denen ein EU-Land teilnimmt. Es wird demzufolge nicht die Frage sein, ob, sondern wann Galileo eingesetzt wird, um Bomben und Raketen auf ‚Terroristen‘ und andere als solche wahrgenommene Feinde weit außerhalb Europas zu lenken.“¹⁸⁶

Teils werden geradezu groteske argumentative Klammzüge unternommen, um dem Projekt dennoch irgendwie einen zivilen Charakter anzudichten. So antwortete die EU-Kommission im November 2009 auf eine parlamentarische Anfrage, inwieweit eine militärische Nutzung Galileos sich angesichts des zivilen Charakters ausschließen, folgendermaßen: „Der Rat hat bereits mehrfach erklärt, dass es sich bei dem im Rahmen des Galileo-Programms errichteten System um ein ziviles System handelt, das unter ziviler Kontrolle steht. [...] Diese im Wesentlichen zivile Bestimmung des Systems schließt jedoch nicht aus, dass es auch zu militärischen Zwecken genutzt werden könnte.“¹⁸⁷ Unangefochtener Champion ist hier aber ein Beitrag in der Zeitschrift *wehrentechnik*, der postuliert, Galileo sei ein ziviles System, denn „die Quelle der Finanzierung ist

dabei der Indikator.“¹⁸⁸ Dies quittierte die IMI-Studie „Aus dem All in alle Welt: Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa“ bereits vor mehreren Jahren mit einer Bewertung, die heute aktueller ist denn je: „Für all jene, die dieser Logik nicht folgen wollen, ist Galileo eben kein ziviles Projekt und auch nicht nur ein militärisch-genutztes. Tatsächlich handelt es sich um eine Mischung aus einem Rüstungsprojekt, das mit einem zivilen Infrastrukturvorhaben verschmolzen wurde, um die anfallenden Kosten für die militärische Nutzung auf zivile Budgets abzuwälzen. Es stellt als solches einen wichtigen Beitrag dar, auf dem Weg zur Schaffung einer unabhängigen europäischen Militärmacht, die ohne Rücksicht auf internationale Partner ihre Interessen durchsetzen kann.“¹⁸⁹

4.4.3 GMES: Monitoring für den Krieg

„GMES ist ein Vernetzungsprojekt, in dem Daten verschiedener europäischer Erdbeobachtungssatelliten und bodengebundener Messstationen zusammenfließen und für Endnutzer aufbereitet werden sollen.“¹⁹⁰ Auch dieses Projekt nahm seinen planerischen Anfang im Jahr 1998, seit 2001 befindet es sich im Entwicklungsstadium. Eigentlich hätte GMES bereits 2008 fertig sein sollen, allerdings scheinen gravierende Verzögerungen in diesem Bereich eher die Regel denn die Ausnahme zu sein.

Auch bei GMES wird kaum ein Hehl daraus gemacht, dass eine militärische Nutzung explizit vorgesehen wird. Wiederum war hier der vom eifrigen Rüstungslobbyisten und bis 2009 in Personalunion EU-Abgeordneten Karl von Wogau verfasste „Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP“ aus dem Jahr 2008 eindeutig: „Das Europäische Parlament [...] erachtet es als notwendig, die Nutzung von Galileo und GMES für Sicherheits- und Verteidigungszwecke zu ermöglichen.“¹⁹¹ Auch auf der Internetseite der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission wird betont: „Die GMES-Initiative spielt eine strategische Rolle bei der Unterstützung zentraler EU-Politiken. Sie hat Einfluss auf [...] die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), einschließlich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).“¹⁹²

Kompliziert ist die Mischfinanzierung des Projektes: „In einer ersten Phase von 2001 bis 2006 wurden € 230 Mio. für die Entwicklung von GMES ausgegeben, davon € 100 Mio. von der EU und € 130 Mio. von der ESA. In der nächsten Phase von 2007 bis 2013 sollen Mittel insbesondere aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU eingesetzt werden. Das FP7 beinhaltet eine eigene Budgetlinie unter dem Titel ‚Weltraum‘, in der € 1,4 Mrd. für diesen Zeitraum vorgesehen sind. Davon werden mit € 1,2 Mrd. ca. 85% für GMES ausgegeben.“¹⁹³

Ursprünglich wurden die Gesamtkosten des Projektes auf etwa 5 Mrd. Euro geschätzt, aufgrund der Verzögerungen wird sich dies jedoch erheblich verteuern. Auf eine Anfrage, wie hoch sie die Gesamtkosten schätze, antwortete die deutsche Bundesregierung im März 2011: „Die langfristige Kostenschätzung für GMES wird von der Kommission derzeit konsolidiert und in den Vorschlag der nächsten Mittelfristigen Finanzplanung eingehen.“¹⁹⁴ Tatsächlich fiel die Bewertung der Europäischen Kommission eindeutig aus, nämlich indem sie GMES angesichts

der fortdauernden Schwierigkeiten aus dem Haushalt hinauswarf: „Für die europäische Erdbeobachtungsinitiative GMES [...] schlägt die EK [Europäische Kommission] wegen hoher Kosten sowie unvorhersehbarer Kostenüberschreitungen vor, deren Finanzierung außerhalb des MFF [Mehrjähriger Finanzrahmen] und somit in eine noch unklare Finanzierungssituation zu verschieben.“¹⁹⁵

Dies veranlasste 44 EU-Parlamentarier auf die Barrikaden zu gehen. Sie schrieben einen Brandbrief an EU-Kommissionschef José Manuel Barroso, in dem gefordert wurde, das Projekt wieder in den Haushalt zu reintegrieren und seine Finanzierung damit sicherzustellen, die ansonsten über freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten gewährleistet werden müsste.¹⁹⁶ Daraufhin verabschiedete das Europäische Parlament im Dezember 2011 eine Entschließung, in der es darauf „besteht [...], dass das GMES-Programm weiter aus dem EU-Haushalt im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (2014-2020) finanziert wird.“¹⁹⁷

Allerdings ist die Weltraumrüstung nicht der einzige militärrelevante Bereich, der sich aus Geldern des Forschungsrahmenprogramms bedient.

4.5 Sicherheits- und Rüstungsforschung

Im Jahr 2003 fällt die EU-Kommission die Entscheidung, künftig unter dem Dach des 7. Forschungsrahmenprogramms 2007-2013 (7FRP) einen eigenen Budgetposten für Sicherheitsforschung (ESRP) einzurichten.¹⁹⁸ Die für diesen Zeitraum bereitgestellte Gesamtsumme umfasst 1.4 Mrd. Euro. Um die Ausgestaltung dieses Sicherheitsforschungsprogramms zu konkretisieren und erste Projekte auf den Weg zu bringen, wurde eine „Group of Personalities“ (GoP) und ein weiteres Beratungsgremium (ESRAB) einberufen. Dies alles geschah ohne irgendeine Beteiligung des europäischen oder eines nationalen Parlaments, geschweige denn der Zivilgesellschaft. Im stillen Kämmerlein konnten sich somit Vertreter der Rüstungslobby sowie staatlicher Sicherheitsorgane daran machen, die künftige europäische Sicherheitsforschungsagenda auszutüfteln. Für die Ausarbeitung einer Zukunftsagenda wurde darüber hinaus im Jahr 2007 das ebenso unrepräsentativ und undemokratisch zusammengesetzte *European Security & Information Forum* (ESRIF) ins Leben gerufen, das im Dezember 2009 seinen 324-seitigen Forderungskatalog vorlegte.¹⁹⁹

Auch wenn dies sicherlich nicht für jede einzelne geförderte Maßnahme zutrifft, so ist die gesamte Ausrichtung des Sicherheitsforschungsprogramms überaus Besorgnis erregend. Trotz der Tatsache, dass sich dort mit nahezu jedem erdenklichen Aspekt von Sicherheit beschäftigt wird, sind die Lösungen nahezu immer dieselben, wie Ben Hayes von *Statewatch* kritisiert: „Für jeden dieser scheinbar unterschiedlichen Bereiche stellt sich heraus, dass dieselbe Antwort vorgeschlagen wird: Maximierung des Einsatzes von Sicherheitstechnologie; Verwendung von Risikoabwägungen und Modellen, um menschliches Verhalten vorherzusagen (und darauf Einfluss zu nehmen); die Gewährleistung schneller ‚Antworten auf Störungen‘; und schließlich die Intervention, um die Gefahr zu neutralisieren, automatisch, sofern möglich. [...] Was sich hinter der irritierenden Zahl an Aufträgen, Abkürzungen und EU-

Politiken verbirgt, ist die rasche Entwicklung eines mächtigen neuen ‚interoperablen‘ europäischen Überwachungssystems, das für zivile, kommerzielle, polizeiliche, sicherheits- wie auch verteidigungsbezogene Zwecke eingesetzt werden wird.“²⁰⁰ Ein solches Vorgehen ist charakteristisch für eine „Sicherheitsgesellschaft“ wie sie von Tobias Singelstein und Peer Stolle beschrieben wurde: „Der vormalige Anspruch, zugrunde liegende soziale Konflikte zu lösen, wird zugunsten einer reinen Verwaltung von Problemen durch dauernde Kontrolle aufgegeben.“²⁰¹

Damit wird auch der Verwischung ziviler und militärischer sowie innerer und äußerer Sicherheit weiter Vorschub geleistet. Obwohl es, wie mehrfach bereits erwähnt, keine Rechtsgrundlage für die Verwendung von EU-Geldern für die Rüstungsforschung gibt²⁰², gelang es der Militärbranche, sich substantielle Anteile der ausgelobten Beträge unter den Nagel zu reißen. Tim Robins, Vizepräsident von *Thales* und ehemaliger ESRAB-Vorsitzender, erklärte das dahinterstehende Kalkül der Branche folgendermaßen: „‘Sicherheit‘ ist ein politisch eher akzeptabler Weg etwas zu beschreiben, was früher ‚Verteidigung‘ hieß.“²⁰³ Aus kritischer Sicht klingt dies dann so: „Die wahrscheinlich erfolgreichste Maßnahme der EU bei der Unterstützung der Rüstungsindustrie war, die innere Sicherheit in einer EU-Budgetlinie unterzubringen. Auf diese Weise ist es möglich, Forschungsprogramme der Rüstungsindustrie mit EU-Mitteln zu fördern und dabei politischen Empfindlichkeiten aus dem Weg zu gehen, indem man schlicht Rüstungsproduktion zu ‚Sicherheitsproduktion‘ erklärt.“²⁰⁴

Im Zuge der Verhandlungen um den Haushalt 2014 bis 2020 wird darüber hinaus immer direkter eine Ausweitung der Finanzierbarkeit von Maßnahmen mit militärischem Bezug im künftigen, derzeit unter dem Namen „Horizon 2020“ firmierenden Sicherheitsforschungsprogramm gefordert. Außerdem werden die Stimmen, die gleich die Einrichtung eines europäischen Rüstungsforschungsetats fordern, immer lauter.

4.5.1 Eine Forschungsagenda von Lobbyisten für Lobbyisten

Schon durch die Zusammensetzung der entscheidenden Gremien wurde sichergestellt, dass die Interessen der Rüstungskonzerne in erheblichem Maße in die Sicherheitsforschungsagenda mit einfließen würden. Die Tradition, Firmenvertretern in der GoP und im ESRAB eine maßgebliche Rolle zuzugestehen, fand im ESRIF seine ungebrochene Fortsetzung. So setzen sich sowohl das 65 Personen umfassende Direktorium als auch seine 660 Berater etwa je zur Hälfte aus Industrievertretern (vorrangig von Rüstungsunternehmen) und aus Repräsentanten staatlicher Sicherheitsorgane zusammen.²⁰⁵ Weit und breit finden sich keine Vertreter der Bürgerrechts- oder der Friedensbewegung oder wenigstens der ein oder andere Datenschutzbeauftragte. Mit der Ausarbeitung der Forschungsagenda wurden also genau jene Konzerne und Organe betraut, die am meisten an einer ausufernden Sicherheitspolitik interessiert sind.²⁰⁶

Im Sicherheitsbusiness lässt sich einiges verdienen, nicht zuletzt auch deshalb, weil es für diesen Sektor so gut wie keine Exportkontrollen gibt: Das jährliche Auftragsvolumen wird auf etwa 100 Mrd. Euro geschätzt

(bei kontinuierlichen Wachstumsraten von 5 Prozent).²⁰⁷ Deshalb besteht eines der Hauptziele der ESRIF-Agenda in der Herausbildung eines international wettbewerbsfähigen europäischen Sicherheitsindustriellen-Komplexes. Bislang verhindere der „fragmentierte Markt“ innerhalb der Europäischen Union eine optimale Positionierung im internationalen Wettkampf. „Sollte dies behoben werden, würde dies die Tür für eine globale Führungsrolle auf dem Sicherheitsmarkt öffnen.“²⁰⁸ Folgerichtig will man nicht nur Investitionen der öffentlichen Hand anregen, sondern durch einen einheitlichen europäischen Sicherheitsmarkt das Auftragsvolumen und damit die Wettbewerbsfähigkeit vergrößern: „Durch seine Tätigkeit wird ESRIF dazu beitragen, einen europaweiten einheitlichen Markt für Sicherheitsequipment und Sicherheitsdienstleistungen zu fördern.“²⁰⁹

4.5.2 Verdeckte Rüstungsforschung

Ein Hauptkritikpunkt am EU-Sicherheitsforschungsprogramm besteht darin, dass es munter die – sinnvollen und wichtigen – Grenzen zwischen „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit sowie „ziviler“ und „militärischer“ Forschung verwischt, und zwar gezielt²¹⁰: „ESRIF befürwortet, dass die externe Dimension von Sicherheit auf der Agenda jeglicher künftigen Sicherheitsforschungs- und Innovati-

onspolitik eine große Rolle spielen soll. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind Teil einer hochgradig komplexen und interdependenten Welt. Gescheiterte Staaten, Grenzstreitigkeiten, umweltbedingte Migration und Ressourcenkonflikte haben allesamt interkontinentale, wenn nicht globale Auswirkungen. Europa kann diese externen Risiken und Bedrohungen [...] für seine innere Sicherheit nicht ignorieren. [...] Aber dies erfordert auch eine neue Mentalität, um die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Autoritäten auszubauen, die in vielen Fällen auf die gleichen Organisationen und Kapazitäten zurückgreifen.“²¹⁰ Hier soll offensichtlich zusammenwachsen, was in den Augen derjenigen, die diese Forschungsagenda ausgearbeitet haben, schon lange zusammengehört.

Ganz offen fordert das ESRIF, dass zivile Sicherheitsforschung auch für Militäreinsätze nutzbringend sein sollte: „Aufgrund der hohen Priorität der externen Sicherheitsdimension [...] sollten Forschungs- und Innovationsprogramme Friedenseinsätze sowie humanitäre und Krisenmanagementaufgaben unterstützen.“²¹² Nachdem die EU-Verteidigungsminister im Mai 2009 die Verteidigungsagentur damit beauftragt haben, einen „Europäischen Kooperationsrahmen für Sicherheits- und Rüstungsforschung“ auszuarbeiten, scheint endgültig klar, wohin die Reise wohl gehen wird. „Dieser neue Rahmen wird die übergreifende Struktur zur Maximierung von Komplementarität und Synergie zwischen Forschungsaktivitäten mit Verteidigungs- und zivilem Sicherheitsbezug bereitstellen.“²¹³ Im September 2011 wurde dann bekanntgegeben, EDA und EU-Kommission würden künftig bei der Abstimmung und für Synergieeffekte zwischen militärischer und ziviler Forschung eng kooperieren.²¹⁴

Dies alles dürfte sich für die Rüstungsindustrie wortwörtlich auszahlen. So kommt eine erste Analyse von 91 Projekten im Umfang von knapp 500 Mio. Euro des *Policy Department Citizens' Rights and Constitutional Affairs* der EU-Kommission zu dem Ergebnis, 57% der Gelder seien an Rüstungskonzerne gegangen: „Es sind hauptsächlich die großen Verteidigungsunternehmen, dieselben, die an der Ausarbeitung des EU-Sicherheitsforschungsprogramms beteiligt waren, die die wesentlichen Profiteure der Sicherheitsforschung des 7FRP sind.“²¹⁵

Doch Vielen gehen diese „Erfolge“ noch nicht weit genug. ESRIF fordert etwa, die EU solle schnellstmöglich 1 Mrd. Euro jährlich für Sicherheitsforschung bereitstellen, also den bisherigen Etat verfünffachen.²¹⁶ Auch wenn sich der Bereich Sicherheitsforschung aus Sicht der Rüstungslobby also außerordentlich positiv entwickelt hat, so besteht die Sorge, dass mit wachsender Prominenz dieses Bereichs Investitionen in den traditionellen Rüstungssektor vernachlässigt werden könnten. Beispielhaft sei hier Olivier Jehin vom Insiderdienst *Europe Diplomacy & Defence* zitiert, der hiervor mit einem schwer ertragbaren Alarmismus warnt: „Wenn wir nicht sehr schnell eine Investitionsanstrengung in unseren Wissenschafts- und Technologierbereich unternehmen, [...] wird die Lebenserwartung der europäischen Verteidigungsindustrie nicht länger als 15 Jahre betragen. [...] Wir müssen mutig genug sein, um der Realität ins Auge zu blicken. Überall um uns herum herrscht Instabilität. [...] Überall, einschließlich zu Hause, gibt es zunehmende Gefahr der Gewalt, ein Trend, der sich mit dem schrittweisen Verschwinden des

Üppig bedacht

Unter den Hauptprofiteuren der „Sicherheitsforschung“ finden sich zahlreiche Rüstungsunternehmen

1.	Thales	253,89
2.	Selex Group	138,64
3.	Totalforsvarets Forskningsinstitute	99,89
4.	TNO	99,35
5.	Commisariat Energie Atomique Cea	94,04
6.	JRC	82,63
7.	Fraunhofer	78,25
8.	Elsag Datamat	72,10
9.	Valtion Teknillinen Tutkimusekukset	52,97
10.	Telespazio SPA	54,49
11.	EADS Group	47,75
12.	University of Reading	43,73
13.	Saab Group	41,80
14.	Elbit System Ltd.	40,22
15.	ITTI Sp Z.O.O	36,28
16.	Indra Group	34,31
17.	Bae Systems	31,49
18.	Swedish National Policy Board	28,86
19.	Office d'Études Et De Recherches	25,21
20.	Demokritos	24,61

Quelle: Jeandesboz, Julien/Ragazzi, Francesco: *Review of security measures in the Research Framework Programme, Policy Department C: Citizens' Rights and Constitutional Affairs, Brüssel, Oktober 2010, S. 23 (Angaben in Mio. Euro).*

Wohlfahrtsstaates, der Zunahme an Ungleichheit und dem Wiederaufkommen sozialer Spannungen, Populismus nur verschlimmern kann. [...] Ohne Panik hervorrufen zu wollen, ich muss sagen, wir befinden uns in einer Situation, die sehr der in den 1930ern ähnelt. [...] Und diese sowohl innen wie außen instabile Welt, wobei diese beiden Dimensionen untrennbar miteinander zusammenhängen, könnte jederzeit zum Schauplatz eines neuen konventionellen Krieges werden. Sollten wir es im Namen der Sicherheitsideologie versäumen, dieser Möglichkeit genug Aufmerksamkeit zu zollen, laufen wir Gefahr, schutzlos gegenüber einer strategischen Überraschung zu sein, die wir selbst geschaffen haben.⁴²¹⁷

Die mittlerweile immer lauter werdenden Forderungen, mehr militärrelevante Aspekte aus dem Sicherheitstopf finanzieren zu können, oder – noch dreister – gleich einen EU-Rüstungsforschungsetat zusätzlich zu den Töpfen für Sicherheitsforschung einzurichten, sind sicherlich auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

4.5.3 Ein EU-Etat für Rüstungsforschung?

Weit gehend unbemerkt eröffnet der Vertrag von Lissabon – zumindest in der gängigen Interpretation – die Möglichkeit, direkt einen Rüstungsforschungsetat einzurichten. Hierauf wies u.a. Hilmar Linnenkamp, langjähriger stellvertretender Leiter der EU-Verteidigungsagentur, enthusiastisch hin: „Der Lissabon-Vertrag macht, von vielen unbemerkt, eine kleine Revolution der europäischen Forschungsförderung möglich. Er erlaubt es, Forschungsaktivitäten in allen europäischen Politikbereichen zu fördern; dazu gehören auch solche im Rahmen der GSVP (Art. 179 Abs 1 AEUV). Gleichzeitig gestattet es Art. 45 Abs 2 EUV, die Europäische Verteidigungsagentur im EU-Institutionengefüge neu zu positionieren und damit in die Lage zu versetzen, Planung und Organisation von EU-gemeinsamen F&T-Aktivitäten zu übernehmen. Eine so gestärkte Europäische Verteidigungsagentur erhielte eine eigene Budgetlinie für F&T im Gemeinschaftshaushalt.“⁴²¹⁸

Diese Forderung findet inzwischen aus vielerlei Ecken Unterstützung²¹⁹, u.a. schlug der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die „Zwischenbewertung des 7. Rahmenprogramms“ im April 2011, Jean-Pierre Audy, vor, „zwischen der EU und den Mitgliedstaaten in Anwendung von Artikel 45 [...] einen ehrgeizigen europäischen Forschungsplan im Bereich der Verteidigungstechnologie zu vereinbaren, um die industrielle und technologische Basis des Verteidigungssektors bei zugleich besserer Effizienz der öffentlichen Ausgaben für das Militär zu stärken. Dieser Plan muss auf die Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie ausgerichtet sein.“⁴²²⁰ Ebenso deutlich ist der „Berichtsentwurf über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den Mitgliedstaaten“ vom November 2011. In ihm heißt es ganz unverblümt: „Das Europäische Parlament [...] ist [...] der Auffassung, dass zusätzlich zu dem Themenbereich ‚Sicherheit‘ die Einrichtung eines neuen Themenbereichs ‚Verteidigung‘ im Rahmenprogramm in Betracht gezogen werden sollte, um die europäische Forschungszusammenarbeit zu fördern und dazu beizutragen, verstreute nationale Mittel zu bündeln. [Es] stellt fest, dass jede von der EU finanzierte Maßnahme im Bereich der Verteidigungsforschung vor allem dem Ziel der Entwicklung der Kri-

senbewältigungsfähigkeiten der EU verpflichtet ist. [Es] weist auf die Bestimmung des Artikels 185 AEUV hin, nach der eine EU-Beteiligung an bestehenden Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mehrerer Mitgliedstaaten möglich ist; ist der Auffassung, dass eine sich auf diesen Artikel stützende Kofinanzierung der EU dazu benutzt werden sollte, die Entwicklung der für GSVP-Missionen und -Operationen notwendigen Fähigkeiten zu beschleunigen.“⁴²²¹ Noch ist ein solcher Rüstungsforschungsetat nicht beschlossene Sache, angesichts des erheblichen Drucks in diese Richtung bleibt aber abzuwarten, wie sich die diesbezügliche Diskussion um „Horizon 2020“ und den Haushalt 2014 bis 2020 entwickeln wird.

4.6 Militarisierung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

In den letzten Jahren hat sich der Trend, Entwicklungshilfegelder immer direkter zur Durchsetzung strategischer und/oder ökonomischer Interessen zu verwenden, massiv verschärft. Beispielhaft ist hier die EU-Rohstoffinitiative, für deren Ausarbeitung der Europäische Rat folgende Vorgabe mit auf den Weg gab: „Der Europäische Rat forderte die Kommission und die Mitgliedsstaaten explizit auf, ihre Entwicklungshilfe auch auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auszurichten.“⁴²²² Die Anfang 2011 veröffentlichte Kommissionsmitteilung „Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020“ entsprach dann auch voll und ganz dieser Forderung. Ein Pressebericht fasst die Kernelemente folgendermaßen zusammen: „Um die Versorgung mit Wolfram, Seltenen Erden und ähnlichen Bodenschätzen auf den internationalen Rohstoffmärkten zu gewährleisten, will die Kommission das Thema in alle Verhandlungen über Kooperationen und Handelserleichterungen mit Drittstaaten aufnehmen. Entwicklungshilfe für arme Herkunftsländer – speziell in Afrika – könnte von Rohstofflieferungen als Gegenleistung abhängig gemacht werden.“⁴²²³

Flankiert werden diese Maßnahmen von einer drastischen „Versicherheitlichung“ der europäischen Entwicklungspolitik. Sie reicht bereits so weit, dass immer mehr sicherheits- bzw. militärrelevante Maßnahmen aus Töpfen finanziert werden, die – eigentlich – der Armutsbekämpfung dienen sollten.²²⁴ Auch der Katastrophenschutz bzw. die humanitäre Nothilfe bleiben vom allgemeinen Militarisierungstrend nicht verschont, wie in diesem Kapitel ausgeführt werden soll.

4.6.1 Rhetorisches Einfallstor: Ohne Sicherheit keine Entwicklung

Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist – eigentlich – eindeutig: „Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich [Entwicklungszusammenarbeit] ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut.“ Mit der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ wurde jedoch bereits im Jahr 2003 die argumentative Steilvorlage veröffentlicht, um eine Umleitung von Entwicklungshilfegeldern in den Sicherheitsbereich zu legitimieren. Darin hieß es: „Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.“ Während es sich hierbei noch um eine weit gehend unstrittige Tatsache

handelt, ist die entscheidende Frage jedoch, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann und welche Prioritäten dabei gesetzt werden: „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung.“²²⁵ Die (militärische) Herstellung von „Sicherheit“ und „Stabilität“ wird hierdurch im Handstreich zu einem entwicklungspolitischen Projekt im Sinne der Armutsbekämpfung uminterpretiert.

Die Prämissen der Europäischen Sicherheitsstrategie können selbstredend nicht ohne Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit bleiben: „Die Sicherheitsstrategie der EU aus dem Jahr 2003 geht von einem Konzept der erweiterten Sicherheit aus, das anerkennt, dass Bedrohungen und erhöhtes Gewaltpotential komplexe und weitreichende ökonomische, soziokulturelle und umweltbedingte Ursachen haben können. Daraus folgt, dass Sicherheitspolitik nicht mehr länger auf militärische Mittel und Wege beschränkt bleibt, sondern in direkter Weise auch andere Politikbereiche, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, betrifft.“²²⁶ Entwicklungspolitik wird somit zum integralen Bestandteil eines Gesamtpaketes, was selbst in Teilen der Entwicklungscommunity positiv bewertet wird. So schreiben bspw. Dirk Messner und Jörg Faust vom *Deutschen Institut für Entwicklungspolitik*: „Vor diesem Hintergrund fordert das europäische [ESS-]Konzept zu Recht eine engere Verzahnung der unterschiedlichen Instrumente sowie deren Ausrichtung auf das Zielsystem der Sicherheitspolitik. Der Entwicklungspolitik kommt in diesem Kontext eine große Bedeutung zu. Die Entwicklungspolitik muss nun ihren Erfahrungsschatz pro-aktiv in die Gestaltung der europäischen Außenbeziehungen einbringen und sollte zu diesem Zweck eine Strategie zur Flankierung des ‚Solana-Konzeptes‘ formulieren.“²²⁷

Diese Position schlug sich schließlich in der Neufassung des „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ aus dem Jahr 2006 nieder, der folgendes Hauptproblem identifiziert: „Unsicherheit und gewaltsame Konflikte gehören zu den größten Hindernissen für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele [zur Bekämpfung der Armut].“²²⁸ Hierauf aufbauend leitet der Konsens die Notwendigkeit einer engen Abstimmung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik für die Stabilisierung gescheiterter Staaten ab. Das Dokument ist ein gutes Beispiel für das Ausmaß der entwicklungspolitischen Versicherheitlichung: „Der Themenkomplex Entwicklung, Sicherheit und fragile Staaten hat sich von einem Randthema, das in der Stellungnahme zur Entwicklungspolitik von 2000 praktisch nicht vorkommt, im Konsens 2005 zu einem zentralen Anliegen entwickelt.“²²⁹

Derart vor den sicherheitspolitischen Karren gespannt, wurde mit der offiziellen Degradierung der Entwicklungshilfe im EU-Rahmen schon länger begonnen. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die auf dem EU-Gipfel in Nizza im Jahr 2000 beschlossene und zwei Jahre später erfolgte faktische Abschaffung des Rats der Entwicklungshilfeminister, der in den Rat für Allgemeine Angelegenheiten integriert bzw. von ihm absorbiert wurde. Dieses Signal war eindeutig: „Die Entwicklungspolitik ist zu einem Nebenschauplatz der Außenpolitik herabgestuft worden. Sie dient nunmehr als Instrument der außenpolitischen Diplomatie.“²³⁰

4.6.2 Öffnung der ODA-Kriterien: Stabilität statt Armutsbekämpfung

Mit der UN-Resolution 2626 vom 24. Oktober 1970 verpflichteten sich die reichen Industrieländer explizit darauf, mindestens 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Zwar wird diese Marke bis heute von den meisten Ländern bei weitem nicht erreicht²³¹, gerade deshalb ist es aber eine entscheidende Frage, welche Ausgaben als Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) verrechnet werden können. Die Relevanz der ODA-Zahlen ist beträchtlich, geben sie doch Aufschluss darüber, inwieweit die Geberländer ihrer - ohnehin schon sehr bescheidenen - Zusage aus Res. 2626 (1970) nachkommen.

Um die Höhe der Öffentlichen Entwicklungshilfe zu bestimmen, richtete die OECD bereits im Jahr 1969 ein einheitliches Erfassungssystem ein. Seither legt der OECD-Entwicklungshilfeausschuss (OECD-DAC), dem die 22 wichtigsten Geberländer plus die Europäische Kommission angehören, nach dem Einstimmigkeitsprinzip verbindliche Kriterien fest, was als ODA bezeichnet und abgerechnet werden kann: „Als ODA werden Leistungen der öffentlichen Hand angerechnet, die erstens an Länder vergeben werden, die von der OECD als Entwicklungsländer eingestuft werden, zweitens das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verfolgen und drittens ein Zuschusselement von mindestens 25 % beinhalten.“²³² Nachdem militärische Aspekte jahrzehntelang kategorisch ausgeschlossen wurden und Entwicklungshilfe sich - zumindest formell - auf Armutsbekämpfung im engeren Sinne konzentrieren musste, liegt es auf der Hand, dass jede Öffnung der ODA-Kriterien zugunsten sicherheits- bzw. militärrelevanter Ausgaben die Rüstungsetats entlastet, eine Erhöhung der Entwicklungshilfe lediglich vorgaukelt und so gleichzeitig die miserable Bilanz der Geberländer schön.

Der große Dambruch erfolgte in den Jahren 2004 und 2005 auf den alljährlichen Treffen des zuständigen OECD-Entwicklungshilfeausschusses (DAC High Level Meeting). Dort beschlossen die jeweiligen Fachminister, die ODA-Kriterien in zwei Schritten um verschiedene sicherheitsrelevante Aspekte zu erweitern. Seither sind vor allem Teile der Kosten für so genannte Sicherheitssektorreformen, also den Aufbau der Armee und Polizei „befreundeter“ Länder, als ODA-anrechenbar.²³³ Zwar sind - bislang noch - die Kosten für militärische Aspekte friedenserhaltender oder friedenserzwingender Einsätze ebenso wenig ODA-anrechenbar wie die Lieferung von Militärgütern, dennoch eröffnete bereits diese Veränderung der ODA-Kriterien die Möglichkeit, allerlei sicherheitsrelevante Ausgaben per Entwicklungshilfe querzufinanzieren. Die „African Peace Facility“ (APF) ist hierfür nur ein Beispiel unter vielen.²³⁴

4.6.3 Fallbeispiel African Peace Facility

Ende 2003 verständigte sich der EU-AKP-Ministerrat auf die Einrichtung einer aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), zu dessen Budget Deutschland 25 Prozent beiträgt, finanzierten „Afrikanischen Friedensfazilität“ (African Peace Facility, APF), die im April des folgenden Jahres ihre Arbeit aufnahm.²³⁵ Ihr Zweck be-

steht hauptsächlich in der logistischen und finanziellen Unterstützung von „Friedenseinsätzen“ der Afrikanischen Union (AU, gegr. 1993).²³⁶ Dieses Konstrukt bietet den „Vorteil“, geltende rechtliche Bestimmungen umgehen zu können: „Nach den Verträgen über die Europäische Union dürfen Militäreinsätze nicht mit Gemeinschaftsmitteln bezahlt werden. Der EEF ist nicht Teil des EU-Haushalts, sondern wird von den Mitgliedstaaten direkt finanziert und unterliegt anderen Regeln.“²³⁷ Obwohl „Friedenseinsätze“ im Augenblick – eigentlich – nicht als ODA abergerechnet werden können, scheinen dies alle Einzahler für ihre Beiträge an der Friedensfazilität dennoch zu tun.²³⁸ Von der deutschen Bundesregierung wurde dies in jedem Fall im Februar 2010 offiziell bestätigt.²³⁹

Insgesamt wurden bis November 2011 über die African Peace Facility 755 Mio. Euro verausgabt. 100 Mio. davon flossen in den Aufbau der „African Standby Force“ (ASF), der afrikanischen Eingreiftruppe. Finanziert wurden dabei u.a. die fünf ASF-Ausbildungszentren, worüber die Europäische Union in der Lage ist, erheblichen Einfluss auszuüben: „De facto wird die Ausbildung und Aufstellung der ASF von europäischen Staaten über die Finanzierung dieser Zentren und der Entsendung europäischer Militärs in entscheidenden Posten innerhalb der Ausbildungszentren kontrolliert.“²⁴⁰ Das Gros – bislang 600 Mio. Euro – wurde jedoch zur Finanzierung von AU-Einsätzen verwendet. Mit diesem Geld wurden die bereits abgeschlossenen Einsätze im Sudan (AMIS) und auf den Komoren (AMISEC) erheblich mitfinanziert. Im Falle von AMIS deckten die APF-Gelder von 305 Mio. Euro 2/3 der Gesamtkosten. Außerdem werden über die Peace Facility die AU-Missionen in der Zentralafrikanischen Republik (MICOPAX) sowie in Somalia (AMISOM) unterstützt.²⁴¹

Eigentlich war die Friedensfazilität einmal als einmalige Ausnahme gedacht und angekündigt. Nun scheinen die Gelder aber verstetigt und aufgestockt zu werden. Im Mai 2011 beschloss der Europäische Rat weitere 300 Mio. Euro für den Zeitraum von 2011 bis 2013 zu bewilligen und erinnerte gleichzeitig ohne rot zu werden daran, „dass die Finanzierung aus dem Europäischen Entwicklungsfonds als Übergangsmaßnahme bereitgestellt wird.“²⁴²

Obwohl eine direkte Finanzierung von Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung und Ausbildung nicht erlaubt ist, wären AU-Einsätze ohne die Peace Facility nicht finanzierbar, wodurch die Afrikanische Union in extreme Abhängigkeit von der Europäischen Union gerät.²⁴³ Hierbei handelt es sich um eine besonders geschmacklose Interpretation von „African Ownership“ bzw. von dem Slogan von „afrikanischen Lösungen für afrikanische Probleme“. Im Kern geht es hier darum, Hilfstruppen aufzubauen und eng an sich zu binden, damit diese die eigene Agenda stellvertretend durchsetzen können. Die afrikanische Eigenständigkeit kennt jedoch enge Grenzen, denn gleichzeitig behält sich die Europäische Union das „Recht“ vor, jederzeit auch selbst in regionale Konflikte intervenieren zu „dürfen“, sollte sie dies für erforderlich halten: „Zur Stärkung der Fähigkeiten Afrikas zur Durchführung friedensunterstützender Operationen wird die Europäische Union auf lange Sicht die Verbesserung der Fähigkeiten Afrikas zur Durchführung friedensunterstützender Operationen auf regionaler, subregionaler und bilateraler Ebene sowie seiner Fähigkeiten, einen Betrag zur regionalen Integration, zum

Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung zu leisten, unterstützen. Ungeachtet dieser verbesserten Fähigkeiten werden die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten weiterhin – einzelfallbezogen – in Erwägung ziehen, ihre eigenen operativen Mittel zur Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung in Afrika im Einklang mit den Grundsätzen der UN-Charta und in enger Zusammenarbeit mit UN-Maßnahmen in der Region einzusetzen.“²⁴⁴

Dennoch ist die Finanzierung von Hilfstruppen überaus attraktiv, sie ist politisch einfacher durchzusetzen und deutlich kostengünstiger als eigene Soldaten zu entsenden. Aus diesem Grund wird derzeit darüber nachgedacht, den bisherigen Umfang und geografischen Anwendungsbereich durch die Schaffung eines eigenen Instruments zur Finanzierung von „Friedenseinsätzen“ auszuweiten. Diese Forderung wird u.a. ausgerechnet vom *Deutschen Institut für Entwicklungspolitik* erhoben: „Für die EU ist es zwar billiger, von Afrika geführte und besetzte Missionen zu bezahlen, als europäisches Personal in afrikanische Krisengebiete zu entsenden. Aber die Möglichkeiten vorhandener EU-Finanzinstrumente, um die Kosten der AU zu decken, sind begrenzt. [...] Ein gesonderter EU-Friedens- und Sicherheitsfonds könnte die Solidarität zwischen Mitgliedstaaten von EU und AU stärken, die Berechenbarkeit von Mitteln für afrikanische PSO [Friedenseinsätze] steigern und vielleicht ein breiteres Spektrum von friedensfördernden Aktivitäten finanzieren, als Gemeinschaftsmittel oder der EEF es können. Er ließe sich auch in anderen Regionen der Welt zur Unterstützung von Missionen mit UN-Mandat nutzen.“²⁴⁵

4.6.4 Krieg als Entwicklungshilfe?

Da dies bislang noch ausgeklammert war, wurde im Vorfeld des DAC High Level Meetings im Jahr 2004 Druck ausgeübt, auch die direkte Finanzierung von „Friedenseinsätzen“ (Peace Support Operations, PSOs) der UN in die ODA-Kriterien aufzunehmen. So forderte eine G8-Erklärung im Jahr 2003, „einen Konsens im OECD-Entwicklungshilfeausschuss herzustellen, Entwicklungshilfe für PSO-bezogene Aktivitäten freizusetzen.“²⁴⁶ Da hierüber kein Konsens erzielt werden konnte, wurde das Thema zunächst bis zum High Level Meeting Anfang 2007 vertagt. Zwar stand dort die ODA-Anrechenbarkeit von PSOs dann auch auf der Tagesordnung, die Gegner einer Ausweitung konnten sich jedoch erneut gegen die Befürworter, Kanada, Schweden und die Vereinigten Staaten – Finnland und Deutschland standen einer Ausweitung ebenfalls wohlwollend gegenüber –, durchsetzen.²⁴⁷ Dennoch wurde eine weitere Evaluierung der Thematik beschlossen und die Option offen gehalten, diesen Aspekt im Jahr 2008 erneut auf die Agenda zu setzen.²⁴⁸

Hierauf preschte Österreich vor, indem es im Jahr 2008 ankündigte, seine Kosten für den EU-Militäreinsatz im Tschad als ODA abrechnen zu wollen. Offiziell verfolgte der Einsatz das Ziel, Flüchtlingslager militärisch zu schützen, eine Maßnahme, die den ODA-Kriterien zufolge eigentlich nicht anrechenbar sein dürfte.²⁴⁹ Inoffiziell ging es auch hier um die Durchsetzung von europäischen (in diesem Fall besonders französischen) Interessen, was noch weniger etwas mit Armutsbekämpfung gemein hat.²⁵⁰ Begründet wurde der Antrag von Hans Winkler, dem damaligen Staatssekretär im österreichischen Bundesministerium

für europäische und internationale Angelegenheiten, mit folgenden Worten: „Nachhaltige Entwicklung kann ohne Sicherheit und Stabilität nicht erfolgen.“²⁵¹ Genau in diesem Zusammenhang sei, so Winkler weiter, der Tschad-Einsatz zu sehen: „Bei diesem Fall steht der humanitäre Einsatz im Vordergrund und daher ist dieser Einsatz zu einem großen Prozentsatz anrechenbar.“²⁵² In jedem Fall - egal, ob man der EU nun altruistische oder egoistische Motive unterstellt - sollten die Kosten für derlei Einsätze nicht über Töpfe gedeckt werden, die eigentlich für Maßnahmen zur direkten Armutsreduzierung gedacht sind. So kritisiert Christoph Petrik-Schweifer, Chef der Auslandshilfe von *Caritas Österreich*: „Wenn ein Militäreinsatz in die Entwicklungshilfe eingerechnet wird, wird das Geld an anderer Stelle, etwa bei der Nahrungsmittelhilfe, fehlen.“²⁵³ Dennoch berichtete der *Standard* Mitte August 2008, Österreich sei von der OECD die ODA-Anrechenbarkeit des Einsatzes zugesichert worden²⁵⁴, was schließlich dann auch so geschah.²⁵⁵

Trotzdem ist eine Anrechnung sämtlicher Kosten für Militäreinsätze bis heute erfreulicherweise noch nicht generell möglich. Gefordert wird sie aber ein ums andere Mal und es steht zu befürchten, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis auch hier die letzten Dämme brechen. So forderte Ben Knapen, in dessen Verantwortungsbereich als Staatssekretär im niederländischen Außenministerium unter anderem die Entwicklungspolitik seines Landes fällt, die OECD Anfang 2011 dazu auf, „militärische Ausgaben zur Förderung von Frieden und Sicherheit in Entwicklungsländern als Entwicklungshilfe zu zählen.“²⁵⁶ Auch Deutschlands ohnehin extrem militärnaher Entwicklungsminister Dirk Niebel scheint hier mit im Boot zu sein. Unmittelbar nach einem Treffen mit Knapen äußerte er sich folgendermaßen: „Wir sind uns auch einig, dass wir bei der Überarbeitung der Kriterien des OECD-Entwicklungsausschusses für die Anrechenbarkeit als offizielle staatliche Entwicklungsleistungen (ODA) an einem Strang ziehen werden.“²⁵⁷

Sollte sich diese Forderung durchsetzen, Einsätze unter Führung der UN ODA-anrechenbar zu machen, würde hiermit Schätzungen zufolge eine Erhöhung der Öffentlichen Entwicklungshilfe um 8-12 Prozent einhergehen, ohne dass die Geberländer einen Cent mehr in die Armutsbekämpfung investieren müssten. Gegenwärtig am teuersten sind jedoch Einsätze, die nicht von den Vereinten Nationen geführt werden (Afghanistan, Kosovo, etc.). Sollte sich die Forderung durchsetzen, selbst solche Einsätze als ODA zu deklarieren, würden die ODA-Zahlen rapide ansteigen. Allein für Deutschland würde dies eine „Erhöhung“ um deutlich über 25 Prozent bedeuten.²⁵⁸ Die Logik hinter dem Ganzen ist ebenso naheliegend wie empörend. Sie wurde etwa vom deutschen CDU-Haushaltspolitikers Ole Schröder folgendermaßen bündig zusammengefasst: „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe.“ Durch eine Finanzierung solcher „humanitärer Missionen“ aus dem Entwicklungshilfe-Etat könne der Rüstungshaushalt „in Millionenhöhe entlastet“ werden.²⁵⁹

4.6.5 Militarisierung der Katastrophenhilfe

Bereits im Jahr 2006 fertigte Michel Barnier, heute EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen,

im Auftrag der österreichischen EU-Präsidentschaft einen Bericht an, in dem er die Gründung einer europaweiten Katastrophenschutztruppe (europe aid) vorschlug. Kernidee war es dabei, dass eine systematische Integration militärischer Mittel es ermöglichen sollte, im Notfall der humanitären Hilfe buchstäblich den Weg freizuschließen: „In den Krisenszenarien und Protokollen ist auch die Ergänzung durch militärische Hilfsmittel systematisch zu prüfen, um ein Höchstmaß an Integration zu gewährleisten und die Kosten für ihre Mobilisierung in Notfällen zu begrenzen.“²⁶⁰

Worauf diese Militarisierung der Katastrophenhilfe, die eigentlich auf strikte Neutralität verpflichtet ist, hinausläuft, zeigte sich während des Zyklons „Nargis“ im Mai 2008. Nachdem das Militärregime in Myanmar (Birma) sich weigerte, humanitäre Helfer zur Versorgung der zahlreichen Opfer des Zyklons ins Land zu lassen, wurde argumentiert, „man“ – also der Westen – sei nun befugt, mit Gewalt Gutes zu tun. Schon lange war der Westen aus geostrategischen Gründen an einem Regime Change interessiert – und aus genau dem Grund wollte das Regime keine westlichen Akteure ins Land lassen. Nun wollte man die Gelegenheit beim Schopfe packen.

Als Einfallstor diente schon damals die so genannte „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect, R2P), jenes Konstrukt, mit dem zuletzt die Militärinterventionen in Libyen und der Elfenbeinküste legitimiert wurden und das gegenwärtig maßgeblich zur Aushöhlung des völkerrechtlichen Gewalt- und Interventionsverbotes beiträgt.²⁶¹ Schon damals sprachen sich zahlreiche Politiker unter Verweis auf die Schutzverantwortung für einen bewaffneten Eingriff in Myanmar aus, so etwa der damalige französische Außenminister Bernard Kouchner.²⁶² Der deutsche CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz äußerte sich seinerzeit folgendermaßen: „Ich glaube, wenn sich jetzt nicht schnell konkret etwas ändert in Birma selbst, dass die Helfer ins Land dürfen, dass man die Katastrophenhilfe annimmt, die praktisch an den Grenzen Birmas wartet, dann kommen wir in eine Situation, wo die Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung, also diese sogenannte Rechtsfigur ‚Responsibility to Protect‘ wirken würde - und sie ist zwar zunächst abhängig von einem Handeln des Sicherheitsrates -, aber ich darf daran erinnern: sie ist entwickelt worden nach der Intervention im Kosovo, und damals hat bekanntlich der Sicherheitsrat auch versagt. [...] Wenn der Sicherheitsrat in einer solchen schwerwiegenden Situation sich nicht in der Lage sieht zu handeln, weil Länder ihn blockieren, die ein Vetorecht haben, dann ist die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, nicht einfach tatenlos zuzusehen.“²⁶³

Schlussendlich scheiterte die Stimmungsmache für einen bewaffneten Eingriff, doch die Richtung war vorgegeben und der Diskurs hatte sich maßgeblich verschoben. Inzwischen wird etwa in zahlreichen Berichten der Europäischen Kommission und des Parlaments die Errichtung einer zivil-militärischen Katastrophenschutztruppe gefordert. So etwa im „Bericht über die Implementierung der Europäischen Sicherheitsstrategie und der ESVP“ vom 2. März 2010, der den Europäischen Rat aufforderte, eine solche Truppe für den Einsatz im In- und Ausland auf Basis des Barnier-Reports aufzustellen.²⁶⁴

Auf traurige Weise konsequent waren deshalb auch Überlegungen, die Anfang 2011 angestellt wurden: „Es sind Diskussionen im Gange, die EU-Budgets für humanitäre Hilfe und für Krisenmanagement nach dem Jahr 2013 miteinander zu fusionieren. [...] ‚Die Idee [beide Etats zu verschmelzen] ist auf dem Tisch und wird von einigen Leuten in Betracht gezogen‘, sagte ein Mitarbeiter der EU-Kommission, der im Bereich der humanitären Hilfe arbeitet, unter der Bedingung, dass sein Name nicht genannt wird.“²⁶⁵ Dass dieser „Plan“ innerhalb des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes ausgeheckt wurde, kommt nicht von ungefähr, denn in ihm sind inzwischen zivile und militärische Außenpolitikinstrumente bis zur Unkenntlichkeit institutionell miteinander verzahnt worden.

4.7 EAD: Institutionalisierte Militarisierung ziviler Haushalte und Kapazitäten

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon (EUV) als neue Rechtsgrundlage der Europäischen Union in Kraft. Er schuf den Posten der Hohen Vertreterin (HV) für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GSVP), der kurz darauf mit der Britin Catherine Ashton besetzt wurde. Zur Unterstützung ihrer Tätigkeit sieht der Vertrag die Schaffung einer neuen Superbehörde vor, die genau ein Jahr darauf offiziell ihre Arbeit aufnahm und deren Tragweite von Jean Ziegler folgendermaßen beschrieben wird: „Vom 1. Dezember an wird die EU – gemäß Vertrag von Lissabon – einen eigenen Sicherheitsapparat und eine eigene Diplomatie erhalten. Um die nationalen Öffentlichkeiten nicht aufzuscheuchen, setzt Catherine Ashton, die neue Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die wohl größte Reform der EU seit Einführung der gemeinsamen Währung um. Und das in absoluter Diskretion. Der offizielle Name dieses Apparats heißt: Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD).“²⁶⁶

Bereits im März 2010 legte die Hohe Vertreterin einen konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung und Arbeitsweise des EAD vor. Daraufhin setzte ein heftiges Kompetenzgerangel zwischen nationalstaatlicher und europäischer Ebene sowie zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten um Einfluss im neuen Auswärtigen Dienst ein. Die wesentlichen Differenzen wurden am 21. Juni 2010 bei einem Treffen der verschiedenen EU-Institutionen beseitigt und am 8. Juli 2010 stimmte das Europäische Parlament schließlich der Vorlage des Rates zu. Zwar dauerte es danach nochmals mehrere Monate, bis die letzten strittigen Fragen geklärt werden konnten, aber ungeachtet der teils scharfen Auseinandersetzungen im Verhandlungsprozess stand der Aufbau des neuen Dienstes nie ernsthaft in Frage, denn die Union verspricht sich von ihm einen erheblichen machtpolitischen Mehrwert. Man benötige eine „Außenpolitik aus einem Guss“, so der CDU-Europaparlamentarier Elmar Brok, der eine wesentliche Rolle in den Verhandlungen um die Ausgestaltung des Auswärtigen Dienstes gespielt hat. Mit dem EAD könne sich die Europäische Union „von einem Global Payer endlich auch zu einem Global Player entwickeln.“²⁶⁷

Im EAD wird zusammengeworfen, was nicht zusammengehört: Verglichen mit der in Deutschland gängigen Ressortaufteilung vereinigen sich in ihm die Kompetenzen des Verteidigungs-, Außen- und großer Teile des Entwicklungsministeriums. Im Ergebnis werden hierdurch künftig

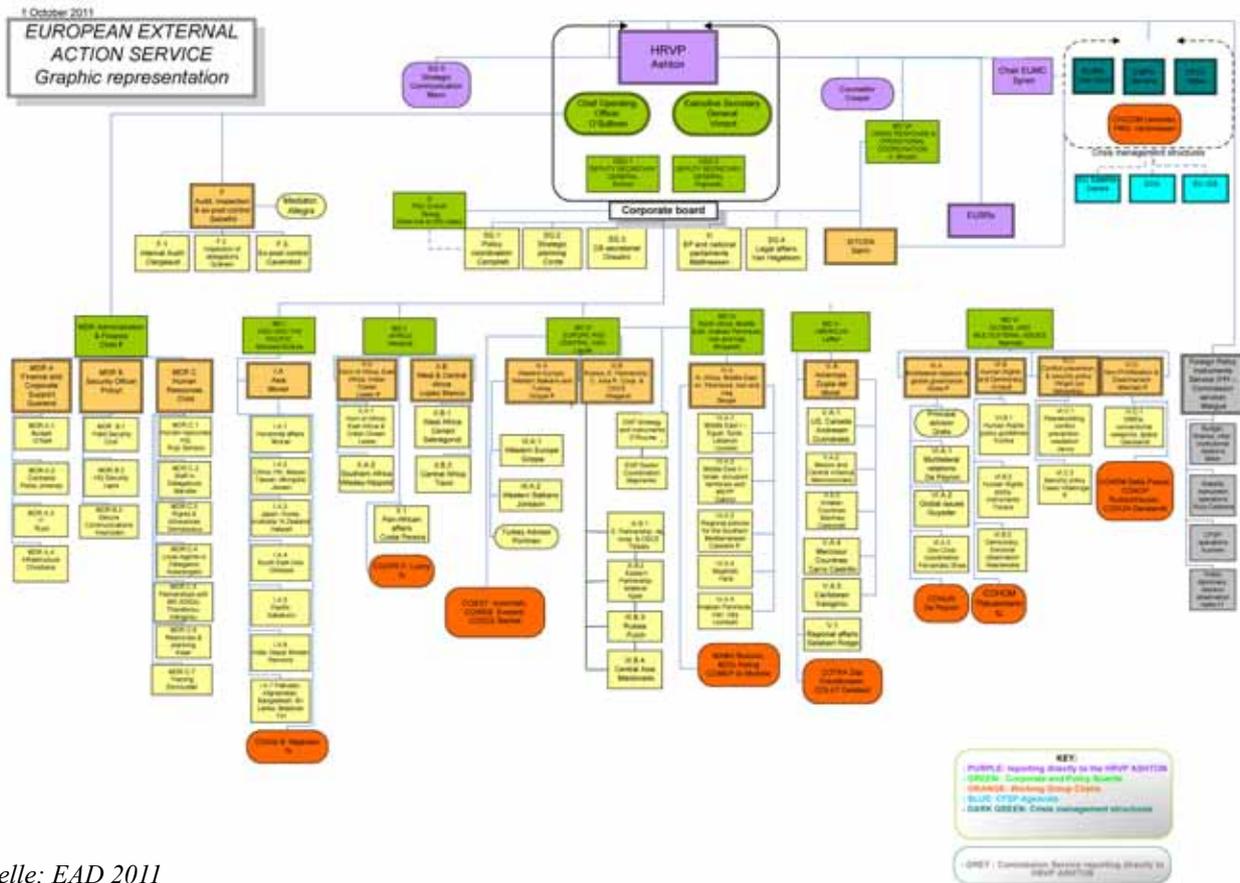
zivile Außenpolitikinstrumente systematisch vor den Karren einer militärisch gestützten Interessensdurchsetzung gespannt.

4.7.1 Maximierung der Machtprojektion

Vier wesentliche Überlegungen stecken hinter der Etablierung des Auswärtigen Dienstes: *Erstens* ist man sich innerhalb der EU-Strategiezykel darüber einig, dass die Europäische Union ihren mehr oder weniger offen deklarierten Anspruch, als ernstzunehmender Akteur im Konzert der Großmächte mitspielen zu wollen, nur mit einem offensiveren außen- und sicherheitspolitischen Auftreten wird erreichen können. *Zweitens* wird einhellig von einem wachsenden „Bedarf“ für europäische „Stabilisierungseinsätze“ zur Kontrolle von Krisenregionen ausgegangen. *Drittens* sollen bei der Durchsetzung europäischer Interessen sämtliche zur Verfügung stehenden Kapazitäten, seien sie ziviler oder militärischer Natur, buchstäblich ins Feld geführt werden, wie Angela Merkel bereits vor einigen Jahren auf der Münchner Sicherheitskonferenz gefordert hatte: „Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“²⁶⁸ Schließlich geht es *viertens* darum, diese zivilen und militärischen Kapazitäten zu bündeln und systematisch miteinander zu verknüpfen, damit sie „kohärent“ im Dienste europäischer Interessen eingesetzt werden können.

Bislang konnte von einem solchen „integrierten Ansatz“ auf EU-Ebene keine Rede sein, was sich mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst aber ändern soll. Gerade die Eifersüchteleien zwischen der Kommission, bei der große Teile der „zivilen“ Außenpolitik angesiedelt waren, und dem Rat, der v.a. für zivile und militärische Einsätze zuständig war, hatten sich als extrem hinderlich erwiesen. Aus diesem Grund wurde diese Trennung mit dem Posten der Hohen Vertreterin vom Vertrag von Lissabon nun weitgehend aufgelöst. Ferner legt der Vertrag in Artikel 27(3) fest, dass die Hohe Vertreterin bei ihrer Arbeit von einer neu zu schaffenden Behörde unterstützt werden soll: „Bei der Erfüllung seines Auftrags stützt sich der Hohe Vertreter auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst.“

Über Funktion und Tragweite des Auswärtigen Dienstes lässt Catherine Ashton keinerlei Zweifel aufkommen. So erklärte sie etwa bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2010: „Zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie müssen wir sämtliche Einflusshebel mobilisieren – politische, ökonomische, plus zivile und militärische Krisenmanagementwerkzeuge. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist entscheidend, um exakt die Art vereinigten Denkens und Handelns zu fördern, die wir benötigen. Hierbei handelt es sich nicht um eine bürokratische Übung, sondern um eine sich nur einmal jede Generation bietende Gelegenheit, etwas Neues zu schaffen. Ich hoffe, sie haben nun mein Anliegen verstanden. Die Tage, in denen die europäische Außenpolitik als Gewäsch ohne Handlungen abgetan werden konnte, sind nun vorüber.“²⁶⁹ Auch die EU-Staats- und Regierungschefs unterstrichen auf ihrer Tagung im September 2010 bezüglich des EAD: „Der Europäische Rat [fordert] einen stärker integrierten Ansatz, der sicherstellt,



Quelle: EAD 2011

dass alle einschlägigen Instrumente und Politiken der EU und der Mitgliedstaaten vollständig und auf kohärente Weise [...] im Dienste der strategischen Interessen der Europäischen Union eingesetzt werden.²⁷⁰

4.7.2 Militärisch-Auswärtiger Dienst

Das Problem des EAD fängt angesichts seiner Militärlastigkeit bereits mit der Namensgebung an: Nahezu sämtliche militärischen und zivil-militärischen EU-Strukturen wurden inzwischen in den EAD überführt: „Entscheidend ist die Tatsache, dass die gesamten Krisenmanagementstrukturen der GSVP inklusive dem EUMC [Militärkomitee], dem Militärstab (EUMS) und dem Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements (CIVCOM), die zuvor im Rat angesiedelt waren, sowie ein Großteil der Generaldirektion ‚Auswärtige Beziehungen‘ (DG Relex) der Kommission in den EAD integriert wurden.“²⁷¹ Das Militär wird demzufolge im EAD eine gewichtige Rolle spielen, insofern müsste er ehrlicherweise als „Militärisch-Auswärtiger Dienst“ bezeichnet werden, alles andere ist ein gigantischer Etikettenschwindel.

Erste negative Folgen zeichnen sich bereits für die Zivile Konfliktbearbeitung bzw. das Zivile Krisenmanagement ab, die ursprünglich einmal als Alternative und nicht als Ergänzung militärischer Einsätze gedacht waren. Auch wenn die „zivilen“ EU-Einsätze bereits heute im Wesentlichen auf die Rolle als bloße Erfüllungsgehilfen zur optimierten Durchsetzung militärisch-strategischer Interessen reduziert worden sind, dürfte sich dieser Trend mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst noch weiter verschärfen. Denn die bisher im Rat der Europäischen Union an-

gesiedelten Generaldirektionen (DG) E VIII (militärisch-strategische Einsatzplanung) und E IX (zivil-strategische Einsatzplanung) wurden nun in den EAD transferiert. Gleichzeitig wurden DG VIII und IX im neuen *Crisis Management Planning Directorate* (CMPD) zusammengefasst. Alle Einsätze werden also künftig „aus einer Hand“ geplant werden. Das bedeutet: Eine unabhängige und vollständig vom Militärischen getrennte zivile Einsatzplanung wird es damit in Zukunft auf EU-Ebene nicht mehr geben.

Vor diesem Hintergrund konstatierte Fregattenkapitän Volker Brasen in einer führenden deutschen Militärzeitschrift zufrieden, endlich gebe es nun eine „Zivil-Militärische Planung aus einer Hand. [...] Die Etablierung des CMPD war ein erster notwendiger und wichtiger Meilenstein für die Verbesserung von Strukturen und Abläufen beim zivil-militärischen Krisenmanagement. Es ist ein weiterer folgerichtiger Schritt zur Umsetzung der vernetzten Sicherheitspolitik, durch die Zusammenfassung von zivilen und militärischen Planern wird der umfassende Krisenmanagementansatz der EU weiter institutionell gefestigt.“²⁷² Andere legen angesichts dieser Entwicklung glücklicherweise weniger Begeisterung an den Tag. So warnte Alain Délotroz von der *International Crisis Group* vor dem „stark militärischen Geschmack“, den das Krisenmanagement auf EU-Ebene mit dem EAD erhalte: „Jetzt schauen wir in eine Zukunft, in der Militärexperten die Planung ziviler Missionen übernehmen.“ Die Tragweite der nun auf den Weg gebrachten Verschmelzung im EAD wird von Délotroz mit folgenden Worten untermauert: „Die Strukturen, die heute geschaffen werden, werden sich über Jahrzehnte nachhaltig auf die Art und Weise, wie die EU-Projekte in der Welt wahrgenommen werden, auswir-

ken. Die Kapazität der Union zur Konfliktverhütung und zur Friedenssicherung hat gerade einen herben Schlag erlitten.⁴²⁷³

Ganz ähnlich äußert sich Josephine Liebl vom *European Peacebuilding Liaison Office* (EPLO), einem Netzwerk aus Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der Friedensförderung aktiv sind. Sie kritisierte im März 2011 in einem Papier für den Bundestags-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ die neue Institution mit folgenden Worten: „Das Crisis Management Planning Directorate (CMPD) [wurde] eingerichtet, um ziviles und militärisches Krisenmanagement auf strategischer Planungsebene zu integrieren. EPLO hat diese institutionelle Integration mitverfolgt und musste erleben, wie es in Folge zu einer Absorbierung von zivilen Kapazitäten in die militärische Struktur kam. Dies hatte zum Ergebnis, dass ziviles Krisenmanagement nicht mehr durch ziviles, sondern militärisches Personal geplant wurde, was zu einer Militarisierung des zivilen Krisenmanagements [...] führte.“⁴²⁷⁴ Selbst die der Bundesregierung zurarbeitende *Stiftung Wissenschaft und Politik* merkte bezüglich des CMPD an: „Damit läuft die EU Gefahr, dass in Zukunft militärische Gesichtspunkte in der strategischen Planung überwiegen.“⁴²⁷⁵

4.7.3 Entwicklungshilfe: Vor den Militärkarren gespannt

Vor dem Hintergrund des ohnehin schon bedenklichen Trends zur Instrumentalisierung von Entwicklungshilfe bereitet besonders auch die Tatsache, dass künftig der Europäische Auswärtige Dienst und nicht mehr allein die Kommission eine wesentliche Rolle bei der „Programmierung“ europäischer Hilfgelder spielen wird, vielen Nichtregierungsorganisationen erhebliches Kopfzerbrechen.²⁷⁶ Die Befürchtung ist, dass wenn nun außen- und mehr noch militärpolitische Akteure bei der Vergabe künftiger Entwicklungshilfegelder ein wichtiges Wort mitzureden haben, diese Mittel künftig zunehmend nach interessenspolitischen Gesichtspunkten umprogrammiert werden. So heißt es etwa in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Entwicklungsorganisationen CIDSE (Frankreich) und CAFOD (Großbritannien): „[Im EAD] verwischt die Unterscheidung zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, was zu einer Unterordnung von Entwicklung und Armutsbekämpfung unter sicherheits- und außenpolitische Prioritäten führen wird.“ Zwar verfügt der Entwicklungskommissar über gewisse Mitspracherechte; was allerdings passieren dürfte, sollten außen- bzw. sicherheitspolitische Interessen mit den Zielen der Armutsbekämpfung kollidieren, ist absehbar, wie CIDSE und CAFOD weiter kritisieren: „Während der Vorschlag der Hohen Vertreterin für den Entwicklungskommissar eine überwachende Rolle bei der Gelderprogrammierung vorsieht, versäumt er es zu erwähnen, wie dies in der Praxis vonstatten gehen soll. Da die Entscheidungsfindungsprozesse nicht präzisiert sind, befürchten wir, dass im Falle von Uneinigkeit die Meinung der Hohen Vertreterin die des Entwicklungskommissars überstimmen wird.“⁴²⁷⁷

Hier wurden allerdings Nägel mit Köpfen gemacht, ohne dass vollkommen geklärt wäre, inwieweit die neue Superbehörde in dieser Form überhaupt rechtskonform ist. Dies gilt besonders für die Frage, ob sich der Kom-

petenzbereich des EAD auf GASP und Entwicklungszusammenarbeit erstrecken kann und darf, obwohl hiervon im Vertrag von Lissabon keine Rede ist. Während ein Rechtsgutachten zu dem Schluss kommt, der EAD sei im „Geiste wie im Wortlaut“ mit dem Vertrag von Lissabon vereinbar,²⁷⁸ äußert ein anderes Gutachten im Auftrag von CAFOD und CIDSE hieran erhebliche Zweifel: „Die Rolle des EAD ist gemäß dem Vertrag auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) beschränkt, die lediglich einen Teil des externen Handelns der EU darstellt. Entwicklungszusammenarbeit liegt außerhalb des Rahmens der GASP, weshalb der EAD keinerlei Befugnisse über sie besitzt.“⁴²⁷⁹ Auch ein zweites Gutachten im Auftrag von *Eurostep* kam zu demselben Ergebnis²⁸⁰, dennoch deutet gegenwärtig nichts darauf hin, dass diese schlüssige rechtliche Argumentation irgendwelche Konsequenzen nach sich ziehen wird.²⁸¹

4.7.4 Machtpolitik bar demokratischer Kontrolle

Ein weiteres Ziel ist es, mit dem EAD die Niederlassungen der Europäischen Union, die mit dem Vertrag von Lissabon quasi Botschaftscharakter erhalten haben, machtpolitisch gezielter einsetzen zu können. Künftig will man mit „einer diplomatischen Stimme“ sprechen, wofür nun alle 136 EU-Länderdelegationen (plus zwei weitere bei den Vereinten Nationen in New York und internationalen Organisationen in Genf) Schritt für Schritt in den EAD eingegliedert werden. Die jeweiligen Delegationsleiter (EU-Botschafter) unterstehen dabei direkt der Hohen Vertreterin, die ihnen gegenüber weisungsbefugt ist. Die EU-Vertreter dürfen nicht nur im Namen der EU sprechen, sie sollen auch die Positionen der einzelnen Botschaften der Mitgliedsländer koordinieren und vereinheitlichen: „Mit dem EAD und den weltweiten Delegationen der EU können wir hier auf hohem Niveau Außenpolitik betreiben“, so Elmar Brok. Eines der künftigen Spielfelder für Europas „Außenpolitik auf hohem Niveau“ wurde vom CDU-Mann konkret benannt: „Brok beobachte in den letzten Wochen und Monaten eine ‚Schlacht um die Zukunft der Ukraine‘ mit dramatischer Bedeutung für das politische Gewicht Europas. Bei der Frage, ob sich Kiew mehr nach Moskau oder nach Brüssel orientiere, spielten die europäischen Nationalstaaten bislang eine bescheidene Rolle. Dies sei zum Beispiel ein entscheidender Ansatzpunkt für den EAD.“⁴²⁸²

Besonders problematisch ist dabei die Frage der demokratischen Kontrolle des Dienstes, die schon bei den Verhandlungen über den EU-Verfassungsvertrag, in dem der EAD erstmals erwähnt wurde, eine untergeordnete Rolle spielte.²⁸³ Im nahezu unveränderten Vertrag von Lissabon wurde zum Prozedere seines Aufbaus in Artikel 27(3) EUV knapp festgehalten: „Die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes werden durch einen Beschluss des Rates festgelegt.“ Da sich die Begeisterung der Staats- und Regierungschefs, dem Parlament umfassende Rechte zuzubilligen, bekanntlich in engen Grenzen hält, sollte mit diesem Wortlaut sichergestellt werden, dass der künftige Auswärtige Dienst – und damit große Teile der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik – auch weiterhin der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen bleiben würden.

Schnell machte der Rat der Staats- und Regierungschefs klar, dass er beabsichtigte, dem Europäischen Parlament den Platz am Katzentisch des künftigen Dienstes zuzuweisen. Bereits im Oktober 2009 legte die damalige schwedische Ratspräsidentschaft ein Papier zur Funktionsweise und Kompetenzverteilung des Auswärtigen Dienstes vor. Darin hieß es, der EAD solle ein Gebilde „sui generis“ werden, unabhängig vom Rat und der Kommission, de facto aber den Staats- und Regierungschefs unterstellt und nahezu vollständig vom Parlament abgekoppelt. Was die Tätigkeit des EAD anbelangt, war lediglich vorgesehen, dass die Hohe Vertreterin „das Europäische Parlament regelmäßig über die wesentlichen Aspekte und Weichenstellungen der GASP/GSVP unterrichtet.“²⁸⁴ Im Wesentlichen wurden diese Passagen von Catherine Ashton in ihrem Vorschlag für einen Ratsbeschluss zum EAD übernommen, der erstmals Ende März 2010 präsentiert wurde.²⁸⁵ Demgegenüber beklagte das Europäische Parlament mehrfach die unzureichenden parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten: „Am 21. April [2010] veröffentlichten die Vorsitzenden der drei größten politischen Gruppierungen im Europäischen Parlament eine Mitteilung, in der sie davor warnen, den zukünftigen diplomatischen Dienst der Gewalt der EU-Mitgliedsstaaten zu überlassen.“²⁸⁶

Immer wieder forderten MdEPs deshalb, die neue Behörde eng bei der Kommission anzusiedeln. Den Grund hierfür erläuterte ein parlamentarisches Gutachten folgendermaßen: „Im Fall der Verankerung des EAD bei der Kommission stünde der EAD unter der Kontrolle des EP, weshalb das EP eine Eingliederung des EAD in die Kommission fordert. Damit würde es auch größere Mitspracherechte bei der Außenpolitik der EU erhalten.“²⁸⁷ Dies entsprach nun wiederum überhaupt nicht den Vorstellungen der Staats- und Regierungschefs, die diese und andere Forderungen mehr oder weniger ungehört ins Leere laufen lassen wollten. Folgerichtig sieht auch der Ratsbeschluss zur Aufstellung und Funktionsweise des EAD vom 26. Juli 2010 lediglich vor, das Europäische Parlament werde „im Einklang mit Artikel 36 EUV“ regelmäßig über die Tätigkeit des Dienstes „unterrichtet“.²⁸⁸

Auch wenn das Placet des Europäischen Parlaments für die Aufstellung des EAD gemäß Artikel 27(3) nicht erforderlich war, fand es dennoch eine Möglichkeit, seine Interessen geltend zu machen. Denn damit die neue Behörde ihre Arbeit aufnehmen konnte, war die Zustimmung des Parlaments zur Änderung der EU-Haushalts- und Personalbestimmungen erforderlich, was in der Folge als Hebel genutzt wurde, um vom Rat gewisse Zugeständnisse zu erhalten. Allerdings gelang dies nur in begrenztem Umfang. So konnte zwar verhindert werden, dass der EAD einen komplett eigenständigen Haushalt erhält, wodurch sich das Europäische Parlament eine gewisse Budgetkontrolle bewahren konnte. Was die administrativen Ausgaben anbelangt, besteht aber lediglich die Möglichkeit, das Budget komplett zu akzeptieren oder abzulehnen, Einzelposten sind damit kaum verhandel- bzw. änderbar. Ein negatives Votum würde zudem den Dienst komplett lahmlegen, weshalb dies wohl nur selten ernsthaft in Betracht gezogen werden dürfte.

Extrem umstritten war zudem die Ernennungsprozedur für die Leiter der EU-Delegationen. Ursprünglich wollte das Europäische Parlament die Möglichkeit erhalten,

künftige Botschafter vor der Ernennung anhören und auch ablehnen zu können. Zwar existiert nun ein Anhörungsrecht vor deren Amtsantritt, aber erst nach ihrer formalen Ernennung, die somit nicht zustimmungspflichtig ist. Nicht einmal in der Frage, ob diese Anhörungen öffentlich abzuhalten sind, konnte sich das EP durchsetzen, sie werden künftig im stillen Kämmerlein durchgeführt.²⁸⁹ Obwohl die Mitsprachemöglichkeiten des Parlaments hier extrem bescheiden ausfallen, fordert etwa die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, diese ohnehin kümmerlichen Kontrollbefugnisse dürften unter keinen Umständen die „Handlungsfähigkeit“ des EAD einschränken: „Diese Rechte dürften die bislang schwach ausgeprägte Legitimität der EU-Diplomatie gerade in intergouvernementalen Feldern stärken. In der Praxis aber wäre darauf zu achten, dass sie die außenpolitische Reaktionsfähigkeit der EU nicht beeinträchtigen.“²⁹⁰

Trotz dieser eher bescheidenen „Erfolge“ gab das Europäische Parlament am 20. Oktober 2010 endgültig grünes Licht, sodass der Europäische Auswärtige Dienst schließlich am 1. Dezember 2010 seine Arbeit aufnahm. Nach der Einigung über den EU-Haushalt 2011 belief sich das Budget für das erste Jahr auf etwa 460 Mio. Euro, wobei der Etat mittelfristig auf bis zu 3 Mrd. Euro steigen soll. Am 1. Januar 2011 wurden die ersten Mitarbeiter von ihren bisherigen Stellen in Kommission und Rat in den EAD überführt. Seither arbeiten dort etwa 3600 Beamte (ca. 1600 in der Brüsseler Zentrale, ca. 2000 in den EU-Botschaften). Hinzu kommen noch 4000 Personen, die für ziviles und/oder militärisches Krisenmanagement zuständig sind.

Noch ist es zu früh, genau sagen zu können, in welche Richtung sich das mühsam ausgehandelte Konstrukt entwickeln wird. Eine Möglichkeit ist, dass der EAD zu einem Instrument der Staats- und Regierungschefs wird, ebenso gut könnte sich der Dienst aber auch „freischwimmen“ und ein „Eigenleben“ entwickeln, wovor selbst Elmar Brok mehrfach gewarnt hatte.²⁹¹ Eines scheint aber sicher: Die Zukunft des EAD wird weitgehend unter Ausschluss des Europäischen Parlaments ausgestaltet werden: „Dass nicht wenige der Parlamentarier bei ihrem Votum Bauchschmerzen hatten, lag wohl vor allem daran, dass sie damit trotz kleiner Zugeständnisse durch die Regierungen praktisch ihre Kontrollrechte über die neue Megabehörde aufgegeben haben. Weniger störten sich die europäischen Volksvertreter am weitgehend offenen Mandat der Behörde und der Vermischung ziviler und militärischer Aspekte.“²⁹² Tatsächlich scheint aus Sicht der meisten EU-Abgeordneten der machtpolitische Mehrwert wichtiger gewesen zu sein, als vorhandene Bedenken, was die unzureichende demokratische Kontrolle des Dienstes anbelangt. Schließlich teilt man auf nationaler wie europäischer Ebene das Ziel, mit dem EAD künftig europäische Interessen effektiver durchsetzen zu können, wie Aussagen von Elmar Brok belegen: „Insgesamt müssen wir es schaffen, unsere außenpolitischen Instrumentarien miteinander so in Einklang zu bringen, dass die Summe die EU als Ganzes stärkt. [...] Doch bisher wurde dieses Potential aufgrund der bestehenden Inkohärenzen nicht gebündelt. Doch dies ist notwendig, wenn man auf außenpolitischer Bühne mitreden und europäische Interessen durchsetzen will.“²⁹³

5. Europas Militärisch-Industrieller Komplex

In trauter Einigkeit kritisieren Politik und Rüstungsindustrie die Zersplitterung des EU-Verteidigungssektors. Die Europäische Union verfüge über 89 verschiedene Waffenprogramme, an denen unzählige Firmen arbeiten würden, während es in den USA, trotz eines deutlich höheren Militärhaushaltes, lediglich 27 seien.²⁹⁴ Allein drei Kampfflugzeuge, sieben verschiedene Helikopter, vier Kampfpanzer und unzählige gepanzerte Fahrzeuge stünden beispielhaft dafür, wie unproduktiv der fragmentierte Sektor derzeit sei.²⁹⁵

Auch hier ergänzen sich industrielle und politische Interessen, ohne notwendigerweise identisch zu sein. Von politischer Seite wird argumentiert, die Bündelung von Rüstungsindustrie und Rüstungsmarkt werde zu erheblichen Effizienzsteigerungen und damit einem „effektiveren“ Militärapparat führen – eine angesichts der Datenlage eher fragwürdige Annahme (vgl. Kapitel 5.1). Gleichzeitig soll die Fähigkeit, sämtliche „notwendigen“ Rüstungsgüter produzieren zu können, innerhalb der EU gehalten werden, um nicht in Abhängigkeit von anderen Staaten zu gelangen. Um dies zu gewährleisten, wird allerdings eine kritische Größe für erforderlich gehalten, damit die EU-Konzerne sich „erfolgreich“ auf dem Weltmarkt – vor allem gegenüber der US-Konkurrenz – behaupten können. Dies liegt selbstredend auch im Interesse der Rüstungsindustrie: „Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit ‚auf Augenhöhe‘ setzt aber eine entsprechende eigene Größe voraus, will man sich nicht auf die Rolle eines Zulieferers von Komponenten beschränken.“²⁹⁶

Vor diesem Hintergrund fordert etwa eine Analyse von *Price Waterhouse Coopers*, es sei „nicht nur notwendig, die Nachfrageseite, sondern auch die Angebotsseite zu konsolidieren.“²⁹⁷ Nahezu wortgleich argumentierte der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana, die EU müsse „sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite konsolidieren.“²⁹⁸ Am Ende dieses Konsolidierungsprozesses sollen schließlich weniger EU-Rüstungsfirmen mit größeren Profitmargen (Angebotsseite) weniger Aufträge mit größerem Volumen bedienen (Nachfrageseite).

Auf nationaler Ebene, teils aber auch schon europaweit, sind die Konzentrationsprozesse in der Rüstungsindustrie bereits relativ weit fortgeschritten. Über zahlreiche Maßnahmen, insbesondere durch das so genannte Verteidigungspaket (Defence Package) soll dieser Prozess nun weiter forciert werden. Ziel ist es, auf EU-Ebene einen „freien“ und „fairen“ Rüstungsmarkt zu etablieren, indem „Wettbewerbsverzerrungen“ beseitigt werden. Dies wird jedoch dazu führen, dass sich nur die stärksten Konzerne am Markt behaupten können: Fusionen und Übernahmen und damit ein weiterer Konzentrationsprozess werden die Folge sein. Auch was die Nachfrageseite angeht, ist die Europäische Union sehr umtriebiger. Vor allem über die Gent-Initiative will man einem einheitlichen europaweiten Beschaffungsmarkt und damit größeren Auf-

tragsmargen ein wesentliches Stück näher kommen. Diesem Ziel dient auch eine weitere, besonders unappetitliche Maßnahme: Mit der Verbringungsrichtlinie, einem Teil des Verteidigungspaketes, will die Europäische Union eine regelrechte Rüstungsexportoffensive starten, um die eigenen Konzerne zu stärken.

Im Ergebnis werden all diese Prozesse zur Herausbildung eines mächtigen Militärisch-Industriellen Komplexes führen. Dies erfordert allerdings eine möglichst weit gehende Europäisierung der gesamten Rüstungs- und Militärpolitik, was bislang von den Mitgliedsländern, die diesen Bereich als Kernbestandteil ihrer Souveränität erachten, behindert wurde. Hier soll nun die Wirtschafts- und Finanzkrise als Hebel genutzt werden, um die Mitgliedsländer zur Abgabe von Kompetenzen an die EU-Ebene zu „überzeugen“. Somit droht, dass sich in der Europäischen Union ein ähnlich einflussreicher MIK herausbilden könnte wie in den USA, die von Wirtschaft und Politik auch als Vorbild benannt wird. So schreibt etwa Stefan Zoller, Chef der EADS-Rüstungstochter *Cassidian*: „Das Ziel einer wie auch immer konstruierten Konsolidierung der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie muss eine Dimensionierung im Blick haben, die zumindest tendenziell der des US-amerikanischen Marktes entspricht.“²⁹⁹

5.1 EU-MIK: Politische und industrielle Interessen

Auch wenn es derzeit ein munteres Raten mit Zahlen gibt, mal gibt Karl-Heinz Kamp von der NATO-Verteidigungsakademie in Rom an, lediglich 3 bis 5 Prozent der EU-Truppen könnten ins Ausland verlegt werden³⁰⁰; dann ist es die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, die von etwas unter 10 Prozent spricht³⁰¹; und schließlich gibt die EU-Verteidigungsagentur mit 26,6 Prozent eine ungleich größere Zahl an.³⁰² Egal welche Zahl genau stimmt, einig ist man sich zumindest in einem: Sie ist zu niedrig!

Aus Sicht der EU-Staaten stehen finanzieller Rüstungsaufwand und militärisch-machtpolitischer Ertrag derzeit in keinerlei akzeptablem Verhältnis: „Das Dilemma ist offensichtlich. Europa gibt viel Geld für Sicherheit und Rüstungsgüter aus, doch die Ergebnisse sind bisweilen mager. Auf dem Papier ist Europa eine sicherheitspolitische Supermacht: Fast zwei Millionen Soldaten bringen die europäischen Streitkräfte auf die Beine - 500.000 mehr als die USA. [...] Und doch führt dieser immense Aufwand nur zu einem bescheidenen Nutzen. Dreiviertel dieser beeindruckenden Streitmacht ist praktisch immobil, weil es an Ausrüstung, Transportkapazitäten und Kommunikationsmitteln fehlt.“³⁰³ Auch das Europäische Parlament „bedauert die Art und Weise, in der die meisten dieser Mittel auf der Grundlage unkoordinierter Entscheidungen über nationale Verteidigungsplanung ausgegeben werden, was nicht nur zu anhaltenden Mängeln in Bezug auf die Fähigkeiten, sondern oft auch zu Verschwendung durch Überka-

pazitäten und Verdoppelungen sowie zu einer fragmentierten Industrie und zersplitterten Märkten führt, was wiederum zur Folge hat, dass die EU weder über die Sichtbarkeit, die Ressourcen noch die Tragweite verfügt, die man von Ausgaben in Höhe von 200 Mrd. EUR erwarten kann.³⁰⁴

Von einem einheitlichen EU-Rüstungsmarkt und damit einhergehenden höheren Auftragszahlen erhofft man sich deshalb substanzielle Einsparungen bzw. Effizienzsteigerungen. Mehr Krieg pro Euro heißt die Devise, wie auch der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana betont. Bei der Schaffung eines EU-Rüstungsmarktes gehe es „mehr um die Rationalisierung der Verteidigungsausgaben als um die Demilitarisierung Europas.“³⁰⁵ Zumeist wird sich dabei auf die Arbeit Keith Hartleys berufen, der in einer Studie zu dem Ergebnis kam, die Etablierung eines einheitlichen EU-Rüstungsmarktes könne Einsparungen zwischen 3,8 und 7,8 Mrd. Euro zur Folge haben.³⁰⁶ Durch die Nutzung von Skaleneffekten (economies of scale) sollen größere Stückmargen beitragen, die davonlaufenden Preissteigerungen im Rüstungsbeschaffungsbereich aufzufangen.³⁰⁷

Die Auftragsvolumen sollen darüber hinaus vergrößert werden, indem die Rüstungsexporte angekurbelt werden. Um auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein, muss allerdings der kleinteilige EU-Rüstungssektor aus Sicht von Politik und Wirtschaft zu einem mächtigen Militärisch-Industriellen Komplex zusammengeschmiedet werden. Diese Sichtweise hängt ganz wesentlich mit Entwicklungen in den USA Anfang der 1990er zusammen: „Im berühmten ‚Last Supper‘ von 1993 [...] äußerte der damalige US-Verteidigungsminister Les Aspin gegenüber den versammelten Vorstandsvorsitzenden der großen wehrtechnischen Unternehmen, dass aufgrund der Budgetentwicklung in 5 Jahren nur noch 50% von ihnen im Geschäft seien. Die einzige Lösung der angespannten Situation sehe er in Fusionen mit anderen Unternehmen. Dieser Lenkungswille kam auch in erheblicher finanzieller Unterstützung zum Ausdruck: Von 1993 bis 1997 in-

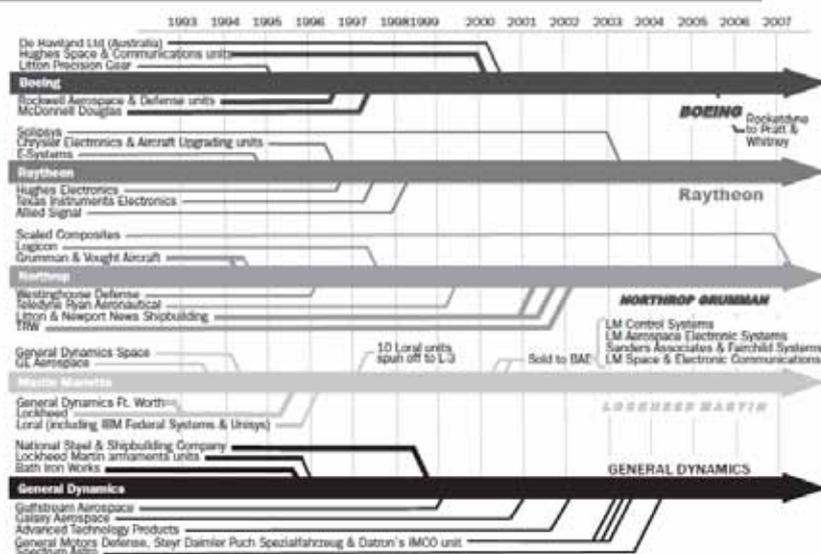
vestierte das US-Verteidigungsministerium \$1,5 Mrd. in sieben Fusionen im Verteidigungsbereich!“³⁰⁸

Hierauf wuchs die Sorge, gegenüber der US-Konkurrenz ins Hintertreffen zu geraten: „In Europa kamen Befürchtungen auf, dass Europa wirtschaftlich und technologisch auf lange Sicht nicht mehr mit den USA mithalten könnte.“³⁰⁹ Eine drohende technologische Abhängigkeit von den USA – oder jeder anderen Großmacht – war für die EU jedoch ein machtpolitischer Alptraum, den es unter allen Umständen zu verhindern galt. Schließlich wird eine unabhängige und leistungsfähige rüstungsindustrielle Basis als Grundlage für die Fähigkeit zur „effektiven“ globalen Machtausübung erachtet. Es galt zu handeln und einen ähnlich gearteten Konsolidierungsprozess wie in den Vereinigten Staaten in Gang zu setzen. Die Versuche, einen EU-MIK herauszubilden, haben hier ihren Ursprung: „Für die großen waffenproduzierenden Staaten war es wesentlich, industrielle Fusionen (sowohl national als auch transnational) durchzuführen, wenn ihre Firmen in dem neuen kompetitiven Markt überleben wollten.“³¹⁰

Bis heute hält die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA – also um die eigene rüstungsindustrielle Machtbasis – an. So warnte ein EU-Kommissionsbericht im Jahr 2003: „Die Gefahr besteht, dass die europäische Industrie auf den Stand eines Unterlieferanten US-amerikanischer Hauptauftragnehmer zurückgedrängt werden könnte, während das Knowhow den amerikanischen Firmen vorbehalten ist.“³¹¹ Auch in einer Studie der Bundeswehr-Universität wird gewarnt: „Sollte insbesondere das amerikanische Übergewicht bei der Verteidigungstechnologie weiter zunehmen, könnte die Folge eine größere Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten sein, was wiederum mit einer gleichberechtigten transatlantischen Partnerschaft nur schwer verträglich wäre.“³¹²

Im Dezember 2011 verließ das Europäische Parlament dieser Sorge noch einmal überdeutlich Ausdruck: „Das Europäische Parlament [...] erinnert daran, dass Fortschritte bei der Konsolidierung der verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis Europas notwendig sind, da angesichts zunehmender Komplexität der Technik, steigenden internationalen Wettbewerbs und schrumpfender Verteidigungshaushalte in keinem EU-Mitgliedstaat die Verteidigungsindustrie mehr auf rein nationaler Basis überlebensfähig ist; bedauert die Tatsache, dass in der europäischen Raumfahrtindustrie zwar ein gewisser Grad an Konzentration erreicht wurde, die Sektoren für Güter für Heer und Marine aber weiterhin zum überwiegenden Teil entlang nationaler Grenzlinien zersplittert sind; warnt die Mitgliedstaaten vor der Möglichkeit, dass Kürzungen bei Verteidigungsinvestitionen die europäische Verteidigungsindustrie und technologische Innovation der Gefahr aussetzen, durch

FIGURE 9. TOP-TIER U.S. DEFENSE INDUSTRY CONSOLIDATION, 1993 TO 2007



Vorbild für Europa? Konzentrationsprozess der US-Rüstungsindustrie, Quelle: Watts, Barry D./Harrison, Todd: Sustaining Critical Sectors of the U.S. Defense Industrial Base, Center for Strategic and Budgetary Assessments (CSBA) 2011, S. 75.

die Kontrolle von Drittmächten mit anderen strategischen Interessen übernommen zu werden.³¹³

Eine fortgesetzte Defragmentierung des Marktes erscheint aus machtpolitischer Sicht also weiter dringend geboten: „Europäische Fusionen – die Herausbildung von ‚Eurochampions‘ – weisen einen (Königs-)Weg aus dem Dilemma. Einerseits lässt sich damit sehr viel einfacher um Weltmarktanteile konkurrieren und so die gesunkene (inländische) Nachfrage kompensieren, andererseits besteht die Möglichkeit, die ‚kritische Masse‘ zu erreichen, die eine Übernahme durch die amerikanische Konkurrenz vereitelt oder zumindest enorm erschwert.“³¹⁴ Die Dimension des „Konsolidierungsprozesses“, die den politischen Eliten vorschwebt, wird ersichtlich, wenn man sich die Forderung des ehemaligen EDA-Leiters nach einem „European Last Supper“ vor Augen führt.³¹⁵

Auch der Industrie ist an der Konsolidierung des EU-Rüstungssektors gelegen – zumindest den Konzernen, die sich Hoffnungen machen, aus den Konzentrationsprozessen als Sieger hervorzugehen. Denn eine „kritische Größe“ gilt als notwendige Bedingung für eine „erfolgreiche“ Rüstungsexportpolitik, nebst den daraus resultierenden einträglichen Gewinnen. So äußerte sich etwa *Rheinmetall Chef* Klaus Eberhardt, Chef des Branchenverbandes ASD: „Für unsere Branche gibt es zwei Notwendigkeiten: Die internationalen Wachstumsmärkte außerhalb von Europa gemeinsam und nicht als Wettbewerber anzugehen, und daneben die industrielle Konsolidierung in Europa mit allem Nachdruck zu fördern.“³¹⁶ Letztlich würden also alle Beteiligten von den Zusammenballungsprozessen profitieren, so die einhellige Meinung: „Die Streitkräfte, weil gemeinsam billigere und bessere Produkte beschafft werden können und die einheitliche Ausrüstung gemeinsame Einsätze vereinfacht. Und die Industrie, weil höhere Stückzahlen und bessere Margen sie wettbewerbsfähiger machen.“³¹⁷

Allerdings klingen die gebetsmühlenartigen Verweise auf „Skaleneffekte“, „Effizienzsteigerungen“ und „Einsparpotenziale“ zwar gut und sie sind auch geeignet, um die Herausbildung eines EU-MIK zu legitimieren, mit der Realität haben sie allerdings wenig zu tun. Dennoch wird immer wieder argumentiert, eine konsolidierte Rüstungsindustrie würde Einsparpotenziale freisetzen, gemeinsame Beschaffungsprojekte hätten niedrigere Stückpreise zur Folge und Investitionen in den Militärbereich seien volkswirtschaftlich ganz grundsätzlich eine sinnvolle Angelegenheit.³¹⁸

Zur Frage der angeblichen Einsparpotenziale durch Konzentrationsprozesse und vereinheitlichte Beschaffungsmärkte liegen jedoch Untersuchungen zu den USA vor, die diese Behauptungen nicht stützten.³¹⁹ Zwar fehlen ähnliche Studien für die Europäische Union, ein Blick auf die bisherigen großen EU-Beschaffungsprojekte sollte jedoch genügen, um Zweifel am Bild eines effizienten EU-MIK aufkommen zu lassen. Ebenso verhält es sich mit den angeblichen volkswirtschaftlichen Segnungen von Investitionen in den Rüstungssektor. Die viel gepriesenen „Spin-Offs“, technologische Innovationen, die vom Rüstungssektor erfunden und danach massiv zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben, sind, so es sie je überhaupt in relevantem Ausmaß gab, längst Geschichte. Hochtechnologie ist heute Sache ziviler Firmen und die

Rüstungsindustrie greift auf deren Know-How zurück und nicht umgekehrt, wie eine Reihe von Studien belegt hat. Investitionen in den Rüstungssektor sind demzufolge auch volkswirtschaftlich, so man sich von ihnen Wachstumseffekte erhofft, so ziemlich das Unproduktivste, was man machen kann.³²⁰

Dennoch wird an der Mär vor einem effizienten EU-MIK eisern festgehalten und auf einen forcierten Konsolidierungsprozess hingearbeitet.

5.2 Eurochampions: Konzentrationsprozesse in der EU-Rüstungsindustrie

Zwar gab es schon länger Versuche, den fragmentierten EU-Rüstungssektor über verschiedene Maßnahmen zu bündeln, allerdings versandeten diesbezügliche Initiativen lange mehr oder weniger erfolglos: „Während sich bereits zu Beginn der 1980er Jahre in Europa eine neue Integrationsdynamik etablierte und diese im Vertrag von Maastricht und der Wirtschafts- und Währungsunion konkretisiert wurde, blieb die militärische Dimension der Europäischen Union weitgehend aus den Vergemeinschaftungsprozessen ausgeschlossen. Die Internationalisierung der Produktion war alles in allem an der rüstungsindustriellen Basis in Europa in den 1980er Jahren mehr oder weniger spurlos vorübergegangen.“³²¹

Ein wesentlicher Impuls, dass sich dies änderte, ging, wie erwähnt, von den Konzentrationsprozessen in den USA Anfang der 1990er aus. Mit etwas zeitlicher Verzögerung setzte eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so rasante Entwicklung auf der anderen Seite des Atlantiks ein, allerdings zunächst weniger auf europäischer Ebene: „Die erste Phase der Konsolidierung ab dem Beginn der 1990er Jahre erfolgte zunächst auf nationaler Ebene. Ziel war es dabei, für die erwarteten Unternehmenszusammenschlüsse auf europäischer Ebene ‚Nationale Champions‘ zu schaffen.“³²² Die Vorarbeiten für eine „Defragmentierung“ auf europäischer Ebene schritten im Laufe der 1990er zügig voran. Im Dezember 1997 riefen die britische, französische und deutsche Regierung in einem „Joint Statement“ die nationalen Systemführer dazu auf, sich auf neue europaweite Kooperationsformen zu verständigen.³²³ Anvisiert wurde daraufhin die Fusionierung von *DASA*, *British Aerospace* (BAE) und *Aérospatiale-Matra* zur *European Defence Aeronautic Company* (EADC), wodurch der weltgrößte Rüstungskonzern entstanden wäre. Diese Pläne zerschlugen sich allerdings, nachdem *British Aerospace* Anfang 1999 mit *GEC-Marconi* zum Superkonzern *BAE Systems*, dem heute weltweit zweitgrößten Rüstungskonzern fusionierte: „Obwohl *BAE* nach dem erfolgten Zusammenschluss weitere Fusionierungsverhandlungen anbot, zog kein anderes Unternehmen mehr eine Fusion in Erwägung, da aufgrund der überragenden Größe der *BAE* eine britische Dominanz innerhalb einer möglichen Fusion die logische Konsequenz gewesen wäre.“³²⁴

Daraufhin schlossen sich im Juli 2000 *DASA*, *Aérospatiale-Matra* und die spanische *CASA* zur *European Aeronautic Defence and Space Company* (EADS) zusammen. Zwar scheiterten danach verschiedene Versuche, EADS noch dazu mit *Thales* zu fusionieren, dennoch ist der Konzern der bislang mit Abstand wichtigste und größte transeuropäische Firmenzusammenschluss und der heute

siebtgrößte Rüstungskonzern der Welt, manche bezeichnen ihn sogar als erste „europäische Firma.“³²⁵ Darüber hinaus ist die europäische Konsolidierung im Luft- und Raumfahrtsektor insbesondere im Lenkkörperbereich weit fortgeschritten. Dort ist mit *MDBA* ein europaweiter Marktführer entstanden, der im Jahr 2001 aus einer Fusion von *Aérospatiale-Matra Missiles*, der Flugkörperdivision von *Alenia Marconi Systems* und *Matra BAe Dynamics* hervorging.

In der Luft- und Raumfahrt sind also mittlerweile nur noch zwei Unternehmen (*EADS* und *BAE Systems*) mit Systemfähigkeit, also den Kapazitäten zur Entwicklung, Konstruktion, Herstellung und Erprobung von Waffensystemen übrig geblieben, bei den Lenkwaffen mit *MDBA* nur noch eines. Auch im Elektronikbereich sind mit *Thales*, *BAE Systems* und *EADS* lediglich noch drei Systemführer vorhanden.³²⁶

Demgegenüber existieren im Marinesektor noch etwas mehr Unternehmen mit Systemfähigkeit. Allerdings ist auch hier die nationale Konsolidierung bereits weit fortgeschritten. In Großbritannien ist *BAE Systems* „auf dem besten Weg, sich zum einzigen britischen Konstrukteur von Kriegsschiffen zu entwickeln.“ In Frankreich konzentrieren sich die Fähigkeiten auf *DCNS* und *Thales*, in Italien schält sich *Fincantieri* als größter Konzern heraus. In Spanien hat sich *Navantia* „zum wichtigsten nationalen Champion mit beinahe monopolistischer Stellung entwickelt.“³²⁷ In Deutschland ist vor allem mit der *ThyssenKrupp Marine Systems AG* (TKMS) ein Werftenverbund entstanden, der 2005 aus der Fusion der *ThyssenKrupp-Werften GmbH* und der *Howaldtswerke-Deutsche Werft AG* (HDW) hervorging. Im Ergebnis ist der nationale Konsolidierungsprozess weit gediehen: „Die Zahl der nach Zusammenschlüssen und Übernahmen im Markt verbliebenen Unternehmen ist relativ klein. Meist gibt es in jedem Land nur noch ein oder zwei Unternehmen, die bei größeren Beschaffungsprojekten als Systemführer gegenüber dem Verteidigungsministerium auftreten.“³²⁸ Allerdings stießen die bisherigen Bemühungen vor allem von französischer Seite, eine „EADS der Meere“ zu gründen, in Deutschland auf taube Ohren. Der Grund: „Auf deutscher Seite steht man dieser Entwicklung weiter reserviert gegenüber, da man dem französischen Staat über seine Mehrheitsbeteiligung an *DCN/SJ* nicht die Führung überlassen möchte.“³²⁹ Erste länderübergreifende Projekte existieren aber bereits im Bereich des Flugzeugträgerbaus, in dem *BAE Systems* und *Thales* eng zusammenarbeiten, in der U-Boot-Produktion kooperieren *TKMS* und *Fincantieri* und bei den Fregatten *DCNS* und *Fincantieri*.³³⁰

Am wenigsten weit ist die Entwicklung bislang im Heeresmarkt fortgeschritten, er ist der „am meisten fragmentierte Sektor.“³³¹ Dennoch sind auch hier nationale Konsolidierungsprozesse in Gang gesetzt worden. In Großbritannien hatte sich seit 2002 *Alvis* mit dem Aufkauf von *Vickers* als größter Hersteller im Landbereich etabliert. Nachdem dem Unternehmen ein Kaufangebot der

Die 10 größten Rüstungskonzerne im Jahr 2009

Weltweit (Umsatz in der Rüstungssparte)

1. Lockheed Martin (US) 33.430
2. BAE Systems (GB) 33.250
3. Boeing (US) 32.300
4. Northrop Grumman (US) 27.000
5. General Dynamics (US) 25.590
6. Raytheon (US) 23.080
7. EADS (Trans-EU) 19.280
8. Finmeccanica (IT) 13.280
9. L-3 Communications (US) 13.010
10. United Technologies (US) 11.110

Quelle: SIPRI Yearbook 2011, S. 257f. (Angaben in Mio. Dollar)

Die 10 größten Rüstungskonzerne im Jahr 2009

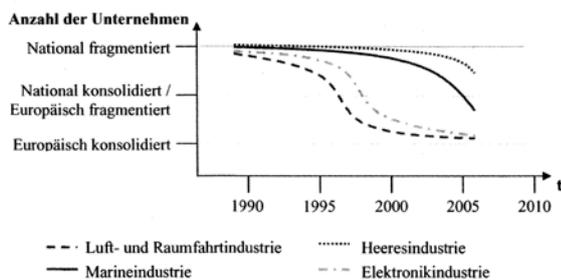
Europa (Umsatz in der Rüstungssparte)

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| 1. BAE Systems (GB) 33.250 | 5. Safran (F) 4.740 |
| 2. EADS (Trans-EU) 19.280 | 6. Rolls-Royce (GB) 4.140 |
| 3. Finmeccanica (IT) 13.280 | 7. MBDA (Trans-EU) 3.610 |
| 4. Thales (F) 10.200 | 8. DCNS (F) 3.340 |
| | 9. Eurocopter (Trans-EU) 3.050 |
| | 10. CASA (Trans-EU) 2.900 |

Quelle: SIPRI Yearbook 2011, S. 257f. (Angaben in Mio. Dollar)

amerikanischen *General Dynamics* vorlag, wurde es 2006 von *BAE Systems* gekauft, um es weiter unter britischem Dach zu behalten.³³² In Italien ist *Iveco* das mit Abstand größte Unternehmen und in Frankreich existieren mit *Nexter*, *Panhard*, *Thales*, und *Renault Trucks Défense* noch vier große Anbieter. In Deutschland waren es 1997 noch sechs große Unternehmen, von denen aber bis heute nur noch *Rheinmetall* und *Kraus-Maffai Wegmann* (KMW) übrig geblieben sind. Nachdem Anfang 2011 Gerüchte aufkamen, der US-Rüstungskonzern *Northrop Grumman* plane eine Übernahme von *Rheinmetall*, veranlasste dies die deutsche Regierung als Abwehrmaßnahme auf eine stärkere Konsolidierung zu pochen: „Die aktuellen Übernahmespekulationen setzen die Bundesregierung unter Zugzwang: Berlin drängt seit Jahren auf eine Konsolidierung der stark fragmentierten heimischen Rüstungsbranche, allerdings soll diese unter den heimischen Unternehmen stattfinden. [...] Im Fokus einer Konsolidierung hat der Bund vor allem die Anbieter von Heerestechnik, also die Hersteller von Panzern, Munition und Handfeuerwaffen.“³³³

Abb. 22 Entwicklungslinien der Sektoren des Verteidigungsmarktes²



*Nationale und europaweite Konsolidierung,
Quelle: Bertges, Florian: Der fragmentierte europäische
Verteidigungsmarkt: Sektorenanalyse und Handlungsoptionen,
Frankfurt am Main 2009, S. 216.*

Es hat also eine starke Bündelung des Rüstungssektors stattgefunden³³⁴: „Große Teile der europäischen technologischen Kapazitäten [...] konzentrieren sich mittlerweile in den Händen einer kleinen, oligopolistischen Gruppe ‚nationaler Champions‘.“³³⁵ Auf EU-Ebene ist der Konsolidierungsprozess allerdings in einigen Bereichen – Elektronik und Luftfahrt – deutlich weiter fortgeschritten als in anderen (Heeres- und Marinesektor): „Grenzüberschreitende Fusionen waren eher die Ausnahme, überwiegend wurde mehr oder minder konsequent entlang nationaler Grenzen konsolidiert.“³³⁶

Auch weil hierauf derzeit gezielt hingearbeitet wird, wird unisono allerdings davon ausgegangen, dass sich der europaweite Konzentrationsprozess in den nächsten Jahren weiter beschleunigen wird. „[Es] ist offensichtlich, dass sich aufgrund des nach wie vor hohen Veränderungs- und Anpassungsdrucks der europäische Verteidigungsmarkt tendenziell weiter Richtung grenzüberschreitender europäischer Lösungen entwickeln muss und wird.“³³⁷ Kurz gesagt, der Trend geht weiter in Richtung von „weniger, aber größeren Konzernen.“³³⁸

5.3 Defence Package: Ein EU-Rüstungsmarkt für den EU-MIK

Als großes Problem wird die Tatsache betrachtet, dass die Nationalstaaten weiterhin versuchen, ihre eigenen Konzerne zu stärken und zu schützen. Aufträge werden von den Verteidigungsministerien bislang bevorzugt an einheimische Unternehmen vergeben: „Die Mitgliedsstaaten entscheiden weitgehend autonom über die Auftragsvergabe und geben daher fast 85% ihrer für die Beschaffung von Rüstungsprojekten bestimmten Mittel im Inland aus.“³³⁹ Angesichts der wachsenden internationalen Konkurrenz und der Sorge um sinkende Profite, wird dies als unhaltbarer Zustand erachtet: „Anstelle eines EU-weiten Marktes für Verteidigungsgüter gibt es immer noch 27 nationale Einzelmärkte, die durch Einfuhrzölle und -Genehmigungen voneinander abgeschottet werden. Diese Einzelmärkte sind zu klein, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren.“³⁴⁰ Ohne einen einheitlichen Rüstungsmarkt, sorgt man sich also um den Bestand der europäischen rüstungsindustriellen Basis: „Europa als ehemaliger Beherrscher der Welt hinkt den Errungenschaften der Rüstungsind-

dustrie der USA hinterher und kann nur dann wieder an die führende Stelle der USA aufschließen, wenn die einzelnen Nationalstaaten bereit sind, all ihre technologischen Entwicklungen im Rüstungsbereich zu teilen und ohne Rücksicht auf eigene Vorteile den europäischen Rüstungsmarkt ohne Wenn und Aber einzurichten.“³⁴¹

Vor diesem Hintergrund wurden mittlerweile zahlreiche Maßnahmen zum Abbau von innereuropäischen Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen ergriffen, um hierdurch die Schaffung eines einheitlichen EU-Rüstungsmarktes zu fördern.³⁴² Dies betrifft etwa die Frage von sogenannten Offsets (Kompensationsgeschäften): „Kauft ein Staat für einen größeren Betrag bei einem Unternehmen aus einem anderen Land ein, so wird oft eine Kompensation (Offsetverpflichtung) fällig. [...] Die Forderung auf Kompensation bei größeren Beschaffungsvorhaben ist in den meisten Staaten üblich. Unterschieden wird zwischen direkter oder indirekter Beteiligung, das erstere heißt direkte Fertigungsbeteiligung an dem Rüstungsgut (also Beistellung oder Lizenzfertigung etc. des Produktes, das gekauft wird), das zweite sind allgemeine Aufträge an die Industrie des Käuferlandes.“³⁴³ Besonders den großen Rüstungskonzernen sind diese Kompensationsgeschäfte ein Dorn im Auge, hindern sie sie doch daran, ihre Überlegenheit in vollem Ausmaß auszuspielen zu können. So äußert sich etwa der *Bundesverband der deutschen Industrie* (BDI) folgendermaßen: „Offset-Vereinbarungen sind aus ordnungs- und wirtschaftspolitischer Sicht inakzeptabel. Sie erschweren und verzerren den Wettbewerb, verteuern Beschaffungen, wirken dirigistisch und protektionistisch, verstoßen gegen die Grundsätze der Marktwirtschaft und den EU-Vertrag zu einem einheitlichen, gemeinsamen und freien Markt. [...] Käuferländer betreiben über Offset Know-how- und Hochtechnologieerwerb, lasten eigene Industriezweige aus und bauen neue Kapazitäten auf. [...] Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf europäischer Ebene müssen der Vergangenheit angehören. [...] Die Thematisierung von Offset muß weiter auf der Tagesordnung bleiben; dazu gehört v.a. auch die Fortentwicklung des Code of Conduct on Offsets und die konsequente Umsetzung des Defence Package.“³⁴⁴

Diese Sichtweise wird auch von der Europäischen Union geteilt, für die Offsets ebenfalls wettbewerbsverzerrende Maßnahmen sind, die eine Verletzung der Regeln des (neoliberalen) Binnenmarktes darstellen. Aus diesem Grund wird seit einiger Zeit versucht, die Möglichkeiten für solche Kompensationsgeschäfte drastisch einzuschränken.³⁴⁵ Hierfür erarbeitete die Verteidigungsagentur einen „Verhaltenskodex zu Kompensationsgeschäften“, der im Oktober 2008 verabschiedet wurde und im Sommer 2009 in Kraft trat.³⁴⁶ In den Worten des deutschen Staatssekretärs Christian Schmidt ist es das Ziel des Verhaltenskodexes, dass mit ihm „überzogene Offset-Forderungen eingedämmt werden.“ Allerdings wurde darin lediglich vereinbart, dass Offsets 100% des Auftragswertes nicht übersteigen dürfen, eine Zielmarke, die zudem auch noch eine nicht-bindende Absichtserklärung der Länder darstellt. Deshalb betont Schmidt, dass „weiterreichende Regelungen wünschenswert gewesen“ wären. Allerdings seien der Verhaltenskodex und vor allem das neue Verteidigungspaket „Schritte in die richtige Richtung.“³⁴⁷

Die Mitgliedsstaaten, die viel auf Kompensationsgeschäfte setzen, berufen sich dabei auf Artikel 346 AEUV, der herangezogen wird, um Rüstungsgeschäfte außerhalb der Regeln des schrankenfreien EU-Binnenmarktes zu tätigen. Doch auch diese nahezu letzte Bastion, mit der die Mitgliedsstaaten ihre Souveränität im rüstungsindustriellen Bereich verteidigen, soll mittels der Beschaffungsrichtlinie des Verteidigungspaketes geschliffen werden: „Die Richtlinie zur Vergabe von Gütern der Verteidigung und der Sicherheit vom 13.7.2009 ist der rechtlich kühne Versuch, das Primärrecht des Artikels 346 AEUV (ehem. Artikel 296 EGV) und seine Wirkungen zu relativieren. Dieser rechtlich problematische Ansatz – Sekundärrecht kann nicht Primärrecht verändern – wird indessen in Kauf genommen, um langfristig einen Binnenmarkt für Rüstungs- und Sicherheitsgüter zu schaffen.“³⁴⁸ Konkret heißt es in Artikel 346 AEUV: „Jeder Mitgliedstaat kann die Maßnahmen ergreifen, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen.“

Eigentlich als Ausnahme gedacht, nutzten die Mitgliedsstaaten den Artikel dazu, um ihre jeweiligen Rüstungsmärkte permanent vor innereuropäischen Konkurrenten abzuschotten. „Die Realität sieht so aus, dass der Artikel über die Jahre sehr großzügig interpretiert wurde, wodurch ausländische Unternehmen selten die Möglichkeit erhielten, von nationalen Verteidigungsaufträgen zu partizipieren.“³⁴⁹ Schon seit einigen Jahren laufen Verteidigungsagentur und Kommission Sturm gegen diese Verfahrenspraxis der Mitgliedsstaaten. Letztere hat dabei sicher auch im Auge, dass sie enorm an Einfluss gewänne, wenn der Rüstungsmarkt voll den Regeln des Binnenmarktes unterworfen und somit unter ihre Kontrolle fallen würde. So kündigt EU-Industriekommissar Michel Barnier im November 2011 an: „Es ist meine Absicht, die Kommission zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie und des europäischen Verteidigungsmarktes zu nutzen. Das ist eine Fähigkeit, die Europa benötigt.“³⁵⁰

Zur Förderung eines einheitlichen EU-Rüstungsmarktes legte die Verteidigungsagentur im November 2005 den „Verhaltenskodex für das Beschaffungswesen“ vor, der im Sommer des darauf folgenden Jahres in Kraft trat. Er enthält die nicht-bindende Absichtserklärung, fortan Beschaffungen ab 1 Mio. EUR europaweit auszuschreiben und alle Bieter fair und gleich zu behandeln.³⁵¹ In der Praxis zeitigte dies zunächst wenig Erfolge, auf Artikel 346 AEUV wurde sich weiter häufig berufen. Wenn überhaupt europaweit ausgeschrieben wurde, so wurde dennoch weiter darauf geachtet, dass das Ergebnis zugunsten der einheimischen Konzerne von vorneherein feststand.³⁵² Um dem Einhalt zu gebieten, veröffentlichte die EU-Kommission im Dezember 2006 eine auslegende Mitteilung, um mögliche „Fehlinterpretationen und den Missbrauch“ von Artikel 346 AEUV zu verhindern. Darin betont die Kommission, die „Inanspruchnahme des Artikels“ sei „restriktiv“ zu handhaben.³⁵³

Allerdings hatte die Kommission bis zu diesem Zeitpunkt das Problem, dass es sich bei allen Vereinbarungen um nicht bindende Absichtserklärungen handelte. Deshalb könnte mit dem so genannten „Defence Package“, das aus

zwei Richtlinien besteht, die 2007 vorgelegt und zwei Jahre später verabschiedet wurden, nun der ganz große Wurf gelungen sein: „Das Verteidigungspaket soll den Wettbewerb auf den europäischen Rüstungsmärkten verschärfen [und] die derzeitige Zersplitterung des europäischen Rüstungsmarktes beenden.“³⁵⁴

Der eine Teil des Defence Package besteht aus der „Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit“ (kurz: Beschaffungsrichtlinie).³⁵⁵ Hierbei handelt es sich – und das ist eine wesentliche Neuerung – um eine rechtlich verpflichtende Vereinbarung. Auf ihrer Grundlage ist eine Berufung auf Artikel 346 AEUV zwar weiterhin möglich, allerdings macht die Richtlinie unmissverständlich klar, dass dies restriktiv und nur im absoluten Ausnahmefall erfolgen darf.³⁵⁶ Darüber hinaus werden die Staaten aufgefordert, „Entscheidung auf der Grundlage von Preis-/Leistungserwägungen unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer weltweit wettbewerbsfähigen europäischen rüstungstechnologischen und -industriellen Basis, der Bedeutung offener und fairer Märkte und der Erzielung gegenseitigen Nutzens treffen. Die Mitgliedstaaten sollten auf eine immer stärkere Öffnung der Märkte drängen. Ihre Partner sollten auf der Grundlage international vereinbarter Bestimmungen ebenfalls Offenheit beweisen, insbesondere was den offenen und fairen Wettbewerb betrifft.“³⁵⁷ Mit der Beschaffungsrichtlinie rückt der einheitliche europäische Rüstungsmarkt ein gutes Stück näher: „Wichtig dabei ist, dass im Rahmen eines nicht diskriminierenden Vergabeverfahrens die Richtlinie ab einem bestimmten Auftragswert eine EU-weite Bekanntmachung vorschreibt. Dies führt zu größerer Transparenz und Offenheit, sorgt für mehr Effizienz im öffentlichen Beschaffungswesen und verbessert den Marktzugang europäischer Unternehmen in anderen EU-Mitgliedstaaten.“³⁵⁸

Die zweite Komponente des Defence Package ist die „Richtlinie zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern“ (kurz: Verbringungsrichtlinie).³⁵⁹ Von ihr verspricht man sich neben Kostensenkungen vor allem eine Förderung von EU-Rüstungsexporten (vgl. Kapitel 5.5). Außerdem soll durch die weit gehende Beseitigung von Exportkontrollen für die innereuropäische Verbringung von Rüstungsgütern die Schaffung eines einheitlichen EU-Rüstungsmarktes weiter vorangetrieben werden: „Mit der Richtlinie zur innergemeinschaftlichen Verbringung von Verteidigungsgütern [soll] ein echter europäischer Markt für Verteidigungsgüter geschaffen werden, durch den gemeinsame Produktionsprojekte angestoßen und die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Rüstungsunternehmen verbessert werden sollen.“³⁶⁰

Eigentlich hätte das Defence Package innerhalb von zwei Jahren, bis August 2011, in nationales Recht umgesetzt werden müssen und nach einer einjährigen Übergangs- und Erprobungsphase Mitte 2012 europaweit zur Anwendung kommen sollen. Nachdem es allerdings in einigen Ländern zu Verzögerungen kam, kündigte die EU-Kommission an, nun massiv auf die Implementierung der Richtlinie drängen zu wollen.³⁶¹

Dass die Kommission hier bestrebt und gewillt ist, erheblichen Druck auszuüben, liegt an der Reichweite des

Defence Package, das von vielen Beobachtern, vermutlich leider zu Recht, als „Meilenstein“ und als „revolutionär“ bezeichnet wird.³⁶² Denn mit dem anvisierten europaweiten Rüstungsmarkt sollen alle Unternehmen auf einem „ebenen Spielfeld“ (level playing field) diskriminierungsfrei miteinander konkurrieren können. Die mehr oder minder offen erklärte Absicht dahinter besteht aber darin, hierdurch die weitere Konsolidierung der EU-Rüstungskonzerne massiv zu forcieren.³⁶³ Das „ebene Spielfeld“ begünstigt immer die mächtigsten und größten Unternehmen auf dem jeweiligen Markt – das gilt für den Binnenmarkt ebenso wie für den Rüstungssektor. Es ist demzufolge auch beileibe kein Zufall, dass gerade die Länder mit starken Rüstungsindustrien zu den eifrigsten Befürwortern der Richtlinie zählen: „Die deutsche Rüstungswirtschaft braucht keine protektionistische Käseglocke, sondern einen fairen, offenen Markt in Europa und anderswo, auf dem Qualitätsprodukte und wirtschaftliche Angebote zählen“, so etwa der deutsche Staatssekretär Christian Schmidt.³⁶⁴

Das Defence Package könnte damit womöglich das Ende der Rüstungsindustrien in den kleinen und mittleren EU-Ländern bedeuten, die ihre Unternehmen nicht mehr länger mit Aufträgen anfüllen können: „Mittlere und kleinere Unternehmen könnten sich in zunehmendem Maße auf den Status von Subunternehmern herabgestuft sehen.“³⁶⁵ Fallstudien bestätigen, dass die Liberalisierung des Rüstungsmarktes die kleineren Anbieter aus dem Markt drängen und zu weiteren Konzentrationsprozessen führen wird.³⁶⁶ „Durch die Vereinigung des europäischen Rüstungsmarktes wird den EU-Unternehmen ein ‚ebenes Spielfeld‘ verordnet, das wahrscheinlich den Effekt haben wird, dass Unternehmen kleinerer Länder nicht in der Lage sein werden, mit Konzerngiganten wie EADS zu konkurrieren. Damit konsolidiert sich ein europäischer Rüstungsmarkt weiter, der von einer kleinen Anzahl extrem mächtiger Konzerne kontrolliert wird.“³⁶⁷

Manchen Beobachtern gehen die Bestimmungen des Defence Package allerdings noch nicht weit genug. Sie bemängeln, es gäbe weiterhin zu viele Schlupflöcher, die es den Nationalstaaten ermöglichen würden, vorrangig ihre eigenen Rüstungsunternehmen mit Aufträgen zu bedenken.³⁶⁸ Tatsächlich dürfte viel davon abhängen, ob die Europäische Kommission auf der restriktiven Anwendung von Artikel 346 AEUV beharren wird.³⁶⁹ Schon seit einigen Jahren legt sie jedoch eine erhöhte Bereitschaft an den Tag, sich diesbezüglich mit den Mitgliedsstaaten anzulegen.³⁷⁰ Auch die Vehemenz, mit der die Kommission auf die Umsetzung des Defence Package drängt, deutet darauf hin, dass es sich hierbei womöglich wirklich um den Quantensprung auf dem Weg zu einem EU-MIK handeln könnte, den sich viele Militaristen erhoffen.

5.4 Europäisierung der Rüstungspolitik

Von einer Intensivierung der EU-Rüstungskooperation verspricht man sich auf der einen Seite eine deutlich höhere Interoperabilität zwischen den nationalstaatlichen Teilkraften. Gemeinsame Standards und gemeinsames Gerät sollen helfen, die militärische Schlagkraft deutlich zu erhöhen.³⁷¹ Vor allem geht es dabei aber darum, über europaweite Beschaffungsprojekte massiv die Anschaffungskosten für Rüstungsgüter abzusenken – so zumindest die Hoffnung: „[Durch] die europäische Rüstungskooperati-

on [...] kann somit – neben der Gestellung militärischer Fähigkeiten – auch eine wirtschaftliche Bedarfsdeckung erreicht werden. Denn die Problematik hoher Stückpreise bei insgesamt kleinen Stückzahlen kann durch gemeinsame Beschaffung gelöst werden.“³⁷²

Die erhofften Einsparpotenziale sind enorm: „Eine betriebswirtschaftliche Daumenregel geht etwa davon aus, dass eine Verdopplung der Produktionszahlen zu einer Kostenersparnis pro Produkt von 10 Prozent führt.“³⁷³ Von politischer Seite wurden deshalb bereits früh erste Versuche zur Konsolidierung der Nachfrageseite unternommen, indem 1992 die *Westeuropäische Rüstungsgruppe* (WEAG) gegründet wurde, die aus der bereits 1976 gegründeten *Independent European Programme Group* (IEPG) hervorging. Sie verfolgte das Ziel, einen effizienteren Ressourceneinsatz durch die Harmonisierung der Rüstungsprogramme und die gegenseitige Öffnung der nationalen Rüstungsmärkte zu erreichen. 1995 scheiterten die Versuche, aus der WEAG eine europaweite Rüstungsagentur mit umfassenden Kompetenzen zu machen, was zur Gründung der *Organisation für die Rüstungskooperation* (OCCAR) im Jahr 1997 führte. Ihre Aufgabe besteht in der Koordination einiger bi- und multinationaler Beschaffungsprojekte, wie beispielsweise des Kampfhubschraubers Tiger oder des Airbus A400M. Allerdings nahmen an OCCAR lediglich vier Länder teil, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Auch der 1998 unterzeichnete „Letter of Intent“ (LoI), mit dem die europäische Rüstungszusammenarbeit weiter ausgebaut werden sollte, beschränkte sich auf lediglich sechs Länder (Frankreich, Deutschland, Schweden, Italien, Spanien und Großbritannien).³⁷⁴

Wohl nicht zuletzt aufgrund der desaströsen Erfahrungen, die mit den ersten EU-Beschaffungsprojekten – insbesondere mit dem Airbus A400M (siehe Kasten S. 48) – gemacht wurden, hielt man sich mit weiteren Schritten danach lange Zeit extrem zurück. Mittlerweile wurden die diesbezüglichen Bemühungen aber wieder intensiviert, da man befürchtet, ohne eine intensivierte Rüstungskooperation in die machtpolitische Irrelevanz abzugleiten: „Nur durch die Abstimmung ihrer Verteidigungsanstrengungen und die kollektive Fokussierung auf die Defizite können die Europäer im Militärbereich relevant bleiben.“³⁷⁵

Unter dem Stichwort „Pooling & Sharing“ ist es deshalb das erklärte Ziel der so genannten Gent-Initiative, die Bereiche europaweiter Rüstungszusammenarbeit erheblich auszuweiten.³⁷⁶ Der Europäische Rat billigte am 9. Dezember 2010 die schwedisch-deutschen Vorschläge, indem er die intensivierte Zusammenarbeit im Rüstungsbereich als unerlässlichen „Kräftemultiplikator“ bezeichnete und die Mitgliedsstaaten aufforderte, in diese Richtung verstärkte Anstrengungen zu unternehmen: „Der Rat weist darauf hin, dass die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die nationalen Verteidigungshaushalte als Gelegenheit verstanden werden müssen, der Entwicklung militärischer Fähigkeiten in Europa einen neuen Impuls zu geben, damit die ehrgeizigen Ziele in diesem Bereich verwirklicht, noch verbleibende Lücken geschlossen und die Verteidigungsfähigkeiten, die zur Unterstützung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und zur Verwirklichung nationaler Fähigkeitsziele erforderlich sind, gewährleistet, unnötige Duplizierungen in den Mitgliedstaaten aber vermieden werden können. [...] Um

die militärischen Fähigkeiten in Europa zur Unterstützung und Vertiefung der GSVP zu stärken, ruft der Rat die Mitgliedstaaten auf, alle Gelegenheiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Fähigkeitsentwicklung zu ergreifen. Insbesondere weist er darauf hin, dass Optionen zur Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten entwickelt werden müssen.³⁷⁷

Im Juli 2011 legte der Europäische Auswärtige Dienst einen ersten Zwischenbericht vor, in dem ebenfalls betont wurde, dass „die Europäische Union, wenn sie ein aktiver Spieler in der Welt bleiben will, hochgradig leistungsfähige militärische Kräfte aufrecht erhalten muss – dies ist wesentlich für eine glaubwürdige Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. [...] Wenn wir die europäischen militärischen Fähigkeiten erhalten und ausbauen wollen, muss die multinationale Zusammenarbeit zu einem Reflex werden – die Regel, anstatt die Ausnahme.“³⁷⁸ Mit diesem Arbeitsauftrag gingen das EU-Militärkomitee und der EU-Militärstab bei den Mitgliedsstaaten hausieren und sam-

melten mittlerweile über 300 Vorschläge für Bereiche, in denen die Rüstungskooperation intensiviert werden soll und kann.³⁷⁹ Diese werden nun geprüft und das Ziel ist es, ab Mitte 2012 konkrete Projekte anzuleiern.³⁸⁰

Wie in diesem Zusammenhang der britisch-französische „Verteidigungspakt“ vom November 2010 zu bewerten ist, darüber gehen die Meinungen derzeit extrem auseinander. Einige sehen in dem Bündnis bereits den Sargnagel für die Versuche, eine Europäisierung der Militärpolitik zu forcieren. Denn die Vereinbarung wurde vollkommen außerhalb des EU-Rahmens abgeschlossen, was vor allem für Frankreich eine extreme Kehrtwende darstellt. Paris hatte sich bis dato stets für eine Stärkung der EU-Kompetenzen im Militärbereich eingesetzt, scheint aber hierfür derzeit (ebenso wenig wie London, das hier aber schon immer bremst) weniger Begeisterung an den Tag zu legen. Der Grund liegt teils in einer gewissen Desillusionierung mit den bisherigen Fortschritten im EU-Militärbereich. Sie kann allerdings nicht ausschlaggebend gewesen

Pleiten, Pech und Pannen: EU-Beschaffungsprojekte als ineffiziente Milliardengräber – Das Beispiel Airbus A400M

In der Theorie mag es auf den ersten Blick einleuchten, dass die Bündelung und damit die Erhöhung der Auftragsvolumen in Form von gesamteuropäischen Beschaffungsprojekten zu Effizienzsteigerungen in Form niedrigerer Stückpreise führt – in der Praxis jedoch nicht. Das wohl drastischste Beispiel hierfür ist der von EADS fabrizierte Militärtransporter Airbus A400M, das mit Abstand größte europäische Rüstungsprojekt mit einem anfänglichen Gesamtvolumen von etwa 20 Mrd. Euro. Eine Abnahme von Flugzeugen haben aus der Europäischen Union Frankreich (50), Deutschland (53, von denen allerdings 13 für den Weiterverkauf gedacht sind), Spanien (27), Großbritannien (22), Belgien (7) und Luxemburg (1) zugesichert.

Die große Nachfrage nach dem Airbus A400M erklärt sich daraus, dass eigene Fähigkeiten zum Transport von Truppen in Einsatzgebiete als eine wesentliche Voraussetzung für effektive Ausübung militärischer Macht erachtet werden. Über die Gründe, sich einen EU-Militärtransporter zuzulegen, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, technisch sei im Projekt zwar der Wurm drin, dennoch müsse jedoch an ihm festgehalten werden: „Politisch aber steht er für einen Traum der Europäer, jedenfalls solcher, für die Europa nicht nur eine politische oder eine Währungsunion ist, sondern auch eine militärische. Eine militärische Union, die gemeinsam mit ihren Truppen den Frieden in Afghanistan rettet oder den Wiederaufbau in Afghanistan vorantreibt – und dies auch noch mit eigenen, unabhängig von den Amerikanern und Russen entwickelten Rüstungsgütern kann.“¹

Durch zahlreiche technische Probleme entwickelte sich der Airbus A400M inzwischen zum Milliardengrab. Frankreich sollte im Frühjahr 2010 und Deutschland ein Jahr später das erste Flugzeug erhalten. Inzwischen ist davon die Rede, Frankreich würde zum Jahreswechsel 2012/2013 ein erstes Flugzeug erhalten, allerdings nur in einer stark reduzierten Basisversion.² Die Mehrkosten des Projektes belaufen sich mittlerweile mindestens – manche

Schätzungen liegen deutlich höher – auf 5,3 Mrd. Euro. Das war jedenfalls der Betrag, über dessen Aufteilung es zwischen den Bestellerländern und EADS ein heftiges Gerangel gab. Im Ergebnis übernehmen die Staaten 3,5 Mrd. Euro der bereits jetzt angefallenen Mehrkosten. „Teuer, noch teurer, A400M“, titelte hierzu *Focus Online*.³ Darüber hinaus wird das Flugzeug auch deutlich weniger leisten können als ursprünglich vertraglich vereinbart war: „Der Militärtransporter kommt später, kostet mehr und wird weniger leisten als versprochen.“⁴

Weshalb trotzdem eisern an dem Projekt festgehalten wird liegt daran, dass es als Modell zur Nachahmung dienen und so bei der Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie „eine wesentliche Rolle“ spielen soll.⁵ Das ging allerdings gründlich daneben, doch das Projekt ist „too big to fail“, schreibt die *Stiftung Wissenschaft und Politik*: „Ein Scheitern des Vorhabens würde die rüstungspolitische Kooperation in Europa und die Leuchtturmfunktion des A400M für die europäische Rüstungsindustrie schwer beschädigen.“⁶ Dies ist umso problematischer, weil es sich beim Airbus A400M beileibe nicht um einen Einzelfall handelt: Aus dem Ruder laufende Kosten sind bei den bisherigen EU-Beschaffungsprojekten nicht die Ausnahme, sondern die Regel.⁷

Anmerkungen:

- 1 Hrsg.: Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg e.V. (Hg.): EADS/Airbus: Ein Global Player im Kreeftslag. MIK und Stamokap in Hamburg, Hamburger Skripte 19, Dezember 2009
- 2 Staaten besiegeln Milliardenhilfe für Militärtransporter, Spiegel Online, 07.04.2011.
- 3 Neue Geldspritze für das Sorgenkind A400M. Teuer, noch teurer, A400M, Focus Online, 07.04.2011.
- 4 Fasse 2010.
- 5 Bertges 2009, S. 127.
- 6 Brune, Sophie u.a. 2010, S. 4.
- 7 Mölling/Brune 2011 S. 56.

sein, da sich Paris ja gleichzeitig auch für die Initiative des Weimarer Dreiecks engagierte, die zu einer Stärkung der EU-Militärkomponente beitragen soll. So könnte auch die Sorge beider Länder vor dem immer unverhohlener artikulierten deutschen Vormachtanspruch in Europa eine Motivation gewesen sein, enger zusammenzuarbeiten.³⁸¹ In jedem Fall ist die Tatsache, dass ein derart weit reichendes Kooperationsprojekt vollkommen außerhalb des EU-Daches vereinbart wurde, nicht unbedingt ein Zeichen für die Stärkung der EU-Militärkomponente: „Der militärische Schulterschluss mit London ist im Grunde eine Beerdigung der bisherigen eigenständigen EU-Militärpolitik.“³⁸²

Auf der anderen Seite wird allerdings hervorgehoben, die eigentlich wesentlichen Passagen des Vertrages sprechen eine ganz andere Sprache. Deshalb handelt es sich hierbei aus Sicht vieler Militärs und Strategen um ein überaus begrüßenswertes Beispiel europäischer Rüstungszusammenarbeit. So sieht der Vertrag u.a. den Aufbau einer gemeinsamen Eingreiftruppe und die Kooperation bei der Erforschung neuer Waffensysteme vor, sogar im hochsensiblen Nuklearwaffenbereich. Besonders weit reichend sind die Absätze zur gemeinsamen Industriepolitik: „Wir haben uns auf einen auf zehn Jahre angelegten strategischen Plan für den britischen und französischen Waffensektor verständigt, in dem wir auf einen einzigen europäischen Auftragnehmer und auf Effizienzsteigerungen in der Größenordnung von 30 Prozent hinarbeiten. Die Strategie wird die Effizienz bei der Bereitstellung militärischer Fähigkeiten maximieren, unsere Technologien besser nutzbar machen, größere gegenseitige Abhängigkeit erlauben und die Waffenindustrielle Basis konsolidieren.“³⁸³

Dies stellt tatsächlich einen radikalen Wandel der britischen Position dar, da London bislang unter Berufung auf nationale Souveränitätsvorbehalte europäischen Kooperationsprojekten und einer gemeinsamen Industriepolitik im Rüstungsbereich stets extrem kritisch gegenüberstand.³⁸⁴ Außerdem decken sich die Grundannahmen, auf denen der Vertrag und die daraus abgeleiteten Maßnahmen basieren, mit den Überlegungen, die im Rahmen der Gent-Initiative angestellt werden. So schreibt Ex-EDA-Leiter Nick Witney: „Die wirkliche Bedeutung liegt in der impliziten Anerkennung beider Parteien, dass ihre individuellen Ansprüche für einen Status als Globalmächte nur aufrecht erhalten werden können, wenn sie damit beginnen, ihre Verteidigungsanstrengungen zusammenzulegen.“³⁸⁵ Damit ist die Hoffnung verknüpft, dass die britisch-französischen Vereinbarungen Vorbildfunktion und Ausgangspunkt für weitere europaweite Initiativen in dieselbe Richtung sein werden.³⁸⁶

5.5 „Rüstungsexporte sind überlebenswichtig!“

Neben den „segensreichen“ Wirkungen der Verbringungsrichtlinie für die Förderung eines einheitlichen EU-Rüstungsmarktes verfolgt man mit ihr noch ein weiteres wesentliches Interesse: Mit der Richtlinie sollen die nationalstaatlichen Standards für Rüstungsexporte auf den kleinsten gemeinsamen Nenner abgesenkt – „harmonisiert“ – werden. Die Folge wird ein massives Anwachsen von Rüstungsexporten sein, obwohl die Länder der Europäischen Union schon heute die weltweit größten Waffenlieferanten sind. Da der „Verhaltenskodex für Waffenexporte“ löchrig wie ein Schweizer Käse ist, gehen viele dieser Waffen zudem in Krisengebiete, wo sie Konflikte anheizen und zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt werden.

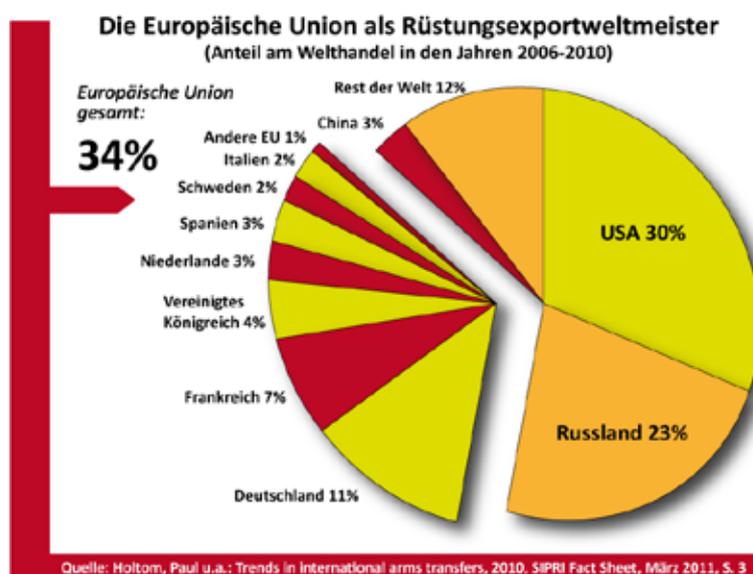
stungsexporten sein, obwohl die Länder der Europäischen Union schon heute die weltweit größten Waffenlieferanten sind. Da der „Verhaltenskodex für Waffenexporte“ löchrig wie ein Schweizer Käse ist, gehen viele dieser Waffen zudem in Krisengebiete, wo sie Konflikte anheizen und zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt werden.

5.5.1 Die Europäische Union als Rüstungsexportweltmeister

Laut dem aktuellen SIPRI-Bericht kann die Europäische Union für das Jahr 2010 zum wiederholten Male für sich den zweifelhaften „Erfolg“ beanspruchen, mit einem Anteil von 34 Prozent den Titel des Rüstungsexportweltmeisters errungen zu haben. Erst danach folgen die USA mit 30 Prozent und Russland mit 23 Prozent. Innerhalb der EU besetzt Deutschland mit einem weltweiten Anteil von 11 Prozent die Spitzenposition, gefolgt von Frankreich mit 7 Prozent und Großbritannien mit 4 Prozent.³⁸⁷

Viele dieser Exporte werden an Länder mit – vorsichtig formuliert – zweifelhafter Menschenrechtsbilanz und/oder in Krisengebiete exportiert. In den letzten zehn Jahren genehmigte etwa Deutschland Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien in Höhe von 675 Mio. Euro, nach Bahrain in Höhe von 22 Mio. Euro, in den Jemen in Höhe von 12 Mio. Euro und nach Ägypten in Höhe von 268 Mio. Euro. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum deutsche Exporte im Umfang von 3,5 Milliarden Euro in die Länder im Nahen Osten und Nordafrika genehmigt.³⁸⁸ Mathias John, Rüstungsexperte von *Amnesty International*, äußerte sich hierzu folgendermaßen: „Diese Waffenlieferungen sind genehmigt worden, obwohl schon damals ein erhebliches Risiko bestand, daß damit Menschenrechtsverletzungen begangen werden.“³⁸⁹

Dies geschieht, obwohl Deutschland verglichen mit anderen EU-Ländern über – relativ - umfassende Rüstungsexportbeschränkungen verfügt, die offensichtlich aber nur bedingt greifen. Insofern verwundert es auch nicht, dass europaweit Waffen munter in Konfliktregionen exportiert werden. So förderte eine im November 2011 veröffentlichte Untersuchung zu Tage, dass europäische Länder im Zeitraum zwischen 2001 und 2009 Rüstungsgüter im Wert von über 50 Mrd. Euro in die Krisenregion Nordafrika und Mittelost exportiert haben.³⁹⁰



5.5.2 Verbringungsrichtlinie als Rüstungsexportoffensive

Die Verteidigungsindustrie setzt immer stärker auf eine Ausweitung der Exporttätigkeiten, um ihre Profite zu maximieren. Als Begründung muss abermals herhalten, dass die einheimischen Märkte zu begrenzt seien, um das notwendige Volumen für eine konkurrenz- und damit überlebensfähige Rüstungsindustrie zu gewährleisten. So äußerte sich etwa Heinz Marzi, bis Ende 2010 Geschäftsführer des *Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie* (BDSV): „Mit einem zurückgehenden nationalen Budget werden für die deutsche wehrtechnische Industrie die Exporte ihrer Produkte zunehmend immer wichtiger und notwendiger.“³⁹¹ Sein Nachfolger beim BDSV, Christian-Peter Prinz zu Waldeck, erklärt die Ausweitung der Exporttätigkeiten sogar zu einer existenziellen Frage: „Es ist eine Frage des Überlebens: Wollen wir diese Industrie erhalten oder wollen wir sie nicht erhalten.“³⁹² Ohne falsche Scheu wenden sich die Rüstungsvertreter dabei an die Politik und fordern Unterstützung für dieses Ansinnen ein: „Angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den europäischen Mitgliedsstaaten ist beim Export Unterstützung durch die Politik und die Begleitung der Industrie durch die Amtsseite unverzichtbar.“³⁹³

Als besonderes Problem werden von der Industrie dabei die aus ihrer Sicht allzu „restriktiven Rüstungsexportbestimmungen“ in vielen EU-Ländern kritisiert.³⁹⁴ Und auch hier erweist sich die Politik einmal mehr als überaus willig, den Interessen der Rüstungsindustrie nachzukommen. So gibt etwa der deutsche CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn - früher u.a. in der Pressestelle von *Krauss-Maffei Wegmann* tätig - zum Besten, er halte es „für denkbar, die deutschen Rüstungsexportrichtlinien etwas zu lockern.“³⁹⁵ Zu diesem Zweck wird mit der Verbringungsrichtlinie vereinfacht formuliert das bisherige Zertifizierungssystem für innereuropäische Waffentransfers von Vorabkontrollen auf Nachkontrollen umgestellt, die noch nicht einmal bindend erfolgen müssen. Salopp gesagt werden damit Persilscheine ausgestellt, innerhalb der Europäischen Union Rüstungsgüter nahezu beliebig verbringen zu können. Dies ist besonders deshalb problematisch, da die Regelungen, was den möglichen Re-Export anbelangt, vollkommen ungenügend sind. Strenge nationale Regelungen könnten sich relativ einfach durch einen Vorabexport in ein „großzügigeres“ EU-Land aushebeln lassen: „Besonders wenn sie re-exportiert werden, können Intra-EU-Verbringungen zum Streitpunkt werden (z.B. Export Belgien – Frankreich – Tschad). Die Angst, dass solche Transfers nahezu unmöglich nachgewiesen werden können, sind wohlbegründet.“³⁹⁶

Diese Sorge ist umso begründeter, da die Verbringungsrichtlinie bezüglich der Bewertung, ob ein Weiterexport von Rüstungsgütern möglicherweise gegen die Bestimmungen des Ursprungslandes verstoßen würde, den Bock zum Gärtner macht: „Das Verfahren der Richtlinie rückt die Unternehmen, die ein endgefertigtes Produkt aus dem Gebiet der EU exportieren wollen, selbst in die Berichtspflicht über mögliche Vorbehalte gegenüber einem Empfängerland. Das aber setzt Loyalität und Wohlverhalten der am Rüstungsgeschäft beteiligten Unternehmen voraus.“³⁹⁷ Damit droht, dass sich die Rüstungsexportbeschränkungen

europaweit dem kleinsten gemeinsamen Nenner annähern, wie viele Kritiker warnen.³⁹⁸ Dies ist umso problematischer, da das existierende Rüstungsexportkontrollsystem auf EU-Ebene mehr als unzureichend ist und es wohl auf absehbare Zeit auch bleiben wird.

5.5.3 Verhaltenskodex ohne Wirkung

In den frühen 1990ern billigte der Europäische Rat acht Kriterien, die zur Erteilung einer Rüstungsexportlizenz erfüllt sein sollten. Diese Kriterien wurden schließlich 1998 in den „Verhaltenskodex für Rüstungsexporte“ aufgenommen.³⁹⁹ Dazu gehört der Verweis, Waffen weder in Krisengebiete (Kriterium 3) noch in Staaten zu exportieren, in denen die Menschenrechte verletzt werden (Kriterium 4). Die Sache hatte nur einen Haken: Es bestand keinerlei Rechtsverbindlichkeit, den Verhaltenskodex auch einzuhalten!⁴⁰⁰

Deshalb erhofften sich viele von der im Dezember 2008 verabschiedeten Gemeinsamen Position zum Verhaltenskodex des Europäischen Rates, mit dem die Kriterien rechtlich bindend wurden, eine erhebliche Verbesserung der desolaten Situation.⁴⁰¹ Diese Hoffnung sollte sich aber schnell als trügerisch erweisen: „Der Verhaltenskodex hat seine Grenzen. Zuerst deckt er lediglich einen begrenzten Teil von Rüstungsexportkontrollen ab: z.B. die acht Kriterien und Bestimmungen zum Austausch von Informationen und zur Transparenz. Andere Aspekte werden den Mitgliedsstaaten zur Entscheidung überlassen, einschließlich der Strukturen der nationalen Behörden, die Ausfuhrlizenzen erteilen sowie die von ihnen implementierten Prozeduren. Zweitens beruht der Kodex stark auf der Implementierung und Interpretation jedes Mitgliedslandes: Die Entscheidung, eine Exportlizenz zu gewähren, verbleibt in nationaler Zuständigkeit.“⁴⁰²

So sind viele EU-Staaten der Auffassung, Waffenexporten in Länder wie Saudi Arabien, Israel oder den Tschad seien problemlos mit den acht Kriterien vereinbar.⁴⁰³ Somit ist der Verhaltenskodex in dieser Form vollkommen ungeeignet, die sich anbahnende Rüstungsexportoffensive in die Schranken zu weisen – im Gegenteil: „Alle bis auf die fragwürdigsten Waffenexporte (und manchmal sogar die) erhalten eine Fassade formaler Legitimität.“⁴⁰⁴

Für die Rüstungsindustrie ist dieses Spiel über die Brüsseler Bande wie so häufig überaus attraktiv. Die Verbringungsrichtlinie ermöglicht es, die existierenden nationalen Rüstungsexportbestimmungen zu umgehen, was über eine offizielle Aufweichung der Ausfuhrkriterien angesichts der Stimmung in der Bevölkerung wohl häufig nur schwer möglich wäre. So ergab etwa eine repräsentative Umfrage unter der deutschen Bevölkerung im Oktober 2011, dass überwältigende 78% generell gegen jegliche Rüstungsexporte sind, weitere 11 Prozent wollen sie für Ausfuhren in Krisengebiete verbieten und gerade einmal 7 Prozent sprechen sich generell für solche Exporte aus.⁴⁰⁵

5.6 Europäisierung der Militärpolitik - Die Krise als Chance?

Ohne eine forcierte EU-Rüstungskoooperation, aber auch generell eine Europäisierung der Außen- und Militärpolitik sehen Propagandisten einer imperialen EU-Geostrategie wie James Rogers (vgl. Kapitel 2.3) schwarz

für die Perspektiven einer Militärmacht Europa. Der Grund: „Die alten europäischen Nationalstaaten sind nicht mehr länger groß genug, um ihrer Stimme in einer sich schnell verändernden Welt Gehör zu verschaffen. Der beste Weg, um die Werte, die diesen Nationen wichtig sind, zu beschützen, besteht in größeren und mächtigeren Zusammenschlüssen. [...] *Kurz gesagt, die Europäische Union muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden.*“⁴⁰⁶

Etwas weniger pointiert, aber dennoch mit demselben Hintergedanken fordert auch der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering: „In der Finanz- und Wirtschaftspolitik haben die Eurostaaten entscheidende nationale Kompetenzen schon an die supranationale Ebene übertragen. Es ist an der Zeit, dies auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu wagen.“⁴⁰⁷ Auch Industrievertreter wie Cassidian-Chef Stefan Zoller können sich mit solchen Vorschlägen anfreunden: „Eine europaweite industriepolitische Konsolidierung kann erfolgreich nur dann betrieben werden, wenn die Politik das will und dazu bereit ist, nationale Souveränität zugunsten höherer Effizienz und Effektivität in Verteidigung und Sicherheit partiell aufzugeben.“⁴⁰⁸

Naturgemäß gibt es gegenüber solchen Absichten in den Nationalstaaten aber extreme Vorbehalte. Die Gründe, weshalb den Einzelstaaten an der Stärkung ihrer eigenen Rüstungsunternehmen gelegen ist, liegen auf der Hand. Steuern und Arbeitsplätze sind hier sicher nicht einmal die wichtigsten Motive, sondern die Tatsache, dass für die Einzelstaaten dasselbe gilt, wie für die Europäische Union als Ganzes. Auch die Mitgliedsländer sehen im Erhalt einer eigenständigen Rüstungsindustrie ein wichtiges machtpolitisches Mittel, weshalb man in diesem Bereich ungern in die Abhängigkeit eines anderen EU-Staates geraten will.⁴⁰⁹ Kurz gesagt: alle sind für einen Europäisierungsprozess, aber bitte nicht auf Kosten der eigenen Unternehmen. So beklagte sich der ehemalige EDA-Leiter Nick Witney: „Ganz grundsätzlich beharren die Staaten darauf, dass es der Wirtschaft obliege, ihre Unternehmen auf Grundlage kommerzieller Überlegungen zu konsolidieren. Aber dieselben Politiker [...] versuchen sicherzustellen, dass wenn die unausweichliche Schrumpfung und Konsolidierung der Industrie eintritt, ihre eigenen ‚nationalen Champions‘ unter den letzten sind, die überleben.“⁴¹⁰

Wie bereits angedeutet, wurde dies überdeutlich bei den Versuchen, eine „Marine-EADS“ zu schaffen: „Alle Überlegungen für eine an sich wirtschaftlich plausible Zusammenführung der Unternehmen zu einer Art ‚EADS der Meere‘ sind an nationalen Interessen in Bezug auf die industriellen Führerschaft, die Sicherung von Technologie und regionaler Beschäftigung gescheitert.“⁴¹¹ Selbst im EU-Vorzeigeprojekt EADS gibt es ein Hauen und Stechen, wer im Unternehmen den Ton angibt. Innerhalb des Konzerns fungiere *DaimlerChrysler*, so Aufsichtsratschef Manfred Bischoff, als „Sachwalter und Hüter deutscher Interessen.“⁴¹² Der im November 2011 beschlossene Kauf von zuvor von Daimler gehaltenen EADS-Aktien durch den deutschen Staat dürfte diese Tendenz weiter verstärken.⁴¹³ Versuche des französischen Staates, Einfluss zu nehmen, werden andererseits scharf kritisiert: „Die EADS ist ein Modell für die perfekte Organisation franzö-

sischer Hegemonie im deutsch-französischen Kostüm.“⁴¹⁴ Dies lässt sich verallgemeinern: „Verschiedene nationale Interessen bezüglich der Technologieentwicklung und des Erhalts von Arbeitsplätzen und gewisse regionale Erwägungen stehen diesem [Konsolidierungs]Prozess bis jetzt jedoch entgegen. Große Hindernisse für ein potenzielles Europäisierungsprojekt sind außerdem der unterschiedliche Ablauf der Beschaffungsaufträge, die teilweise widersprüchlichen Einsatzanforderungen von Waffenplattformen und unvereinbare Eigentumsstrukturen der Unternehmen.“⁴¹⁵

Für die Überwindung von Widerständen gegenüber einer Europäisierung der Militärpolitik könnte sich die die Wirtschafts- und Finanzkrise als regelrechter „Glücksfall“ erweisen. Diese Hoffnung hegt jedenfalls eine Studie des Generaldirektorats für Außenpolitik des Europäischen Rates: „Die Finanzkrise kann für den europäischen Verteidigungssektor ein Risiko, aber auch eine Gelegenheit sein: Einerseits klingt es plausibel, dass sinkende Budgets den Druck auf die Mitgliedsstaaten erhöhen zu kooperieren und die EU-Probleme hinsichtlich der Kapazitätsentwicklung und der Restrukturierung der Verteidigungsindustrie und -märkte zu überwinden. Andererseits dominieren nationale Vorgaben weiterhin und zwar ungeachtet eines Jahrzehntes der Rhetorik und an Initiativen für mehr Zusammenarbeit und weniger nationalen Einfluss auf die EU-Verteidigungspolitik.“ Dies sei nicht mehr weiter hinnehmbar, so die Studie, es könne nicht länger angehen, „Ressourcen unter dem Deckmantel nationaler Souveränität zu verschwenden.“⁴¹⁶

Andere Studien geben sich geradezu optimistisch, dass sich die Finanzkrise als „idealer“ Hebel für die Herausbildung eines EU-MIK herausstellen wird: „Die gegenwärtige Finanzkrise entpuppt sich in vielen Mitgliedsstaaten als eine Gelegenheit, um schmerzhaft aber notwendige strukturelle Reformen umzusetzen.“⁴¹⁷ Die *Stiftung Wissenschaft und Politik* spricht gar von einem „europäischen Imperativ“ und begründet dies folgendermaßen: „Mit der Finanzkrise steigt der Druck auf alle EU-Mitgliedsstaaten, ressourcensparende Lösungen zu suchen. [...] Die Tradition national gedachter Verteidigungsplanung muss durchbrochen werden, damit sich Effizienzpotenziale auf EU-Ebene nutzen lassen.“⁴¹⁸ Summa summarum: „Die finanziellen Einschränkungen könnten sich im Nachhinein als Segen für die europäischen Militärkapazitäten erweisen.“⁴¹⁹

6. EU-MIK: Risiken und Nebenwirkungen

Weniger ist bekanntlich meist mehr. Für die Entwicklungen im europäischen Rüstungs- und Militärbereich, die notwendigerweise zur Schließung vieler kleinerer Firmen und einer Verlagerung von Kompetenzen auf die Brüsseler Ebene führen werden, trifft dies allerdings aus friedenspolitischer Sicht ganz und gar nicht zu. Zwar gibt es keinen Grund, untergehenden einzelstaatlichen Rüstungsindustrien allzu viele Tränen nachzuweinen. Sich hiervon allerdings eine Absenkung der Rüstungsausgaben oder gar eine weniger aggressive Außenpolitik zu erhoffen, ist bestenfalls naiv.

Vor allem die drohende weitere Europäisierung der Militärpolitik muss Anlass zur Sorge geben. Angesichts der Tatsache, dass das Europäische Parlament bei der Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik so gut wie keine Rolle spielt⁴²⁰, wird hierdurch die Fähigkeit des Politisch-Militärisch-Industriellen Komplex, die EU-Politik in seinem Sinne lenken zu können, noch weiter zunehmen. Allerdings sollte man dabei nicht übersehen, dass sich die Militarisierung der Europäischen Union nicht einfach als Produkt der Profitinteressen der Rüstungsindustrie erklären lässt. Wie dargestellt, wird sie von einer Reihe anderer Motive befeuert: „Die Betonung der Eigendynamik des MIK allein kann seine Rolle nicht erfassen, weil der MIK seine Position und Dynamik gerade auch aus der Reproduktion weiterer gesellschaftlicher Verhältnisse, zu deren Verteidigung er beitragen soll, bezieht.“⁴²¹

Die Militarisierung der Europäischen Union ist das Resultat des Unwillens, aggressiver Machtpolitik und Ausbeutung endgültig den Rücken zuzukehren. Stattdessen werden Milliardenbeträge in einen Militärapparat investiert, dessen primäres Ziel genau darin besteht, Armut, Ausbeutung und Unterdrückung in der Welt aufrechtzuerhalten. Dies wiederum verstärkt die Tendenz, militärische Lösungen für Probleme zu suchen, die sich nur auf andere Weise lösen lassen. Wer über einen Hammer verfügt (und Hämmer verkauft), für den sind bekanntlich alle Probleme Nägel: „Einiges spricht dafür, dass [...] die globalen Verwerfungen weiterhin zunehmen werden. [...] Die militärische Sicherheitspolitik, mit der die zunehmend gewaltförmige Konstellation unter Kontrolle gehalten werden soll, lässt wenig Gutes erwarten. So gesehen wäre es besser, wenn der ‚schlafende Riese‘ nicht erwacht und ‚mittelfristig oder langfristig zu einer imperialen Großmacht‘ wird. Ohne die entsprechenden militärischen Kapazitäten sieht man sich vielleicht eher genötigt, über die Ursachen der zunehmenden Verwerfungen nachzudenken.“⁴²²

Wäre man bereit, über diese Ursachen nachzudenken, so müssten ganz andere Maßnahmen auf der Tagesordnung stehen. Notwendig wären u.a. die Einstellung sämtlicher Rüstungsexporte, die Beendigung der ausbeuterischen neoliberalen Außenwirtschaftspolitik, die sofortige Abrüstung und die Umleitung der freiwerdenden Gelder zugunsten sinnvoller Entwicklungshilfe. Das *Committee on Disarmament, Peace & Security* (CDPS), eine friedenspolitisch engagierte Nichtregierungsorganisation, verglich unlängst Rüstungsausgaben mit den geschätzten Kosten, die zur Erreichung der Millennium-Ziele zur Bekämpfung der Armut (MDG) erforderlich wären. CDPS zufolge könnten extreme Armut und Hunger mit 39-54 Mrd. Dollar beseitigt werden. Die Gewährleistung universeller Bildung und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit würden weitere 10-30 Mrd. Dollar erfordern. Um die Kindersterblichkeit um 2/3 zu senken, die Gesundheit von Müttern zu verbessern sowie Aids, Malaria und andere Krankheiten zu bekämpfen, würden 10-25 Mrd. Dollar benötigt. Schließlich seien zum Schutz der Umwelt 5-21 Mrd. Dollar erforderlich.⁴²³ Mit anderen Worten, zur Umsetzung der Millennium-Ziele, die bis 2015 erreicht werden sollten, aber meilenweit verfehlt werden, wären 64-130 Mrd. Dollar notwendig – also ungefähr 8 bis 16 Prozent dessen, was die NATO-Staaten jährlich in die Rüstung pumpen!



Airbus A400M, Foto: Wikipedia

Anmerkungen

- 1 Wenn im Folgenden von „Europa“ oder der „europäischen“ Bevölkerung die Rede ist, so ist sich der Autor bewusst, dass die Europäische Union keineswegs sämtliche Länder und Menschen des Kontinents umfasst. Auch wenn deshalb eigentlich von „EUropa“ und „EUropäisch“ die Rede sein müsste, wird in dieser Studie die andere, weil deutlich lesbarere Schreibweise verwendet.
- 2 Vgl. ZDF-Politbarometer vom 21. Mai 2010.
- 3 Vgl. Jones, Ben: Franco-British military cooperation: a new engine for European defence? Institute for Security Studies (ISS), Occasional Paper, Februar 2011, S. 16.
- 4 Flanagan, Stephen u.a.: Outlook for Defense. Doing Less with Less?, in: Flanagan, Stephen u.a. (Hg.): Diminishing Transatlantic Partnership? The Impact of the Financial Crisis on European Defense and Foreign Assistance Capabilities, Center for Strategic and International Studies (CSIS), 03.05.2011, S. 15 (Das Zitat stammt von Jack Treddenick). Die Ergebnisse der Mitte September 2011 veröffentlichten „Transatlantic Trends“, die nahelegen, es gäbe sehr niedrige Zustimmungswerte für eine Kürzung der Rüstungshaushalte, widersprechen dem nur auf den ersten Blick. Das Problem ist, dass in den „Transatlantic Trends“ lediglich allgemein gefragt wurde, ob Einsparungen im Rüstungsbereich gewünscht sind, nicht aber, ob eher dort oder in anderen (sozialen) Haushalten. Durch die fahrlässige Anordnung und Präsentation der Umfrageergebnisse wird sogar – vermutlich bewusst, schließlich wurde die Umfrage von diversen militärnahen Einrichtungen und dem schwedischen Verteidigungsministerium erhoben – der komplett falsche Eindruck erweckt, die Bevölkerungsmehrheit spreche sich für Sozialkürzungen statt für Einschnitte im Verteidigungsetat aus. Siehe Transatlantic Trends 2011. Key Findings, 14.09.2011, URL: http://www.gmfus.org/publications/TT/TT2011_final_web.pdf (17.11.2011), S. 25. Wie die Ergebnisse dadurch manipuliert werden, zeigt sich anhand den USA. „Transatlantic Trends“ zufolge würden lediglich 34% der US-Bevölkerung eine Absenkung des Rüstungshaushaltes befürworten. Eine ebenfalls 2011 erschienene Umfrage von Reuters, die eine Prioritätensetzung zwischen verschiedenen Haushaltskürzungen ermöglicht, kommt zu anderen Ergebnissen: 51 Prozent favorisieren Einschnitte im Militäretat, lediglich 28 Prozent bei Medicare. Siehe Public prefers cutting defense spending: Reuters/Ipsos poll, Reuters, 09.03.2011.
- 5 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177 (INI)), Absatz 1.
- 6 ASD President issues wake up call over defence cooperation, ASD-Newsletter, April 2011, S. 1.
- 7 Budgetkürzungen zwingen Rüstungsindustrie zum Sparen, Financial Times Online, 28.09.2011; EADS kämpft um Absatz. Rüstungskonzerne wie EADS gehen schweren Zeiten entgegen, Frankfurter Rundschau Online, 27.07.2010.
- 8 Berteau, David u.a.: A Healthy, Diversified, Defense industry Despite Declining European Demand, in: Flanagan u.a. 2011, S. 29-37, S. 36.
- 9 Berteau 2011, S. 35.
- 10 Vgl. Guy Ben-Ari u.a.: European Defense Trends: Briefing Update, CSIS, Defense Industrial Initiatives Group, 29.07.2011, S. 21ff.; AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD): Fact and Figures 2010, September 2011, S. 7; Beste, Ralf u.a.: Krisen sind ihr Geschäft, Der Spiegel 28/2011.
- 11 Vgl. Jones 2011, S. 7.
- 12 Seibert, Bjoern H.: Operation Eufor Tchad/RCA and the European Union's Common Security and Defense Policy, Strategic Studies Institute, Carlisle, Oktober 2010, S. 73.
- 13 Studie orte Handlungbedarf im Rüstungssektor, Horváth & Partners, Pressemitteilung, 04.11.2011, URL: [http://www.horvath-partners.com/Pressemitteilungen-Detail.182.0.html?&cHash=4e59d4185a3ade4abf318d823595af4&tx_ttnews\[backPid\]=117&tx_ttnews\[tt_news\]=349](http://www.horvath-partners.com/Pressemitteilungen-Detail.182.0.html?&cHash=4e59d4185a3ade4abf318d823595af4&tx_ttnews[backPid]=117&tx_ttnews[tt_news]=349) (28.11.2011).
- 14 Wikipedia: Dwight D. Eisenhower.
- 15 Barrinha, André: Moving towards a European Defence Industry? The Political Discourse on a Changing Reality and its Implications for the Future of the European Union, in: Global Society, Vol. 24, Nr. 4, Oktober 2010, S. 467-485, S. 468.
- 16 Norheim-Martinsen, Per M.: EU capabilities for a comprehensive approach: Broad interoperability as comparative advantage, FFI-rapport 2009/01300, S. 23.
- 17 Guérot, Ulrike/Witt, Andrea: Europas neue Geostrategie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 17/2004), S. 6-12, S. 6f.
- 18 Rogers, James: A diagram of European 'grand strategy', European Geostrategy, 14.09.2011.
- 19 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 53.
- 20 Witney, Nick: How to stop the demilitarization of Europe, European Council on Foreign Relations (ECFR), Policy Brief 40, November 2011, S. 1. „Politische Gestaltungskraft ist in der internationalen Politik aber unveränderlich an militärische Stärke gebunden“, schreibt etwa auch Hans-Gert Pöttering, von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments. Siehe Pöttering, Hans-Gert: Die EU vor wachsenden Herausforderungen, in: Kaldrack, Gerd F./Pöttering, Hans-Gert (Hg.): Eine einsatzfähige Armee für Europa. Zur Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, Wiesbaden 2011, S. 46-57, S. 49.
- 21 Massala, Carlo: Europa zwischen USA und Russland – ist eine europäische Armee die richtige Antwort? in: Kaldrack/Pöttering 2011, S. 135-143, S. 140f.
- 22 Lühmann, Malte: Ziele und Instrumente neoliberaler EU-Außenpolitik, IMI-Analyse 2011/015, S. 1 (Lühmann 2011a); vgl. auch Bieling 2010, S. 109ff.
- 23 Mitteilung der Kommission: Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581, S. 4. Siehe auch die Aussagen von EU-Kommissionschef José Manuel Barroso in seinen „Politischen Leitlinien für die nächste Kommission“ vom 3. September 2009: „Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde hat auch weiterhin oberste Priorität. Aber wir müssen uns auch für Freihandelszonen und Handelsvereinbarungen einsetzen und sicherstellen, daß bei Handelsrunden die Interessen der EU gewahrt werden. [...] Wir müssen daher stärker als bisher alle Register unserer Außenpolitik ziehen, um so mit 'sanfter Gewalt' solide Ergebnisse für die EU-Unternehmen und -Bürger zu erzielen. Das europäische Interesse muss in kohärenter Weise entschlossen geschützt und gefördert werden.“
- 24 Leaman, Jeremy: Hegemonialer Merkantilismus: Die ökonomische Doppelmoral der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2008, S. 76-90, S. 77.
- 25 Vgl. Nel, Philip: The Return of Inequality, in: Third World Quarterly, No. 4/2006, S. 689-706; Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The "Real" History of Free Trade, Foreign Policy in Focus, Special Report, December 2003.
- 26 Vgl. Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Global Europe: Der liberale Imperialismus der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2007, S. 1471-1486, S. 1478.
- 27 Lühmann 2011a, S. 2.
- 28 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12.12.2003, S. 1.
- 29 Yesilanda, Brian u.a.: Competing Among Giants: A Look at How Future Enlargement of the European Union Could Affect Global Power Transition, in: International Studies Review, Vol. 8, No. 4 (December 2006), S. 607-622, S. 620.
- 30 Renard, Thomas: Libya and the Post-American World: Implications for the EU, Egmont Security Policy Brief Nr. 20, April 2011, S. 5.
- 31 Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007, S. 254.
- 32 Vgl. zu den Ursachen, weshalb eine neue Erweiterungsrunde nicht in Frage kommt, Wagner, Jürgen: Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa, Studien zur Militarisierung Europas, 36/2008.
- 33 Georg Vobruba: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas. In: Osteuropa 2-3/2007.
- 34 Mitteilung der Kommission: Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Brüssel, den 11.3.2003 KOM(2003) 104.
- 35 Henk van Houtum/Freerk Boedeltje: Questioning the EU's Neighbourhood Geo-Politics, in: Geopolitics, Vol. 16, No. 1 (2011), S. 121-129, S. 121f.
- 36 Vgl. Martin Brand: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: Utopie kreativ, H. 217 (November 2008), S. 988-1006. Vgl. zur jüngsten Neufassung der ENP im Zuge der revolutionären Umbrüche im arabischen Raum Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik. Europas neoliberale Offensive an der südlichen Peripherie, in: Wissenschaft und Frieden (W&F) 4/2011, S. 36-38.
- 37 Vgl. etwa Christopher S. Browning/Pertti Joenniemi: Geostrategies of the European Neighbourhood Policy, in: European Journal of International Relations, Vol. 14, No. 3 (September 2008), S. 519-551.
- 38 Alan Posener: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss. München 2007, S. 101.
- 39 Leonard, Mark: Why Europe will run the 21st Century, New York 2005, S. 54.
- 40 Rogers, James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper Nr. 42, Januar 2011, S. 12.
- 41 Rogers 2011, S. 21.
- 42 Rogers 2011, S. 4.
- 43 Rogers 2011, S. 4.
- 44 Rogers 2011, S. 23.
- 45 Rogers, James/Simón, Luis: The new 'long telegram': Why we must re-found European integration, Group on Grand Strategy, Long Telegram No. 1/Sommer 2011, S. 3.
- 46 Vgl. zu Coopers Rolle und Einfluss Foley, Frank: Between Force and Legitimacy: the Worldview of Robert Cooper, EUI-RSCAS Working Paper 2007/09.
- 47 Cooper, Robert: The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century, London 2003.
- 48 Vgl. Wagner, Jürgen: Globalisierung, Armut und Krieg. Die Krise des Neoliberalismus und die militärischen Reaktionen des Westens, IMI-Studie 2010/10, S. 4ff.
- 49 Cooper 2003.
- 50 Vgl. etwa Zielonka, Jan: Europe as Empire: The Nature of the En-

- larged European Union, New York 2006; Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft, Bonn 2005; Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa, Frankfurt am Main 2007; Posener 2007. Siehe kritisch Wissel, Jens: Second Empire. Zu den Europäischen Welt(un)ordnungspolitischen Ambitionen, in: Brink, Tobias ten (Hg.): Globale Rivalitäten, Stuttgart 2011, S. 183-202; Wagner 2008.
- 51 „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.
- 52 Algieri, Franco u.a.: Europa Zukunft. Fünf EU-Szenarien, Bertelsmann-Stiftung, München 2003, S.12f.
- 53 Vgl. Kappel, Robert: Der Abstieg Europas und der Vereinigten Staaten -- Verschiebungen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, Giga Focus 1/2011; Ferguson, Niall: The decade the world tilted east, Financial Times, 27.12.2009; Kishore Mahbubani: The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East, New York 2009; Boris, Dieter/Schmalz, Stefan: Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: Prokla, 4/2009, S. 625-643; Zakaria, Fareed: The Rise of the Rest, Newsweek, 12.05.2008; Haass, Richard N.: The Age of Nonpolarity. What Will Follow US Dominance, in: Foreign Affairs, May/June 2008.
- 54 Entwurf eines Berichtes über die Außenpolitik der EU gegenüber den BRICS-Ländern und anderen Schwellenländern: Ziele und Strategien (2011/2111(INI)), Absatz B.
- 55 Entwurf eines Berichtes über die Außenpolitik der EU gegenüber den BRICS-Ländern und anderen Schwellenländern: Ziele und Strategien (2011/2111(INI)), Absatz 3.
- 56 Hough, Andrew: Tony Blair: EU needs elected president, former PM says, The Telegraph, 09.06.2011.
- 57 Brink, Tobias ten: Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster 2008, S. 103. Das Zitat stammt aus einem Artikel von Harald Müller und Niklas Schörnig.
- 58 Vgl. etwa Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009; Wijk, Rob de: The consequences for Europe of the global crisis, in: Europe's World, Autumn 2009; Lucas, Edward: The New Cold War: How the Kremlin Menaces Both Russia and the West, Basingstoke 2008; Gat, Azar: The Return of Authoritarian Great Powers, in: Foreign Affairs, July/August 2007. Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik: Westlicher Vormachtsanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, in: IMI (Hg.): Krisenmanagement: "Sicherheitsarchitektur" im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 5-14.
- 59 Kagan 2008, S. 7.
- 60 Busse, Nikolaus: Harte Zeiten für Friedensbewegte. Eine multipolare Welt bringt die klassische Machtpolitik wieder zurück, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 49-53, S. 53. Auch Erich Vad, der wichtigste militärische Berater der deutschen Kanzlerin, stellt fest: „Die Welt scheint auf eine multipolare Ordnung zuzusteuern, bei der Nordamerika und die Europäische Union zusammen mit Ländern wie Russland, China, Indien und Brasilien in Wettbewerb und Konkurrenz treten und weltweit um Einfluss ringen nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch mit Blick auf Ressourcen, Humankapital und politische Macht.“ Siehe Vad, Erich: Neue geopolitische Herausforderungen im Lichte des erweiterten Sicherheitsbegriffs, in: Feichtinger, Walter/Dengg, Anton (Hg.): Kein Feind in Sicht. Konfliktbilder und Bedrohungsszenarien der Zukunft, Wien 2010, S. 35-44, S. 36.
- 61 Ries, Tomas: Die EU und das globalisierte Sicherheitsumfeld, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, ISS, Mai 2011, S. 67-84, S. 76.
- 62 Vgl. National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008; Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Dezernat Zukunftsanalyse, Juli 2010.
- 63 Dumoulin, André, u. a.: European Defence – A Proposal for a White Paper, Report of an independent Task Force, ISS, Mai 2004, S. 13.
- 64 Brzoska, Michael: Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben?, Zeit Online, 17.08.2006.
- 65 Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003, S. 53. Vgl. auch Blattman, Christopher/Miguel, Edward: Civil War, in: Journal of Economic Literature, 48, Nr. 1/2010, S. 3-57; Congressional Budget Office: Enhancing US Security Through Foreign Aid, Washington, DC, April 1994; UN Millennium Project: Investing in Development, New York 2005; Nafziger, Wayne: Development, inequality, and war in Africa, in: The Economics of Peace and Security Journal, No. 1/2006, S. 13-19; Rice, Susan E./Graff, Corinne, Lewis, Janet: Poverty and Civil War: What Policymakers Need to Know, Brookings Working Paper, December 2006; vgl. für eine hervorragende Literaturübersicht Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 36ff.
- 66 Ries 2011, S. 81f.
- 67 So prognostiziert etwa der European Council on Foreign Relations: „Jüngste Untersuchungen legen nahe, dass die Zahl an Bürgerkriegen erneut ansteigt und die Europäische Union davon ausgehen kann, vermehrt dazu aufgefordert zu werden, Soldaten in Ländern oder Regionen zu stationieren, die gerade einen Konflikt hinter sich haben.“ Siehe Korski, Daniel/Gowan, Richard: Can the EU rebuild failing states? ECFR Policy Paper, October 2009, S. 39.
- 68 Rede von Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, anlässlich der 8. Handelsblatt Konferenz am 25. Oktober 2011 in Berlin, URL: <http://www.bmvg.de> (25.11.2011). Auch im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 findet sich diese „Logik“: „Eigene rüstungstechnologische Fähigkeiten sind die Voraussetzung, um den europäischen Integrationsprozess im Rüstungsbereich mitzugestalten. Sie gewährleisten Kooperationsfähigkeit und sichern den Einfluss bei Entwicklung, Beschaffung und Betrieb von entscheidenden militärischen Systemen. Nur Nationen mit einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen.“ Siehe Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 74.
- 69 Lühmann, Malte: Lobbying Warfare. The arms industry's role in building a military Europe, Corporate Europe Observatory, September 2011, URL: http://www.corporateeurope.org/sites/default/files/publications/CEO_ArmsLobby_en-v2.pdf (22.11.2011), S. 2.
- 70 Zoller, Stefan: Konsolidierung des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsmarktes und globale Herausforderungen, in: Kadlrack/Pöttering 2011, S. 239-249, S. 240 und 248.
- 71 Lühmann 2011, S. 2.
- 72 Neuber, Arno: »Wir empfehlen Rüstungsaktien«. EU-Rüstungskonzerne auf Expansionskurs, in: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hg.): Welt-Macht Europa, Hamburg 2006, S. 278-291, S. 281.
- 73 Bieling 2010, S. 200.
- 74 Lühmann 2011, S. 13.
- 75 Bieling 2010, S. 203.
- 76 Vgl. Slijper, Frank: The emerging EU Military-Industrial Complex. Arms industry lobbying in Brussels, Transnational Institute (TNI), Briefing Series Nr. 2005/01, S. 7.
- 77 Lühmann 2011, S. 8.
- 78 Lühmann 2011, S. 14ff.
- 79 Selbst Teile der Gewerkschaften scheinen hiergegen nicht immun zu sein und springen ebenfalls auf diesen Zug mit auf. Besonders ärgerlich ist in diesem Zusammenhang, wie stark sich die Europäische Metallarbeitergewerkschaft für den Ausbau des EU-Militärapparates stark macht. Ihre Veröffentlichungen sind teils kaum von denen der Rüstungsindustrie zu unterscheiden. Vgl. bspw. European Partnership on the Anticipation of Change in the Defence Industry, EMF Position Papers, 16/2008; EMF Memorandum Defence technology in Europe: political responsibility, industrial development and employment policy perspectives (adopted by the 97th EMF Executive Committee on 7th & 8th June 2004). In Deutschland ist vor allem die IG Metall diesbezüglich in die Kritik geraten. Vgl. Deutsche Systemführerschaft, German-Foreign-Policy.com, 08.09.2011.
- 80 „Diese Zentren formen das strategische Denken über die europäische Strategie und Sicherheit; und, bis zu einem gewissen Grade, arbeiten sie auch mit denselben Experten. [...] Dies ähnelt sehr den amerikanischen Erfahrungen bei der Entwicklung der wesentlichen Elemente von Washingtons Globalstrategie während des Kalten Krieges. Analysten wie Zbigniew Brzezinski, Henry Kissinger, Thomas Schelling, Albert Wohlstetter, Kenneth Waltz, Herman Kahn, usw. reisten herum und suchten Anschluss an die bekanntesten und einflussreichsten Denkfabriken und Universitäten. Mit der Zeit kristallisierte sich aufgrund von personellen Überschneidungen ein ‚innerer Zirkel‘ heraus, dessen Mitglieder damit begannen, sich gegenseitig zu beeinflussen und ausführlich zu zitieren, was zu einem ‚Kernbestand an Literatur‘ über amerikanische Strategie führte. [...] Europäische Strategen tendieren dazu, dies nachzuahmen: ein ‚innerer Zirkel‘ existiert inzwischen und seine Mitglieder zitieren sich gegenseitig recht ausführlich. Personelle Überschneidungen existieren – genau wie im amerikanischen Beispiel. Es gibt eine lebhaftige Debatte über europäische Strategie, die hilfreich ist, ein neues Konzept für die europäische Sicherheit vorzubringen. Langsam entsteht ein Konsens über bestimmte strategische Fragen, wobei die wesentlichen Grundsteine einer neuen europäischen strategischen Kultur gelegt werden, zumindest was den intellektuellen Bereich angeht.“ Siehe Balogh, Istvan: Crafting a ‘grand design’: Are Europeans reviving the concept of ‘grand strategy’?, Group on Grand Strategy, Strategic Snapshot Nr. 1/Juli 2011, S. 8.
- 81 Mölling, Christian/Brune, Sophie-Charlotte: The impact of the financial crisis on European defence, European Parliament, Directorate-General for External Policies of the Union, Policy Department, Brüssel 2011, S. 12.
- 82 Lühmann 2011, S. 2.
- 83 Bertges, Florian: Der fragmentierte europäische Verteidigungsmarkt: Sektorenanalyse und Handlungsoptionen, Frankfurt am Main 2009, S. 249.
- 84 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177(INI)), Absatz 3.
- 85 Haid, Michael/Neuber, Arno: Der militärische Knüppel aus Brüssel, IMI-Analyse 2011/016, S. 1.
- 86 Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, Köln, 3. und 4. Juni 1999.
- 87 Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 7 und 11.
- 88 Vgl. Haid/Neuber 2011, S. 2.

- 89 In den Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 wurden die so genannten Petersberg-Aufgaben übernommen und damit erstmals das militärische Handlungsspektrum in einem EU-Vertrag spezifiziert. Damals umfasste das Aufgabenspektrum "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen."
- 90 Protokoll Nr. 10 über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nach Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 2.
- 91 Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 12.
- 92 Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 11.
- 93 Heise, Volker: Zehn Jahre Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Entwicklung, Stand und Probleme, SWP-Studie, Oktober 2009, S. 22.
- 94 VENRO: Was will Deutschland am Hindukusch? Positionspapier Nr. 7/2009, S. 6.
- 95 Der Bereich wurde mehrfach umbenannt. Zuerst firmierte er unter dem Begriff „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ (ESVI), dann als „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP), bis mit dem Vertrag von Lissabon seit 1. Dezember 2009 eine neuerliche Namensänderung eingeführt wurde.
- 96 Ashton, Catherine: Vorwort, in: Vasconcelos 2011, S. 7-9, S. 7.
- 97 Vgl. Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, Juli 2008. Auch andere teilen diese Kritik: „Bis zum heutigen Tag wurden die ursprünglichen Ziele der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht umgesetzt. Die europäischen Militärplanziele wie das Headline Goal 2003 und das Headline Goal 2010 bleiben unerfüllt.“ Siehe Helbig, Robert: Beyond Pooling and Sharing: Open Europe's Markets, <http://www.atlantic-community.org>, 15.09.2011. Vgl. auch O'Donnell 2011, S. 2.
- 98 Vgl. die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Tagung vom 11./12. Dezember 2008.
- 99 Solana, Javier: Preface, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What ambitions for European defence in 2020?, ISS, Paris 2009 (2. Auflage), S. 7-9, S. 8.
- 100 Vgl. Major, Claudia/Wassenberg, Florian: Polens ambitionierte GSPV-Agenda, SWP Aktuell, August 2011.
- 101 Iwaniuk, Jakub: Italy and Spain join 'Weimar initiative', *Europolitics*, 05.09.2011.
- 102 Vgl. O'Donnell 2011, S. 4; Valasek, Thomas: Surviving Austerity: The case for a new approach to EU military collaboration, CER, April 2011, S. 35.
- 103 Mölling, Christian: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik, SWP-Aktuell, Februar 2010, S. 2.
- 104 Konkret heißt es im Protokoll Nr. 10 über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nach Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 2: „Die an den Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten verpflichten sich [...] zur Verwirklichung der vereinbarten Ziele für die Höhe der Investitionsausgaben für Verteidigungsgüter und zur regelmäßigen Überprüfung dieser Ziele im Lichte des Sicherheitsumfelds und [zu] konkreten Maßnahmen zur Stärkung der Verfügbarkeit, der Interoperabilität, der Flexibilität und der Verlegbarkeit ihrer Truppen insbesondere, indem sie gemeinsame Ziele für die Entsendung von Streitkräften aufstellen und gegebenenfalls ihre nationalen Beschlussfassungsverfahren überprüfen; [sowie zu] einer eventuellen Mitwirkung an der Entwicklung gemeinsamer oder europäischer Programme für wichtige Güter im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur.“
- 105 Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung erfüllten Österreich, Irland, Luxemburg, Malta, Bulgarien, Zypern und Griechenland nicht einmal die von Witney aufgestellten Basiskriterien.
- 106 Biscop, Sven/Coelmont, Jo: Permanent Structured Cooperation. In *Defence of the Obvious*, Egmont Security Brief Nr.11, Juni 2010.
- 107 Bentégeat, Henri: Ziele der europäischen Verteidigung, in: Vasconcelos 2011, S. 111-122, S. 112.
- 108 Howorth, Jolyon: The Future of European Security, EXPO/B/SEDE/2008/16, March 2008.
- 109 Vgl. Mölling/Brune 2011, S. 11.
- 110 O'Donnell 2011, S. 4f.; vgl. auch Mölling/Brune 2011, S. 32.
- 111 Bauer, Thomas: Verteidigungsagentur contra Kommission? – Anspruch und Wirklichkeit einer rüstungspolitischen Gesamtstrategie für Europa, Bertelsmann-Stiftung, Reform-Spotlight 6/2005, S. 8.
- 112 Gemeinsame Aktion 2004/551/GASP des Rates vom 12. Juli 2004 über die Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur.
- 113 Vgl. Meijer, Hugo L.E.: Post-Cold War Trends in the European Defence Industry: Implications for Transatlantic Relations, in: *Journal of Contemporary European Studies*, Vol. 18, No. 1 (March 2010), S. 63-77, S. 67.
- 114 Auch die EU-Kommission ist im Lenkungsausschuss vertreten, hat dort jedoch kein Stimmrecht.
- 115 Vgl. Meirino, Arturo Alfonso: Establishment of the European Defence Agency: A key milestone in the process of constructing European defence, in: *European Defence Agency: Past, Present & Future*, Ministerio de Defensa 2010, S. 19-60, S. 21.
- 116 Berenguer, Fernando Riviera: The Development of Capabilities, in: *European Defence Agency: Past, Present & Future 2010*, S. 61-84, S. 61. Auch der ehemalige EDA-Leiter Alexander Weiss bestätigt dies: „Die Herausforderung besteht darin, alle relevanten Akteure einzubeziehen, um das vorrangige Ziel zu erreichen: die militärischen Kapazitäten der Europäischen Union für das Krisenmanagement zu vergrößern.“ Siehe Weis, Alexander: EDA at Five, in: *EDA Bulletin* Nr. 13, Februar 2010, S. 2-3, S. 2.
- 117 European Defence Agency (EDA): An Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs, Endorsed by the Steering Board on 3 October 2006, S. 8f.
- 118 EDA 2006, S. 11.
- 119 EDA 2006, S. 22f.
- 120 EDA 2006, S. 6.
- 121 EDA 2006, S. 31f. und 29.
- 122 EDA 2006, S. 32.
- 123 Weis, Alexander: Projects, Projects, Projects, *EDA Bulletin* Nr. 10, Februar 2009, S. 1-3, S. 3.
- 124 Luckhardt, Miriam: Europäischer Verteidigungsmarkt in Bewegung. Das militärische Zusammenwachsen der Europäischen Union, *Weltwirtschaft und Welthandel*, 03.12.2009, URL: http://weltwirtschaft-welthandel.suite101.de/article.cfm/europaeischer_verteidigungsmarkt_in_bewegung (22.11.2011).
- 125 Capability Development Plan (CDP), EDA Fact sheet, 09.11.2011.
- 126 Französische Ratspräsidentschaft: Plan zur Fähigkeitenentwicklung (capability development plan) der europäischen Verteidigungsagentur, 11.07.2008, URL: http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-11.07.2008/plan_developpement_capacites_AED.html (25.11.2011).
- 127 Hirth, Matthias/Steidle, Myriam: Die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, URL: <http://192.68.214.70/blz/web/europa/essays/zukunft-der-esvp.asp> (22.11.2011).
- 128 Vgl. Meirino 2010, S. 39.
- 129 European Defence Agency 2011, S. 1.
- 130 Europe of Defence one year after the Lisbon Treaty Review and future prospects, Institute Thomas More, Benchmarking Note 5, Oktober 2010, S. 11.
- 131 Vgl. Liberti, Fabio: Defence spending in Europe: Can we do better without spending more? *Notre Europe*, Juni 2011, S. 31.
- 132 European Defence Agency: Budget: <http://eda.europa.eu/Aboutus/Howwedo/Finance/Budget> (26.11.2011).
- 133 Vgl. *Europe Diplomacy & Defense* No. 372, 07.12.2010. Laut O'Donnell 2011, S. 4 wird angeblich in Großbritannien sogar laut über einen Austritt aus der EDA spekuliert.
- 134 Vgl. Mölling/Brune 2011, S. 26.
- 135 Mölling/Brune 2011, S. 26.
- 136 Seibold, Michael: Europas Rüstungsmarkt: Weniger als die Summe seiner Teile, in: *ADLAS*, 2/2010, S. 15-19, S. 19.
- 137 Vgl. Meirino 2010, S. 42.
- 138 Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zur „Europäischen Rüstungskooperation“, 04.02.2011.
- 139 Pöcher, Harald: Die europäische Rüstungsindustrie. Vom Weltmarktführer zum nachhinkenden Konkurrenten, in: *Truppendienst* Nr. 316/2010.
- 140 Vgl. O'Donnell 2011, S. 4.
- 141 USA warnen vor Kürzung der Verteidigungsausgaben, *Tagesschau* Online, 05.10.2011.
- 142 Remarks by Secretary of Defense Robert Gates, 10.06.2011, URL: <http://www.europeainstitute.org/Documents/on-the-future-of-nato-robert-gates-final-policy-speech.html> (25.11.2011).
- 143 Mölling/Brune 2011, S. 38.
- 144 France: 4% Defense Budget Cut, Al Defaiya, 05.07.2010, URL: http://www.defaiya.com/defaiyaonline/index.php?option=com_content&view=article&id=840%3Afrance-4-defense-budget-cut&catid=56%3Aeuropa&Itemid=2&lang=en (20.11.2011).
- 145 Vgl. Jenkin, Bernard/Grant, George: The Tipping Point: British National Strategy and the UK's Future World Role, Henry Jackson Society, Juli 2010.
- 146 Cremer, Uli: Komplexes Gemisch. Die westlichen Mächte und der Libyenkrieg, in: *W&F* 4/2011, S. 19-22.
- 147 Vgl. Vries, Wendela de: Kapitalismus und Krieg. Die kapitalistische Krise und die europäische Rüstungsindustrie, in: *Friedensforum* 6/2010.
- 148 SIPRI Yearbook 2011, S. 195.
- 149 Flanagan 2011, S. vii.
- 150 Hofbauer, Joachim u.a.: European Defense Trends, Budgets, Regulatory Frameworks, and the Industrial Base, CSIS, 04.11.2010, S. 31f.
- 151 Vgl. Flanagan 2011, S. 4; Hofbauer 2010, S. 39.
- 152 Der Großteil des GASP-Budgets fließt in die Finanzierung der EU-Einsätze. Vgl. Grevi, Giovanni/Keohane, Daniel: Civilian resources for ESDP, in: Grevi, Giovanni u.a. (Hg.): *European Security and Defence Policy – the first 10 years*, ISS 2009, S. 90-114, S. 91.
- 153 Commitments must be made through a basic act Article 49 Financial Regulation, URL: http://www.abgs.gov.tr/tarama/tarama_files/31/SC31EXP_CFSP%20Budget.pdf (22.11.2011), S. 7.
- 154 Mitteilung der Kommission: Ein Haushalt für "Europe 2020", Brüssel, 29.6.2011 KOM (2011) 500, S. 29.
- 155 Peters, Dirk u.a.: Parliaments and European Security: mapping the parliamentary field, in: Wagner, Wolfgang/Deitelhoff, Nicole (Hg.): *The Parliamentary Control of European Security Policy*, ARENA Report Nr. 7/2008, S. 3-28, S. 15.
- 156 Kleine Anfrage (DIE LINKE): Das Instrument für Stabilität der Europäischen Union und hieraus finanzierte sicherheitspolitische Maßnahmen, Drucksache 17/6082, S. 2.
- 157 Außer Dänemark, das sich unter Berufung auf Protokoll Nr. 5 des

- damaligen Amsterdamer Vertrags nicht an der Ausarbeitung und Durchführung von Beschlüssen und Maßnahmen der Union beteiligt, die verteidigungspolitische Bezüge haben.
- 158 Beschluss 2007/384/GASP des Rates vom 14. Mai 2007 über einen Mechanismus zur Verwaltung der Finanzierung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen (Athena). Vgl. für eine genaue Übersicht über die per ATHENA finanzierbaren Elemente Kammerbauer, Barbara: ATHENA – die Finanzierung von Militäroperationen der Europäischen Union, in: Europäische Sicherheit, 5/2011, S. 32-34.
- 159 Vgl. Hantke, Martin: Geheime Militärhaushalte, junge Welt, 07.04.2007; Đurašinović-Radojević, Dragana: The European Parliament – ‘Europe’s Democratic Conscience’, in: Western Balkans Security Observer (English Edition), Nr. 17/2010, S. 13-25, S. 18.
- 160 Bendiek, Annegret/Bringmann, Oliver: ATHENA und die Finanzierung der militärischen ESVP, SWP-Diskussionpapier 2008/05, April 2008, S. 8.
- 161 Kleine Anfrage (DIE LINKE): Die Finanzierung militärischer Einsätze der Europäischen Union über den ATHENA-Mechanismus, Drucksache 16/1551, 18.05.2006, S. 1.
- 162 Furness, Mark: Die Finanzierung von Sicherheit und Entwicklung: der Problemfall Afrikanische Friedensfazilität, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Analysen und Stellungnahmen 11/2011, S. 2.
- 163 Arteaga, Félix: The Need for an Open System to Evaluate European Union CSDP Missions, Analysis of the Real Instituto Elcano (ARI), Nr. 104/2011, S. 3.
- 164 Algieri, Franco: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Wien 2010, S. 110. Vgl. auch Liberti 2011, S. 35.
- 165 Mölling/Brune 2011, S. 14.
- 166 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177(INI)), Absatz 77. Schon im November 2010 hieß es in einer EP-Entschließung: „Das Europäische Parlament [...] fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, eine Einigung über die Ausweitung des Konzepts der gemeinsamen Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz von Gefechtsverbänden (Kosten, die durch den Athena-Mechanismus zu finanzieren sind) oder über eine gemeinsame Finanzierung sämtlicher Kosten von Operationen des Krisenmanagements, die von ihnen durchgeführt werden, zu erzielen; ist der Meinung, dass eine solche Einigung notwendig ist, damit ihr Einsatz politisch und wirtschaftlich vertretbar wird und damit sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten in Bereitschaftsposition in einer schwierigen Haushaltslage nicht unverhältnismäßig stark belastet werden.“ Siehe Entschließung des Europäischen Parlaments über die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren und die Entwicklung zivil-militärischer Fähigkeiten (2010/2071(INI)), 23.11.2010.
- 167 Borja Lasheras u.a.: Eine Zukunftsagenda für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Friedrich Ebert Stiftung, Juli 2009, S. 5.
- 168 Entschließung des Europäischen Parlaments zur neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur – Prioritäten und Schwachstellen (2002/2165(INI)), 27.03.2003, Absatz 56.
- 169 Lehmann, Wilhelm/Pabst, Reinhart: Die Rolle des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente in der Außen- und Sicherheitspolitik, European Parliament, Directorate-General for Research, Working Papers 2005-011, S. 11.
- 170 Vgl. zur Militarisierung des Weltraums ausführlich Slijper, Frank: Venus to Mars. The European Union’s steps towards the militarisation of space, TNI, Amsterdam 2008; Lühmann, Malte: Aus dem All in alle Welt. Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa, Studien zur Militarisierung Europas 33/2008.
- 171 EU-Satellitennavigation: Dauerhafter Zuschussbetrieb statt Goldesel, heise online, 07.10.2010.
- 172 Vgl. Bericht der Kommission: Halbzeitüberprüfung der europäischen Satellitennavigationsprogramme, Brüssel, den 18.1.2011 KOM(2011) 5.
- 173 EU-Satellitennavigation: Dauerhafter Zuschussbetrieb statt Goldesel, heise online, 07.10.2010.
- 174 EU-Satellitennavigation: Dauerhafter Zuschussbetrieb statt Goldesel, heise online, 07.10.2010.
- 175 KOM(2011) 5, S. 20.
- 176 KOM(2011) 5, S. 29.
- 177 Hagemann, Klaus: Galileo droht dauerhafter Zuschussbetrieb zu werden, 07.10.2010, URL: <http://www.klaus-hagemann.de/bundestag/eu-unterausschuss.html?start=10> (25.11.2011).
- 178 Europäischem “Galileo“-Projekt droht Kostenexplosion, Spiegel Online, 12.01.2008.
- 179 Mitteilung der Kommission: Galileo am Scheideweg: Die Umsetzung der europäischen GNSS-Programme, Brüssel, den 16.5.2007 KOM(2007) 261, S. 5.
- 180 Bericht des Europäischen Parlaments über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP (2008/2202(INI)), 28.01.2009, Absatz 45.
- 181 Bericht des Europäischen Parlaments über Weltraum und Sicherheit (2008/2030(INI)), 10.06.2008, Absatz 11.
- 182 Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Regelung des Zugangs zum öffentlich-staatlichen Dienst, KOM(2010) 550, S. 7.
- 183 Galileo: Sichere Satellitennavigation für Notfall- und Sicherheitsdienste, Pressemitteilung (IP/10/1301, 08.10.2010, URL: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesActionWap.do?reference=IP/10/1301&format=HTML&aged=1&language=DE> (11.11.2011)
- 184 Boeing, Niels: 2:0 für China, Technology Review 7/2009.
- 185 Aftenposten.no: 22.10.2009: OHB-System CEO calls Galileo a waste of German tax payer money, URL: <http://www.aftenposten.no/spesial/wikileaksdokumenter/article3985655.ece> (23.1.2011).
- 186 Slijper 2008, S. 42.
- 187 Parlamentarische Anfragen: Antwort von Herrn Tajani im Namen der Kommission (E-4479/2009), URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2009-4479&language=DE> (15.11.2011).
- 188 Wehrtechnik (IV/2004) zitiert bei Lühmann 2008, S. 19.
- 189 Lühmann 2008, S. 19f.
- 190 Lühmann 2008, S. 12.
- 191 Bericht des Europäischen Parlaments über Weltraum und Sicherheit (2008/2030(INI), Absatz 45.
- 192 European Commission Enterprise and Industrie: Space. Observing our planet for a safer world, URL: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/space/research/gmes/index_en.htm (22.11.2011).
- 193 Lühmann 2008, S. 13.
- 194 Antwort der Bundesregierung (Drucksache 17/5281), 28.03.2011, S. 3.
- 195 Erster EU-Haushaltsentwurf für 2014 bis 2020 vorgelegt, DLR-Newsletter 27/2011, URL: http://www.dlr.de/rd/desktopdefault.aspx/tabid-7223/12027_read-31543/ (24.11.2011).
- 196 EC Member States push for GMES to be reinstated in budget plan, ASD-Newsletter, September 2011, S. 1.
- 197 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177(INI)), Absatz 41.
- 198 Vgl. zur Genese des Sicherheitsforschungsprogramms Mawdsley, Jocelyn: Towards an EU Defence and/or Security Market? Are two becoming one?, in: Flamish Peace Institute (Hg.): Export controls and the European defence market: Can effectiveness be combined with responsibility? Brüssel 2011, S. 11-19, S. 12.
- 199 European Security & Information Forum (ESRIF): Final Report, December 2009, URL: http://www.esrif.eu/documents/esrif_final_report.pdf (18.12.2009).
- 200 Hayes, Ben: Neoconopticon – The EU Security-Industrial Complex, Statewatch/Transnational Institute 2009, S. 30.
- 201 Singelstein, Tobias/Stolle, Peter: Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2008 (2. Auflage), S. 75.
- 202 Vgl. auch Mawdsley 2011, S. 11.
- 203 Lühmann 2011, S. 12.
- 204 Vries 2010.
- 205 Hinzu kamen noch eine Handvoll Nichtregierungsorganisationen, die aber nahtlos, wie etwa die interventionistische Crisis Management Initiative, in das Gesamtgefüge passen.
- 206 Nagel, Sarah: Hochschulen forschen für den Krieg, in: Ausdruck (Juni 2009), S. 1-6, S. 4.
- 207 Bundesministerium für Wachstum und Technologie: Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit Industriepolitische Konzeption des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, URL: <http://bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/XYZ/zukunftsmarkt-zivile-sicherheit,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> (23.11.2011), S. 1.
- 208 ESRIF 2009, S. 13.
- 209 ESRIF 2009, S. 245.
- 210 Vgl. Slijper 2005, S. 14.
- 211 ESRIF 2009, S. 10.
- 212 ESRIF 2009, S. 38.
- 213 European Defence Agency: EDA and Commission to Work Closely Together on Research, Pressemitteilung, 18.05.2009.
- 214 EC and EDA to coordinate security and military research, ASD-Newsletter, September 2011, S. 2.
- 215 Jeandesboz, Julien/Ragazzi, Francesco: Review of security measures in the Research Framework Programme, Policy Department C: Citizens’ Rights and Constitutional Affairs, Brüssel, Oktober 2010, S. 23.
- 216 ESRIF 2009, S. 37.
- 217 Jehin, Olivier: European Defence Economy Affected by the Crisis, Europe.Visions 7, Oktober 2010, S. 12 und 20.
- 218 Hilmar Linnenkamp u.a.: Die künftige Bundeswehr und der Europäische Imperativ, SWP Aktuell, März 2011, S. 7.
- 219 Vgl. Mölling/Brune 2011, S. 56; Liberti 2011, S. 33.
- 220 Audy, Jean-Pierre: Begründung: Bürger und Wissenschaft wieder zusammenbringen, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0160&language=DE#title2> (22.11.2011).
- 221 Entwurf eines Berichts über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten, (2011/2177(INI)), Absatz 31ff.
- 222 Curtis, Mark: Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht, Oxfam Deutschland, WEED, Traidcraft Exchange, AITEC, Comlámh, November 2010, S. 9.
- 223 Tucek, Wolfgang: Oxfam hat wenig Freude mit der EU-Rohstoffstrategie, Wiener Zeitung, 20.11.2010; Mitteilung der Kommis-

- sion: Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020, Brüssel, 26.1.2011 KOM(2011) 21.
- 224 Mit diesem Thema haben sich inzwischen eine Reihe von Arbeiten befasst. Vgl. bspw. Oxfam: *Whose Aid is it Anyway? Politicizing aid in conflicts and crises*, Oxfam Briefing Paper 145, 10.02.2011; Baumann, Marcel/Reinhart Kößler: *Von Kundus nach Camelot und zurück: militärische Indienstrategie der „Entwicklung“*, in: *Peripherie* Nr. 122/123-2011, S. 149-177; Pospisil, Jan: *Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik*, Bielefeld 2009; Wagner, Jürgen: *Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit*, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Berlin 2008.
- 225 Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 2. Hervorhebung JW.
- 226 Six, Clemens: *Der Europäische Konsens zur Entwicklungspolitik. Die EU als Geberin in veränderten internationalen Beziehungen*, Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe, Wien, März 2006, S. 15.
- 227 Faust, Jörg/Messner, Dirk: *Keine Sicherheit ohne pro-aktive Entwicklungspolitik*, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 11/2004.
- 228 Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission (2006/C 46/01), S. 7.
- 229 Six 2006, S. 19. Vgl. auch Popovic, Goran: *Securitization of EU development policy. To what extent has the EU development policy become securitized in the post-9/11 environment?*, Lund University, Frühjahr 2007, S. 23.
- 230 Klever, Martin: *Die EU-Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Realität. Europas Verantwortung für den afrikanischen Kontinent*, Dissertation, Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, November 2006, S. 142.
- 231 „Die 15 ‚alten‘ EU-Länder hatten 2005 beschlossen, die Entwicklungsbudgets bis 2010 auf mindestens 0,51 Prozent BNE und gemeinsam 0,56 Prozent zu steigern. Doch 2010 lag der Durchschnitt bei mageren 0,46% (2009: 0,44%).“ Siehe Hofstetter, Peppo: *Entwicklungshilfe 2010: Über ein Sechstel ist Phantomhilfe*, alliance-aid, 11.04.2011.
- 232 Hamann, Birte: *Sicherheit und Entwicklung. Veränderungen in der Entwicklungspolitik der USA und Deutschlands angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen*, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.30/2005, S. 3.
- 233 Vgl. OECD erweitert Entwicklungshilfe-Kriterien, in: *Entwicklung & Zusammenarbeit*, 6/2004; Sicherheit: ODA-Kriterien erweitert, in: *Entwicklung & Zusammenarbeit* 5/2005.
- 234 Vgl. für weitere Beispiele Wagner 2008, S. 29ff.
- 235 Vgl. zur Entstehung der APF Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: *Die Peace Facility for Africa - Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 4/2005, S. 99-119.
- 236 Hierzu heißt es auf der Homepage der Friedensfazilität: *„Die Finanzierung friedensunterstützender Einsätze stellt die Hauptaufgabe der African Peace Facility dar.“* African Peace Facility, URL: http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/peace/index_en.htm (15.02.2011).
- 237 Furness 2011, S. 1.
- 238 Furness 2011, S. 2.
- 239 Antwort der Bundesregierung (Drucksache 17/766), 22.02.2010, S. 14.
- 240 Gurka, Kevin u.a.: *Arming Africa*, in: IMI (Hg.): *Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand*, Tübingen 2010, S. 23-30, S. 27. Zusätzlich fließen auch Gelder aus einzelnen EU-Staaten. So finanziert Deutschland bspw. das Kofi Annan International Peacekeeping Training Center in Accra in Ghana (KAIPTC) und die École de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye in Bamako in Mali. Vgl. Mickan, Thomas: *Die UN und der neue Militarismus. Von Krieg und UN-Frieden: Peacekeeping, Regionalisierung und die Rüstungsindustrie*, IMI-Studie 2011/14.
- 241 African Peace Facility, URL: http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/peace/index_en.htm (15.02.2011).
- 242 Council conclusions on the replenishment of the African Peace Facility for the period 2011, URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/121977.pdf (22.11.2011).
- 243 Gurka u.a. 2010, S. 25.
- 244 Gemeinsamer Standpunkt 2004/85/GASP des Rates vom 26. Januar 2004, Artikel 1.
- 245 Furness, Mark 2011, S. 2ff.
- 246 Mollet, Howard: *Should Aid Finance Southern Peacekeeping?*, the networker, Dezember 2004.
- 247 Zu den Kritikern gehörten Dänemark, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Großbritannien und die Europäische Kommission. Vgl. ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, 22-Mar-2007, S. 5.
- 248 Draft Summary Record of the 11th Meeting of the CPDC Network, DCD/DAC/CPDC/M(2007)1/PROV, 25 Mai 2007.
- 249 Vgl. Wüster, Veronika: *Vom Peacekeeping zum Statebuilding. Über die Erweiterung der militärischen Aufgaben und die verstärkte entwicklungspolitisch-militärische Interaktion in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen*, Diplomarbeit, Wien, Juli 2009, S. 115.
- 250 Vgl. Pflüger, Tobias: *Die angebliche Neutralität der EU-Mission im Tschad ist unglaubwürdig*, IMI-Standpunkt 2008/006.
- 251 Winkler: *„Gemeinsame Konzepte für eine bessere Zukunft“*, 22.11.2006, URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061122_OTS0176/winkler-gemeinsame-konzepte-fuer-eine-bessere-zukunft (22.11.2011).
- 252 Politstreit: *Gilt der Einsatz im Tschad als Entwicklungshilfe?*, Die Presse, 15.04.2008.
- 253 Wirbel um Finanzierung der Tschad- Mission, Der Standard, 15.04.2008.
- 254 Tschad-Einsatz als Entwicklungshilfe: *„Mogelpackung“*, Der Standard, 15.04.2008.
- 255 Wüster 2009, S. 116.
- 256 The securitisation of aid – Neglecting the world’s poorest and neediest, Eurostep, URL: <http://www.eurostep.org/wcm/archive-eurostep-weekly/1344-the-securitisation-of-aid--neglecting-the-worlds-poorest-and-neediest.html> (22.11.2011).
- 257 BMZ: *Deutsche und niederländische Entwicklungspolitik werden künftig noch enger zusammenarbeiten*, 08.02.2011, URL: http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2011/februar/20110208_pm_18_niederlande/index.html (22.11.2011).
- 258 Brzoska, Michael: *Analyse und Empfehlungen zur internationalen Erfassung von sicherheitsrelevanten Ausgaben innerhalb und außerhalb der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA)*, BICC paper 53/2006, S. 24f.
- 259 CDU will Bundeswehr aus Entwicklungshilfe-Etat bezahlen, Spiegel Online, 08.09.2006.
- 260 Barnier, Michel: *Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid*, Mai 2006, S. 13.
- 261 Vgl. für eine ausführliche R2P-Kritik Haid, Michael: *Die „Responsibility to Protect“*. Kriegslegitimation unter Missbrauch der Menschenrechte?, in: *AUSDRUCK* (August 2011), S. 17-23.
- 262 *Welthungerhilfe: Bomben auf Rangun? Myanmar und die „Responsibility to Protect“*, Brennpunkt Nr.3/Juni 2008.
- 263 Polenz, Ruprecht: *UN müssen gegenüber Birma Stellung beziehen*, Deutschlandfunk, 13.05.2008.
- 264 Report on the implementation of the European Security Strategy and the Common Security and Defence Policy (2009/2198(INI)); vgl. auch Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: *Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Europäischen Union*, Brüssel, 05.03.2008 KOM(2008) 130.
- 265 Willis, Andrew: *Outcry at EU plan to mix aid and foreign policy*, euobserver, 10.02.2011.
- 266 Ziegler, Jean: *Die Lehre von Sarajewo*, UNiA, 18.11.2010.
- 267 EAD: *„Außenpolitik aus einem Guss“*, euractiv, 14.10.2010.
- 268 Merkel, Angela: *Rede auf der 40. Münchner Sicherheitskonferenz*, 07.02.2004.
- 269 Catherine Ashton: *Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz*, 06.02.2010.
- 270 Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, Brüssel, 16. September 2010.
- 271 Brok, Elmar: *Vorurteile, Herausforderungen und Potentiale - Eine unvoreingenommene Analyse des Europäischen Auswärtigen Dienstes*, Europäische Frage Nr. 199, 21. März 2011, S. 5.
- 272 Brasen, Volker: *Zivil-Militärische Planung aus einer Hand: Crisis Management and Planning Directorate als neues Instrument der EU*, in: *Europäische Sicherheit*, Dezember 2010.
- 273 Délotz, Alain: *„Kapazität der EU zur Friedenssicherung schwindet“*, Der Tagesspiegel, 22.02.2010.
- 274 Liebl, Josephine: *Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog für die Anhörung des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ am 14.03.2011*, URL: http://www.eed.de/fix/files/doc/140311_Stellungnahme_EPLO_zum_UA_ZKP.pdf (16.07.2011).
- 275 Lieb, Julia: *Diplomatisches Neuland für die EU*, SWP-Aktuell 5, Februar 2011, S. 2.
- 276 Vgl. zu den Details, wie der EAD in die Programmierung der EU-Entwicklungshilfe eingebunden ist Anderson, Stephanie/Williams, John: *The Securitization of Development Policy or the Developmentalization of Security Policy?: Legitimacy, Public Opinion, and the EU External Action Service (EAS)*, Paper Presented at the 2011 European Union Studies Association Conference Boston, MA, URL: http://euce.org/eusa/2011/papers/81_anderson.pdf (15.07.2011).
- 277 CIDSE/CAFOD: *Media briefing*, 23.04.2010.
- 278 Duke, Simon/Blockmans, Steven: *The Lisbon Treaty Stipulations on Development Cooperation*, CLEER Legal Brief, 04.05.2010.
- 279 *Legal Advice Prepared by White & Case LLP to CAFOD and CIDSE*, 16.04.2010.
- 280 Vgl. Daniel R. Mekonnen, *Legal Opinion Drafted for Eurostep*, URL: www.eurostep.org/.
- 281 Furness, Mark: *The European External Action Service: A new institutional framework for EU development cooperation*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 15/2010, S. 27.
- 282 EAD: *„Außenpolitik aus einem Guss“*, euractiv, 14.10.2010.
- 283 Vgl. Batora, Josef: *A Democratically Accountable European External Action Service: Three Scenarios*, European Integration online Papers (EIoP), Special Issue 1, Vol. 14, URL: http://eiop.or.at/eiop/index.php/eiop/article/viewFile/2010_013a/177 (11.07.2011), S. 2.

- 284 Presidency Report to the European Council on the European External Action Service, Council of the European Union, 14930/09, POLGEN 163, Brussels, October 23, 2009, S. 5.
- 285 Proposal for a Council Decision of (date) establishing the organisation and functioning of the European External Action Service (25 March 2010), URL: http://eeas.europa.eu/docs/eeas_draft_decision_250310_en.pdf (11.07.2011). Etwa einen Monat später legte Ashton einen leicht überarbeiteten Vorschlag vor (siehe Ashton presents new architecture for EU diplomatic service, Euractiv, 23.04.2010).
- 286 EU-Parlament erhöht Druck auf Ashton, Euractiv, 21.04.2010.
- 287 Hantke, Martin: Der Europäische Auswärtige Dienst: Imperiale Machtpolitik aus einem Guss, in: Ausdruck (Dezember 2009), S. 1-3, S. 2.
- 288 Council Decision of 26 July 2010 establishing the organisation and functioning of the European External Action Service (2010/427/EU), Absatz 6.
- 289 Vgl. Roger Schnabel, Patrick: Ein Jahr nach Lissabon - Der Europäische Auswärtige Dienst nimmt Gestalt an, in: EKD Europa-Informationen Nr. 135/Dezember 2010, S. 7-9, S. 7.
- 290 Lieb 2011, S. 3.
- 291 Elmar Brok (EVP/CDU): Europäisches Parlament fordert Kontrollrechte über EU-Außenamt, 22.09.2009, URL: <http://de.federaleurope.org/index.php?id=9290> (07.07.2011). Eine aktuelle Studie belegt, dass selbst eng am Rat angegliederter EU-Institutionen eine solche Tendenz zu einem Eigenleben entwickeln. Vgl. Howorth, Joylon: Decision-Making in Security and Defence Policy. Towards Supranational Intergovernmentalism?, KFG Working Paper Nr. 25/März 2011.
- 292 Sattler, Uwe: Außer Kontrolle, Telepolis, 09.07.2010.
- 293 Brok 2011, S. 2.
- 294 Vgl. O'Donnell, Clara Marina: The EU finally opens up the European defence market, CER policy brief, Juni 2009.
- 295 Vgl. Jehin 2010, S. 11.
- 296 Zoller 2011, S. 249.
- 297 PricewaterhouseCoopers: Challenges for the German defence industry. CEO Agenda fore 2030, März 2010, S. 19.
- 298 Bertges 2009, S. 224.
- 299 Zoller 2011, S. 240.
- 300 O'Donnell, Clara Marina: Britain and France should not give up on EU defence co-operation, Centre for European Reform (CER), Policy Brief, Oktober 2011, S. 2.
- 301 Brune, Sophie C. u.a.: Die Bundeswehr in Zeiten der Krise, SWP Aktuell 5, Januar 2010, S. 4.
- 302 European Defence Agency: National Defence Data in 2009, 15.03.2011, S. 41.
- 303 Fasse, Markus: Auf dem Weg zu einem europäischen Rüstungsmarkt, Das Parlament, 03.05.2010.
- 304 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177(INI)), Absatz 7.
- 305 Solana, Javier: A Window of Opportunity for European Defense, Project Syndicate, 12.12.2010, URL: <http://www.project-syndicate.org/commentary/solana6/English> (13.11.2011).
- 306 Hartley, Keith: The Future of European Defence Policy: An Economic Perspective, in: Defence and Peace Economics, 14, no. 2 (2003). Andere kommen auf noch höhere Einsparpotenziale. Die so genannte „Unisys-Studie“ bezifferte die Mehrkosten im EU-Rüstungsmarkt infolge von Ineffizienzen sogar auf 104,7 Mrd. Euro jährlich. Siehe Unisys: Innergemeinschaftliche Transfers von Verteidigungsgütern, Brüssel, Februar 2005, S. 116.
- 307 Vgl. Valasek 2011, S. 12.
- 308 Grams, Christoph: Transatlantische Rüstungskooperation - Wandel und Bedeutung, Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 10/2003.
- 309 Bertges 2009, S. 81.
- 310 Mawdsley, Jocelyn: European Union Armaments Policy: Options for Small States?, in: European Security, Vol. 17, Nr. 2-3/2008, S. 367-385, S. 371. Siehe auch Jones, Seth G./Larabee, Stephen F.: Arming Europe, in: National Interest, Nr. 82, Winter 2005/2006, S. 62-68, S. 62: „Der Aufstieg großer, wettbewerbsfähiger und technologisch fortgeschrittener US-Verteidigungsfirmen lieferte den wesentlichen Anstoß für die Konsolidierung der europäischen Verteidigungskonzerne.“
- 311 Mitteilung der Kommission: Europäische Verteidigung – Industrie- und Marktaspekte, KOM(2003) 113, Brüssel, 11.03.2003, S. 12.
- 312 Bertges 2009, S. 247. Vgl. auch Jones/Larabee 2005/2006.
- 313 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177(INI)), Absatz 42.
- 314 Heidbrink, Stephan: Die EU-Rüstungsexportpolitik: Gefahr für die globale Sicherheit oder friedenspolitische Chance?, in: Pflüger/Wagner 2006, S. 250-263, S. 253.
- 315 Witney 2008, S. 38.
- 316 Rheinmetall-CEO Klaus Eberhardt neuer Präsident der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD), Rheinmetall-Pressemitteilung, 10.10.2011.
- 317 Wirtschaftswoche zitiert bei Bertges 2009, S. 95.
- 318 Entschließung des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor in den EU-Mitgliedstaaten (2011/2177(INI)), Absatz 48: „Das Europäische Parla-
- ment [...] glaubt, dass Rüstungsprogramme, die in Zusammenarbeit durchgeführt werden, wie etwa diejenigen, die von der EDA eingeleitet und von der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR) verwaltet werden, ein bedeutendes Hilfsmittel für die Senkung von Entwicklungskosten, die Unterstützung der industriellen Konsolidierung, die Förderung der Standardisierung und Interoperabilität und die Stärkung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit darstellen.“
- 319 Vgl. Edwards 2011, S. 6, der sich beruft auf: Stratiogiannis, Ioannis A. und Zahos, Christos K.: Defence Industry Consolidation and Weapon System Cost Growth, Naval Postgraduate School, 2008; und Defence Acquisitions Assessment of Selected Weapons Programmes, US Government Accountability Office (GAO), 2009. Vgl. auch Hensel, Nayantara: Can Industry Consolidation Lead to Greater Efficiencies? Evidence from the U.S. Defense Industry, in: Business Economics (2010) 45, 187-203.
- 320 Vgl. Barrinha 2010, S. 473; Mawdsley 2011, S. 17; Dunne, Paul/Sköns, Elisabeth: The Changing Military Industrial Complex, URL: <http://carecon.org.uk/DPS/1104.pdf> (22.11.2011), S. 4.
- 321 Heidrink 2006, S. 252.
- 322 Bertges 2009, S. 106; Vgl. auch Oikonomou, Iraklis: The Internationalization of the European Arms Industry: Trends and Implications, in: Agora Without Frontiers, Volume 13 (4) 2008, S. 362-375, S. 368: „Die Schaffung nationaler Champions war die Vorbedingung für die Internationalisierung.“
- 323 Bertges 2009, S. 108.
- 324 Bertges 2009, S. 109. Vgl. auch Oikonomou 2008, S. 369.
- 325 Vlachos-Dengler, Katia: From National Champions to European Heavyweights: The Development of European Defense Capabilities Across Market Segments, RAND, Santa Monica 2002, S. xiv.
- 326 Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zur Lage der deutschen wehrtechnischen Industrie, Juni 2003, S. 11.
- 327 Mis, Karolin u.a.: Marineschiffbau in Europa. Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven 2020, Studie im Auftrag des Europäische Metallgewerkschaftsbunds (EMB), URL: http://www.pcg-project-consult.de/pdf/naval_final_report_german.pdf (22.11.2011), S. 27ff.
- 328 Burmeister, Kai u.a.: Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext, Kurzreport: 11/15.12.2010, S. 21.
- 329 Bertges 2009, S. 162.
- 330 Langhans, Dago: Standortkrieger zur See. Die IG Metall zwischen gesellschaftspolitischem Anspruch und Rüstungslobbyismus, junge Welt, 28.09.2011.
- 331 Bertges 2009, S. 194.
- 332 Bertges 2009, S. 174.
- 333 Dörner, Astrid u.a.: Angriff auf Rheinmetall?, Handelsblatt Online, 13.01.2011.
- 334 Vgl. Hofbauer u.a. 2011, S. 24; Vlachos-Dengler 2002, S. ix.
- 335 Markowski, Stefan/Wylie, Robert: The Emergence of European Defence and Defence Industry Policies, in: Security Challenges, Volume 3, Number 2, Juni 2007, S. 31-51, S. 40.
- 336 Die wehrtechnische Industrie vor der Krise? Branchenreport der IG-Metall, 28.08.2010, URL: <http://www.geopowers.com/die-wehrtechnische-industrie-vor-der-krise-1107.html> (22.11.2011).
- 337 Bertges 2009, S. 222.
- 338 Barrinha 2010, S. 474.
- 339 BDSV: EU-Verteidigungspaket/Defence Package, URL: <http://www.bdsv.eu/de/Themen/EU-Verteidigungspaket.htm> (22.11.2011).
- 340 Seibold 2010, S. 15. Siehe auch Kühle, Hartmut: Die Neustrukturierung des deutschen Rüstungsmarktes als industriepolitische Aufgabe, edition der Hans-Böckler-Stiftung 135/2005, S. 17: „Aufgrund der gesunkenen staatlichen Nachfrage nach Rüstungsgütern, haben große Teile der Rüstungsindustrien – überall in Europa – kaum Überlebenschancen in weiterhin abgeschlossenen nationalen Märkten.“
- 341 Pöcher 2010. Vgl. auch Brune, Sophie C. u.a.: Restructuring Europe's Armed Forces in Times of Austerity, SWP-Comments 28, November 2010, S. 6.
- 342 Siehe für einen Überblick etwa Mölling/Brune 2011.
- 343 Wikipedia: Kompensationsgeschäfte.
- 344 BDI: Offset, URL: <http://www.bdi.eu/2094.htm> (22.11.2011).
- 345 Vgl. Edwards, Jay: The EU Defence and Security Procurement Directive: A Step Towards Affordability?, Chatham House, August 2011, S. 10f.
- 346 The Code of Conduct on Offsets, Brussels, 24 October 2008.
- 347 Schmidt 2009, S. 15f. Andere halten die Offset-Vereinbarung gar für einen Meilenstein. Vgl. etwa O'Donnell 2009.
- 348 Kerber, Markus C.: Mehr Wettbewerb wagen - Anmerkungen zur Öffnung der nationalen Märkte und Schaffung eines Binnenmarktes für Güter der Verteidigung und der Sicherheit durch Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009, Schriftenreihe des Instituts für Verteidigungstechnologie, Streitkräfteökonomik und Geopolitik, Nr. 7/Januar 2011, S. 2.
- 349 Meirino, Arturo Alfonso: The Defense Market and the Strengthening of Europe's Defence Technological and Industrial Base, in: European Defence Agency: Past, Present & Future, Ministerio de Defensa 2010, S. 173-203, S. 176.
- 350 Ames, Paul: New task force to strengthen European defence indus-

- try, *Europolitics*, 08.11.2011.
- 351 The Code of Conduct on Defence Procurement of the EU Member States Participating in the European Defence Agency, Brussels, November 21, 2005.
- 352 Kerber 2011, S. 4.
- 353 Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen bezüglich der Anwendung des Artikels 296 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) auf die Beschaffung von Verteidigungsgütern, KOM(2006) 779, Brüssel, den 7.12.2006.
- 354 BDSV: EU-Verteidigungspaket/Defence Package, URL: <http://www.bdsv.eu/de/Taetigkeitsfelder/Themen/EU-Verteidigungspaket.htm> (08.11.2011).
- 355 Richtlinie 2009/81EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG, Brüssel, den 13.07.2009.
- 356 Richtlinie 2009/81, Absatz 18: „Allerdings sollte die Möglichkeit, von solchen Ausnahmen Gebrauch zu machen, nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nur so weit in Anspruch genommen werden, wie dies zur Wahrung der nach den genannten Artikeln als legitim anerkannten Interessen unbedingt erforderlich ist. Dies bedeutet, dass eine Nichtanwendung der Richtlinie sowohl den verfolgten Zielen angemessen sein als auch die Option darstellen muss, die den freien Warenverkehr und die Dienstleistungsfreiheit am wenigsten behindert.“
- 357 Richtlinie 2009/81, Absatz 18.
- 358 EU-Kommission Unternehmen und Industrie: Verteidigung und Sicherheit am Scheideweg, Online-Magazin Unternehmen & Industrie, 19.04.2011, URL: http://ec.europa.eu/enterprise/magazine/articles/industrial-policy/article_10997_de.htm (22.11.2011).
- 359 Richtlinie 2009/43/EG zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung, Brüssel, den 6. Mai 2009.
- 360 EU-Kommission Unternehmen und Industrie 2011.
- 361 Defence procurement Transposition of directive under tight surveillance, *Europolitics*, 04.11.2011.
- 362 Ghivarelli, Isa: The State of the European Defence Equipment Market, Centro Studi sul Federalismo, Research Paper, Oktober 2009, S. 3; Mölling/Brune 2011, S. 29.
- 363 Vgl. Cassier, Marion: Development of a European Defence Market, Promotion 2009/2010, URL: <http://www.iehei.org/bibliotheque/memoires2010/Cassier.pdf> (22.11.2011), S. 18; Edwards 2011, S. 14.
- 364 Vgl. Schmidt 2009.
- 365 Hofbauer 2010, S. 42.
- 366 Vgl. Mawdsley 2008.
- 367 Lühmann 2011, S. 8.
- 368 Vgl. Kerber 2011 und Jehin 2010.
- 369 O'Donnell 2009.
- 370 Vgl. Edwards 2011, S. 10; Mawdsley 2008, S. 380.
- 371 Vgl. Valasek, Thomas: Surviving Austerity: The case for a new approach to EU military collaboration, CER, April 2011, S. 12.
- 372 Heusgen u.a.: Sicherheitspolitische Kooperation ein Jahr nach Lissabon, in: Kaldrack/Pöttering 2011, S. 57-67, S. 63.
- 373 Seibold 2010, S. 16.
- 374 Vgl. Heidbrink 2006, S. 250ff.
- 375 Coelmont, Joe: Pooling & Sharing: From Slow March to Quick March?, Egmont Security Policy Brief 23, Mai 2011, S. 4.
- 376 Vgl. Mölling/Brune 2011, S. 52.
- 377 Europäischer Rat: Mitteilung an die Presse, 09.12.2010, URL: http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/119130.pdf (22.11.2011).
- 378 Hale, Julian: Pooling, Sharing a 'Necessity': EU Report, Defense News, 19.07.2011.
- 379 Vgl. O'Donnell 2011, S. 2.
- 380 Vgl. Hale 2011.
- 381 Vgl. Wagner, Jürgen: Die Geostrategie Europäischer Macht. 'Grand Area' - ein imperiales Raumkonzept als Rezept fürs Desaster, in: AUSTRUCK (Oktober 2011), S. 1-12.
- 382 Cremer 2011. Vgl. auch Kempin, Ronja/Ondarza, Nicolai von: Die GSPV vor der Erosion? Die Notwendigkeit einer Wiedereinbindung Frankreichs und Großbritanniens, SWP-Aktuell, Mai 2011.
- 383 Declaration signed by the UK and France following the UK-France Summit 2010 in London on 2 November 2010, Absatz 18.
- 384 Vgl. Torreblanca, Jose Ignacio: A pocket superpower, ECFR, 11.11.2010; O'Donnell, Clara Marina: Britain's defence review: Good news for European defence?, CER, 28.10.2010.
- 385 Jones 2011, S. 54.
- 386 Vgl. Valasek 2011, S. 15; Jones 2011, S. 8.
- 387 SIPRI Yearbook 2011, S. 273.
- 388 Vgl. Amnesty-International: Arms Transfers To The Middle East And North Africa: Lessons For An Effective Arms Trade Treaty, 19.10.2011.
- 389 Deutsche Waffen gegen arabischen Frühling, jungen Welt 21.10.2011.
- 390 Vranckx, An u.a.: Lessons from MENA - Appraising EU transfer of military and security equipment to the Middle East and North Africa', Gent, November 2011, S. 17.
- 391 Marzi, Heinz: Die Bedeutung des Rüstungsexports für Deutschland, 11.09.2010, URL: <http://www.geopowers.com/sicherheit-made-germany-1118.html> (22.11.2010).
- 392 Eine Frage des Überlebens, German-Foreign-Policy.com, 27.10.2011.
- 393 BDSV: Sicherheit made in Germany. „Zeit für Veränderungen – Chancen erkennen und nutzen“, Juli 2010, S. 7.
- 394 So etwa Ex-BDSV-Chef Heinz Marzi: „Deutschland und seine Industrie liefern im Übrigen nicht in Kriegs- und Krisengebiete, die wesentlichen Exportländer sind unsere Partner in der EU und in der NATO. Diese, heute gültigen und im europäischen Vergleich jedoch immer noch restriktiven Rüstungsexportbestimmungen sollten auf europäischer Ebene harmonisiert werden, um so zumindest auf annähernd vergleichbare Wettbewerbsbedingungen hinzuwirken („Level Playing Field“) und so europaweit hin zu einer verantwortungsvollen Exportpolitik zu kommen.“ Siehe Marzi 2010.
- 395 Fischer, Sebastian: Deutsche Rüstungsexporte: Kanonen für die Konjunktur, Spiegel Online, 11.11.2010.
- 396 Depauw, Sara: Risks of the ICT-directive in terms of transparency and export control, in: Flemish Peace Institute 2011, S. 67- 74, S. 71.
- 397 Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE): Rüstungsexportbericht 2009, Bonn/Berlin 2009, S. 70.
- 398 Vgl. Baum, Tom: Concluding remarks: Effective security and responsible trade, in: Flemish Peace Institute 2011, S. 75-80, S. 79; Bromley, Mark: The EU common position on arms exports and national export control policies, in: Flemish Peace Institute 2011, S. 39-51, S. 45.
- 399 Council of the European Union, 'European Union Code of Conduct on Arms Exports', Document 8675/2/98 Rev 2, Brussels, 5 June 1998.
- 400 Dementsprechend mager fallen die Erfolge des Kodex aus. Vgl. Bromley 2011.
- 401 Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern, Brüssel, den 8. Dezember 2008.
- 402 Poitevin, Cédric: A European export control regime: balancing effectiveness and responsibility, Flemish Peace Institute 2011, S. 47-51, S. 50.
- 403 Vgl. Depauw 2011, S. 72.
- 404 Bromley 2011, S. 44.
- 405 Aken, Jan van: Umfrage Rüstungsexporte, 20.10.2011, URL: <http://www.jan-van-aken.de/aktuell/umfrage-ruestungsexporte.html> (22.11.2011).
- 406 Rogers/Simón 2011, S. 4 und 8. Hervorhebung JW.
- 407 Pöttering, Hans-Gert: Vorwort der Herausgeber, in: Kaldrack/Pöttering 2011, S. 7-16, S. 7.
- 408 Zoller 2011, S. 246.
- 409 Vgl. bspw. Ellinger, Dirk: Der Erhalt industrieller wehrtechnischer Kompetenzen liegt im nationalen Sicherheitsinteresse, in: Europäische Sicherheit, März 2010, S. 51-55. Einen umfassenden Überblick über die nationalen Rüstungsindustrien in Europa bietet Pöcher, Harald: Rüstung in Europa, Wien 2011.
- 410 Witney 2008, S. 38.
- 411 Vgl. Burmeister 2010, S. 31 und Dörner u.a. 2011: „Als Thyssen-Krupp einen Partner für seine Marinewerften suchte, gab es ein klares Veto gegen ein Engagement französischer Rivalen. Bei den Werften wird Thyssen-Krupp daher mit Abu Dhabi Mar aus den arabischen Emiraten kooperieren. Auch ein zu enges Band mit den Amerikanern lehnt die Politik ab. Die Beteiligung des US-Finanzinvestors One Equity Partners am Unterseebootbauer HDW war Berlin nicht geheuer. Die Regierung fürchtete, dass die fortschrittliche Batterietechnik komplett nach Übersee abwandern könnte. Mit dieser können konventionelle U-Boote länger unter Wasser bleiben.“
- 412 Ein Spielball politischer Interessen, Welt Online, 04.07.2006.
- 413 Profitable Kröte, Handelsblatt Online, 11.11.2011.
- 414 So der Finanzwissenschaftler Markus Kerber zitiert bei Bertges 2009, S. 133.
- 415 Mis o.j., S. 43.
- 416 Mölling/Brune 2011, S. 15.
- 417 Brune u.a. 2010, S. 1.
- 418 Brune u.a. 2010, S. 5.
- 419 Europe: Military Modernization, Strategic Forecast (Stratfor), 30.08.2010.
- 420 Vgl. Wagner, Jürgen: EUropa außer Kontrolle. Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik im parlamentarischen Niemandsland, in: Informationen zu Politik und Gesellschaft, Nr. 6/2011.
- 421 Brink 2008, S. 135.
- 422 Wissel, Jens: Second Empire. Zu den Europäischen Welt(un)ordnungspolitischen Ambitionen, in: Brink, Tobias ten (Hg.): Globale Rivalitäten, Stuttgart 2011, S. 183-202, S. 197. Das Zitat stammt von Hans-Jürgen Bieling.
- 423 Vries, Wendela de: Reduction of Military Budgets - What can United Nations do? Lecture University of Amsterdam, 08.01.2011, URL: <http://stopwapenhandel.org/node/1000> (22.11.2011).
- 392 Eine Frage des Überlebens, German-Foreign-Policy.



Sabine Lösing, MdEP

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament

Sabine Lösing

Rue Wiertz ASP 06F255

B-1047 Brüssel

Tel.: 0032-2-284 7894

Fax: 0032-2-284 9894

Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu

Mitarbeiterinnen: Ota Jaksch und

Theresa Wögerbauer

Bürgerbüro:

Abgeordnetenbüro Sabine Lösing

Lange Geismarstraße 2

37073 Göttingen

Tel.: 0551-50766823

Fax: 0551-50766838

Mail: europabuero-loesing@web.de

Mitarbeiter: Dr. Fritz Hellmer

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:

Europabüro Berlin

Sabine Lösing, MdEP

Unter den Linden 50

10178 Berlin

Tel.: 030-227 71405

Fax: 030-227 76819

Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu

Mitarbeiter: Arne Brix